



heute handeln.

Gemeinsam für
nachhaltige Entwicklung in NRW.

5. NRW-Nachhaltigkeitstagung Heute Handeln! – Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie 29. September 2016 in Münster

Inhalt

Vorwort Minister Johannes Remmel	3
5. NRW-Nachhaltigkeitstagung	4
Begrüßung	6
Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, und Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster	
Grußwort	10
Prof. Dr. Ursula Nelles, Rektorin der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster	
Bedeutung der globalen Nachhaltigkeitsziele für Wissenschaft und Wissenschaftspolitik	11
Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, und Prof. Dr. Doris Fuchs, Sprecherin des Zentrums für interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung der Universität Münster (ZIN)	
Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele auf Bundes- und EU-Ebene	14
Prof. Dr. Günther Bachmann, Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung	
Podiumsdiskussion	16
Land und Kommunen gemeinsam für nachhaltige Entwicklung in NRW	
Themenforen Vormittag	
Fortschritt NRW – Forschung und Innovation für nachhaltige Entwicklung	21
Zukunft Lernen NRW – Von der Strategie zur Umsetzung	24
Nachhaltigkeitsindikatoren – Globale und nationale Perspektive	28
Klimaschutz im Zeichen des Paris-Abkommens	31
Alternative Wirtschaftsformen	35
Speakers' Corner	39
Themenforen Nachmittag	
Fortschritt NRW – Forschung und Innovation für nachhaltige Entwicklung	42
Junge Talente nehmen ihre Zukunft in die Hand	46
Nachhaltigkeitsindikatoren – Landes- und Kommunalperspektive	50
Perspektiven der Umweltwirtschaft für ein Industrieland im Wandel	53
Verantwortungsvolles Investieren im Niedrigzinsumfeld	54
Podiumsdiskussion	58
Nachhaltigkeit aus Jugendperspektive	
Partizipation und Bildung für nachhaltige Entwicklung	61
Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung und stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen	
Abschlussdiskussion	63
Anhang	
Evaluation	65
Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement	66
Impressum	67

Sehr geehrte Damen und Herren,



am 14. Juni 2016 hat das Kabinett die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Nun heißt es, zielgerichtet an deren Umsetzung zu arbeiten. Ich freue mich sehr, dass sich zahlreiche Akteurinnen und Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kommunen am 29. September bei der 5. NRW-Nachhaltigkeitstagung dieser Aufgabe angenommen haben. Unter dem Motto „Heute Handeln! – Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie“ diskutierten wir im Hauptgebäude der Universität Münster gemeinsam über Ziele und Merkmale eines nachhaltigen Nordrhein-Westfalens.

Darüber hinaus betrachteten wir die Realisation der globalen Nachhaltigkeitsziele auf Bundes- und EU-Ebene und legten gleichzeitig besondere Aufmerksamkeit auf die nachhaltige Entwicklung in den Kommunen Nordrhein-Westfalens. In zehn Themenforen setzten sich Teilnehmer gezielt mit den Schwerpunkten der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie auseinander. Wie bereits in den Vorjahren, gab die Veranstaltung auch 2016 den Nachhaltigkeitsvisionen junger Menschen Raum.

Die vorliegende Dokumentation fasst die auf der 5. NRW-Nachhaltigkeitstagung angesprochenen Themen, Vorschläge und Gesprächsrunden zusammen. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Referentinnen und Referenten, Diskutantinnen und Diskutanten, allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und vor allem bei den zahlreichen Jugendlichen bedanken, die mit großem Engagement an der 5. NRW-Nachhaltigkeitstagung teilgenommen haben.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Johannes Rimmel'. The signature is fluid and cursive. Below the signature is a small blue checkmark.

Johannes Rimmel

Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen



5. NRW-Nachhaltigkeitstagung – Zusammenfassung

Wie gestalten wir die große Transformation zur Nachhaltigkeit? Diese Frage bildete das Leitmotiv der 5. NRW-Nachhaltigkeitstagung am 29. September 2016 im Schloss der Universität Münster. Unter dem Motto „Heute Handeln! – Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie“ diskutierten über 400 Akteure aus Politik, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft die Möglichkeiten zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen, die am 14. Juni dieses Jahres von der Landesregierung verabschiedet worden war.

„Nachhaltigkeit kann nicht von der Politik oktroyiert werden, sondern muss von unten wachsen. Die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie bietet einen Handlungsrahmen, den wir nun mit Leben füllen müssen“, erklärte NRW-Umweltminister Johannes Remmel zur Eröffnung der Tagung, die einen besonderen Fokus auf das Engagement von Kommunen und Zivilgesellschaft richtete. Die Transformation zur Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen soll – wie bereits die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie – ein breit angelegter Partizipationsprozess werden.

Das Münsteraner Schloss, Hauptgebäude der Westfälischen Wilhelms-Universität, war bewusst als Tagungsort gewählt worden, um die wichtige Rolle von Wissenschaft und Forschung für den NRW-Nachhaltigkeitsprozess zu verdeutlichen. Universitätsrektorin Prof. Dr. Ursula Nelles beschrieb die Notwendigkeit der interdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung, die in Münster bereits praktiziert werde. Um die angestrebten Ziele einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen, müsse Nachhaltigkeit präzise definiert werden, forderte Nelles.

Die Definition von Nachhaltigkeit als Herausforderung für die Forschung erörterten anschließend NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze und Prof. Dr. Doris Fuchs, Sprecherin des Zentrums für interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung der Universität Münster. Ministerin Schulze betonte, dass der Fortschritt in Nordrhein-Westfalen unmittelbar mit dem Thema Nachhaltigkeit zusammenhänge. Eine integrative beziehungsweise transdisziplinäre Forschung, der Austausch zwischen Wissenschaft und praktischem Wissen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft seien notwendige Prozessschritte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit.

Dass erfolgreiche Nachhaltigkeitsprozesse vor allem von den Menschen vor Ort, den Bürgerinnen und Bürgern getragen werden, zeigten Erfolgsbeispiele aus Münster, Dortmund und dem Kreis Steinfurt, die zu den 15 Modellkommunen im Projekt „Global Nachhaltige Kommune in NRW“ gehören, sowie aus der Stadt Essen, die 2017 „Grüne Hauptstadt Europas“ sein wird. Unter der Moderation von Dr. Tanja Busse und Dr. Klaus Reuter stellten die Oberbürgermeister Markus Lewe und Ullrich Sierau, die Beigeordneten Simone Raskob und Matthias Peck sowie Landrat a.D. Thomas Kubendorff die Aufgaben und Herausforderungen einer nachhaltigen Stadt- beziehungsweise Kommunalentwicklung dar. Einen Einblick in Nachhaltigkeitsprozesse im europäischen Ausland brachte Rolf Holub, Landesrat für Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und öffentlichen Verkehr im österreichischen Land Kärnten, in die Diskussion ein. Wie wichtig die lokalregionale Handlungsebene für die nachhaltige Entwicklung nicht nur aus Landes-, sondern auch aus Bundes- und internationaler Perspektive ist, machte Professor Dr. Günther Bachmann, Generalsekretär des Rates für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung, deutlich. Die Akteure der Nachhaltigkeit müssten vor allem Brücken in die Gesellschaft bauen.

In zehn, über den Tag verteilten Themenforen konnten die Teilnehmer der Tagung verschiedene Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung vertiefen, unter anderem zu den Themen alternative Wirtschaftsformen, Klimaschutz, Umweltwirtschaft, nachhaltiges Investieren sowie Nachhaltigkeitsindikatoren. Ein Markt der Möglichkeiten bot darüber hinaus Gelegenheit zum Netzwerken.

Einen besonderen Schwerpunkt legte die NRW-Nachhaltigkeitstagung auch in diesem Jahr auf die Perspektive künftiger Generationen. Schon zum Einstieg thematisierten Schauspieler des Münsteraner Jugendtheaters Cactus in einem temporeichen Stück die vielfach halbherzige öffentliche Diskussion um Nachhaltigkeit und wirtschaftliches Wachstum. Gewinnerinnen und Gewinner aus den Landeswettbewerben „Jugend forscht“, „Schüler experimentieren“ und „We Tube“ stellten darüber hinaus ihre Beiträge zur praktischen Nachhaltigkeit vor. Unter der Moderation von Jil Blume erörterten im Landesjugendring NRW aktive Jugendliche, wie Jugendliche in gesellschaftlichen Partizipationsprozessen mitwirken können. Bernd Neuendorf, Staatssekretär im NRW-Jugendministerium stand den jungen Menschen zum Jugendförderplan, zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre oder zu den gymnasialen Schulzeitmodellen Rede und Antwort.



Impression vom Markt der Möglichkeiten.

Anschließend begrüßte NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann das außerordentliche Engagement, das junge Menschen beim Thema Nachhaltigkeit zeigen. Zugleich stellte sie die Bedeutung der Bildung zur nachhaltigen Entwicklung heraus, die als Querschnittsthema in allen Unterrichtsfächern und allen Bildungsinstitutionen verankert werden sollte. Die Schule der Zukunft müsse auch außerschulische Lernräume bieten. Wie das geht, zeigte z.B. ein vorgestelltes Projekt der Erich-Klausener-Realschule am Aasee in Münster. Dort organisierten Schüler und Lehrer, mit der Unterstützung von Vamos e.V., einen Aktionstag, der die unmenschlichen Rahmenbedingungen der Handy-Produktion vor Augen führte. Auch die Schülervertreter wünschten sich einen Ausbau nachhaltiger orientierter Schulprojekte und Bildungsangebote.

Die 6. NRW-Nachhaltigkeitstagung ist für den 19. Oktober 2017 in der „Grünen Hauptstadt“ Essen geplant.



Begrüßung

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster

Johannes Rimmel:

Sehr geehrter Landesrat Holub,
 sehr geehrte Ministerin Schulze,
 sehr geehrte Rektorin Prof. Dr. Nelles,
 sehr geehrter Oberbürgermeister Lewe,
 sehr geehrter Regierungspräsident Klenke,
 sehr geehrte Abgeordnete des Landtages,
 meine sehr geehrten Damen und Herren,

am 14. Juni dieses Jahres wurde die Nachhaltigkeitsstrategie für unser Bundesland verabschiedet. Viele von Ihnen haben an dieser Strategie mitgearbeitet, jetzt geht es darum, sie auch tatsächlich umzusetzen. Ich freue mich, dass die Nachhaltigkeitsfamilie Nordrhein-Westfalens sich dafür wieder zusammengefunden hat. Die NRW-Nachhaltigkeitstagung findet heute zum fünften Mal und erstmals in einer Universität statt. Wissenschaft, Forschung und Innovation sind wichtige Akteure, wenn es darum geht, an der großen Transformation zu arbeiten. Darüber hinaus haben wir sehr viele engagierte Städte, Kommunen und Kreise. Ihre Aktivitäten und somit die von



Minister Johannes Rempel und Oberbürgermeister Markus Lewe bei der gemeinsamen Begrüßung.

unten wachsende Nachhaltigkeit wollen wir heute besonders intensiv betrachten. Münster trägt den Titel der lebenswertesten Stadt der Welt. Das hat, denke ich, sehr viel mit Nachhaltigkeit zu tun und macht die Stadt seit 2004 zu einem wertvollen Austragungsort.

Markus Lewe:

Lieber Minister Rempel,
sehr geehrte Ministerin Schulze,
sehr geehrte Prof. Fuchs,
sehr geehrter Prof. Dr. Bachmann,
sehr geehrter Regierungspräsident Klenke,
sehr geehrter Landrat a.D. Kubendorff,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Münster ist in der Tat eine Stadt, in der Nachhaltigkeit regelrecht gelebt wird. Zum einen ist es laut Aalborg-Charta unser Auftrag, Nachhaltigkeit auch auf kommunaler Ebene zu gestalten. Zum anderen ist der nachhaltige Gedanke in unserer bürgerlichen Gesellschaft tief verankert. Unter Nachhaltigkeit verstehen wir auch, wertorientiert zu handeln. In den 1990er-Jahren wurde die lokale Agenda Münster gegründet. Sie beschäftigt sich mit der Frage, wie wir die Zukunft für kommende Generationen lebbar machen können. Aus diesem Prozess sind viele wichtige Impulse in ein integriertes Stadtentwicklungs- und Marketingkonzept eingeflossen. Das nachhaltige Engagement zeigt sich auf vielen weiteren Ebenen. Es gibt einen jährlichen Nachhaltigkeitsbericht, es gibt die Agenda 21 und es gibt eine ganze Reihe von Veranstaltungen. Wir sind Fairtrade-Town 2011, spielen in puncto Klimaschutz ganz vorne mit, haben mehrfach den European Energy Award gewonnen.

Im Bereich des Divestments besitzen wir mittlerweile europaweit eine Vorreiterrolle. Bei allen Investitionen wird darauf geachtet, dass sie nachhaltigen Unternehmen zugute kommen. Darüber hinaus ist Münster als flächensparende Kommune ausgezeichnet worden. Eine beachtliche Leistung, wenn man bedenkt, dass wir deutschlandweit die am stärksten wachsende Stadt neben Leipzig sind, bezogen auf die relative Einwohneranzahl. Bei der Gestaltung und Umsetzung von Stadtentwicklungs- und Grünflächenkonzepten bringen wir die Bürgerinnen und Bürger mit ein. Wir nutzen Bürgerinnen und Bürger quasi als Experten, nehmen ihre Ideen auf und geben ihnen die Möglichkeit, ihre Angelegenheiten und ihr Umfeld selbst mitzugestalten. Nicht zuletzt sind die Herausforderungen der Aufnahme von Geflüchteten Bestandteil der wertorientierten und nachhaltigen Münsteraner Politik. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, sie dezentral unterzubringen und Integration vom ersten Tag an zu gewährleisten.

Johannes Rempel:

In Sachen Nachhaltigkeit konnte NRW ohne Frage viel von seinen Kommunen lernen, so kommt zum Beispiel die Entwicklung Agenda 21 aus den Reihen der Kommunen. Nicht zuletzt aufgrund des Koalitionsvertrages haben wir uns entschlossen, eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie für NRW aufzubauen, die sich auch an den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen orientiert und Ziele für das Jahr 2030 sowie Indikatoren definiert. An dieser Stelle möchte ich meinen Dank noch einmal an die zahlreichen Beteiligten richten. Die Erstellung der Strategie ist das eine, das andere ist das konkrete Leben und Umsetzen. Darum geht es jetzt. Bei einigen Themen sind wir bereits mitten im Umsetzungsprozess, beispielsweise wenn es darum geht, Bildung für nachhaltige Entwicklung zu implementieren oder den Klimaschutz zu fördern. Bei anderen Themen stehen wir noch am Anfang. In diesem Zusammenhang freut es mich umso mehr, dass 15 NRW-Kommunen als „global nachhaltige Kommunen NRW“ Vorreiterrollen übernehmen und den Nachhaltigkeitsprozess aktiv mitgestalten. Gerade von diesen Kommunen, unter anderem gehört Münster dazu, kann das Land viel lernen.

Um Ihnen die Größe der Herausforderung deutlich zu machen: Wenn man sich anschaut, welche Staaten der Erde zugleich ein gutes Wohlfahrtsniveau haben und gleichzeitig einen akzeptablen ökologischen Fußabdruck, dann gibt es derzeit nur einen einzigen Staat, der beide Kriterien erfüllt: Kuba. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, wir sollen jetzt nicht alle so leben, wie die Menschen in Kuba. Aber ein paar Ableitungen sind vielleicht sinnvoll, denn Kuba besitzt hohe Gesundheits- und Bildungsstandards bei geringem Ressourcenverbrauch. Insbesondere mit Blick auf Demokratie, Freiheit und

Wohlstand können wir es jedoch besser machen. Die Untersuchung macht aber deutlich, welche Aufgaben noch vor uns liegen, um in die Zone der nachhaltigen Gesellschaften zu kommen.

Markus Lewe:

Gehen wir wieder zurück über den Atlantik nach NRW und nach Münster. Was stellen wir hier verstärkt fest? Es macht Menschen zunehmend Spaß, bescheidener zu leben. Unser Problem ist, dass wir Wert und Geld oft in Einklang miteinander bringen, obwohl zwischen den Begriffen ein himmelweiter Unterschied besteht. Nicht zuletzt aufgrund dieser Wahrnehmung organisieren wir in Münster einen Zukunftsprozess, der das voraussichtliche Leben in den nächsten Jahren betrachtet. Für den Prozess spielen unter anderem auch der Masterplan „100 Prozent Klimaschutz 2050“ und unsere nachhaltige Forstwirtschaft eine Rolle. Zudem haben wir eins der ambitioniertesten Radverkehrskonzepte Europas aufgebaut. Der Fahrradverkehrsanteil nimmt 40 Prozent des Verkehrsmixes ein, an den 50 Prozent arbeiten wir momentan. Zudem ist in Zusammenarbeit mit der Region der Bau von 13 neuen Velo-Routen geplant. Aber auch das ist machbar. Was Neulinge in Münster angeht, komme ich auf das Flüchtlingsthema zurück. Wir arbeiten mit vielen Organisationen und Stiftungen zusammen, unterstützen unter anderem das Projekt „Angekommen in deiner Stadt Münster“. In dessen Rahmen wird jungen zugewanderten Menschen geholfen, hier ein Zuhause zu finden.

Und ich möchte noch einmal verdeutlichen: Eine stark wachsende Stadt braucht intelligente Baulandkonzepte. Das heißt, es muss bezahlbarer, barrierefreier Wohnraum geschaffen werden. Dafür folgen wir einer besonderen Strategie und gehen, wenn wir städtische Immobilien oder Grundstücke zur Verfügung stellen, nicht auf das höchste Gebot, sondern auf den niedrigsten Mietvorschlag ein. Zudem ist es eine wichtige Herausforderung, die sieben Grünpfinger der Stadt zu erhalten. Nur so wahren wir die hohe städtebauliche Qualität. Wer nur darauf aus ist, viel Fläche in Geld umzuwandeln, übersieht einen wichtigen Punkt: Wenn keine Orte der Begegnung von Menschen entstehen, wie Plätze, Cafés, Kitas und Parks, dann werden diese Menschen sich auch nicht organisieren. In Münster haben wir diese Orte der Begegnung und können auf eine Ehrenamtsquote von 44 Prozent bauen. Diese stellt auch ein Stück von wertorientierter Nachhaltigkeit dar.

Sie sehen, ich sprudle vor Begeisterung. Letztlich kann man festhalten: Kleinteilig zu planen ist viel besser, als große Projekte umzusetzen, die im Nachhinein von den Bürgerinnen und Bürgern nicht angenommen werden.



Johannes Remmel:

Die hohe Münsteraner Ehrenamtsquote sticht besonders heraus. Für NRW sprechen wir von einer durchschnittlichen Quote von 25 Prozent. Damit sind wir bundesweit immer noch Spitze und gelten als Land des Ehrenamtes. Ohne die ehrenamtlich tätigen Menschen würde hier, denke ich, sehr wenig funktionieren. Bleiben wir bei den Menschen: Im Vorfeld dieser Tagung haben wir eine Umfrage zum Thema Nachhaltigkeit gemacht, die Ergebnisse sind sehr interessant. 62 Prozent der Befragten halten es für sehr wichtig, dass globale Nachhaltigkeitsziele auch auf Landesebene berücksichtigt werden, 33 Prozent halten es zumindest für wichtig. Es besteht somit eine große Zustimmung zum Thema Nachhaltigkeit im Allgemeinen. Die Umfrage liefert zudem Daten zur Bedeutung konkreter Schutzgüter. Sehr wichtig für die Befragten sind Wasser, Luft, aber auch Energie und Klimaschutz. Eine hohe Verbreitung in den Medien verzeichnet regelmäßig die Frage nach einem Ausstieg aus der Braunkohleförderung. 71 Prozent der Menschen in NRW halten diesen für sehr wichtig oder wichtig.

Auffällig ist, dass die Befragten im Gegenzug vergleichsweise weniger bereit sind, sich im eigenen Leben für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele einzusetzen. Auf eine Flugreise würden nur ungefähr 20 Prozent verzichten. Als wichtigstes Merkmal für ein persönliches nachhaltiges Handeln wird der Verzicht auf die Plastiktüte angesehen. Da fallen die Erwartungen der Menschen an die Allgemeinheit und die eigene Einsatzbereitschaft etwas auseinander. Bemerkenswert ist, dass Münsteraner sich im Landesvergleich in besonderem Maß der Nachhaltigkeit verpflichtet fühlen. Für 88 Prozent der Einheimischen spielt Nachhaltigkeit eine Rolle im persönlichen Alltag, im Landesdurchschnitt sind es 78 Prozent. Herr Lewe, Münster scheint so etwas wie eine Nachhaltigkeitsregion zu sein.

Markus Lewe:

Das ist in der Tat so. Ich kann nur alle einladen, sich einmal von unseren regionalen Köstlichkeiten zu überzeugen. Heutzutage braucht man keine langen Lieferketten. Wir produzieren in Münster und Umgebung Milchprodukte, haben mehrere Käsereien, Kaffeeröstereien, eine Brauerei, die mit der Verwertung von Biolandgetreide begonnen hat und damals belächelt wurde. Ich finde, nichts schmeckt besser als die unmittelbare Region. Wir haben tolles Brot, tolles Gemüse, einen Wochenmarkt, bei dem viele Verkäufer zugleich auch Produzenten sind. Man kann Nachhaltigkeit bei uns somit im wahrsten Sinne des Wortes schmecken.

Johannes Rimmel:

Die Beispiele beweisen, dass Kommunen ganz wesentlich bei der Durchsetzung der großen nachhaltigen Transformation in unserer Gesellschaft sind. Wir wissen alle, dass die Zeitläufe, beispielsweise um die Klimaziele zu erreichen, sehr knapp sind.

Es geht um Verantwortung, es geht aber auch um Beschleunigung, wenn wir diese Ziele erreichen wollen. Das werden wir nur im internationalen Kontext schaffen. Wir müssen über die nationalen Grenzen hinaus europäische und international denken, um nachhaltige Lösungen auch unter Gerechtigkeitsaspekten implementieren zu können.

Leider stehen wir gerade hier vor Herausforderungen. Bei den Tagungen des Wuppertal Instituts und der Feier zum 15-jährigen Bestehen unserer Stiftung „Umwelt und Entwicklung“ vor wenigen Tagen hat mich der Vortrag von Professor Messner sehr beeindruckt. Er hat ausführlich dargelegt, dass wir für alle Transformationsaufgaben auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft im Grunde sämtliche notwendigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technologischen Techniken besitzen. Zeitgleich macht sich eine Art Gegentransformation breit. Es gibt Menschen und Nationen, die sich abschotten wollen und die offene Gesellschaft in Frage stellen. Insofern befinden wir uns in gewissem Maße an einem entscheidenden Punkt, an dem es darum geht, die richtige Richtung einzuschlagen. Ich freue mich, dass wir heute genau daran arbeiten.



Grußwort

Prof. Dr. Ursula Nelles, Rektorin der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

„Nachhaltigkeit braucht Nachhaltigkeitsforschung“, erklärte Professorin Dr. Ursula Nelles an ihrem vorletzten Dienstag als Rektorin der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU). Sie freute sich, dass der Universitätssitz Münster bewusst als Veranstaltungsort der 5. NRW-Nachhaltigkeitstagung gewählt worden war. Schließlich setzt die WWU bereits seit vielen Jahren einen erklärten Forschungsschwerpunkt auf die Themenfelder der Nachhaltigkeit und gründete deshalb im Sommersemester 2015 das Zentrum für Interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung (ZIN). Das Zentrum bündelt gesellschafts-, geo-, geistes- und rechtswissenschaftliche sowie theologische Nachhaltigkeitsforschung, -lehre und -beratung an der WWU. Darüber hinaus dient es dem Land Nordrhein-Westfalen, der Stadt Münster sowie Medien und zivilgesellschaftlichen Akteuren als Ansprechpartner für Nachhaltigkeitsfragen.

Grundlegend für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitsfor-

schung, so Nelles, sei der interdisziplinäre Austausch. Nur so könne der Begriff „Nachhaltigkeit“ definiert werden – für die Juristin eine Grundvoraussetzung für den Erfolg nachhaltiger Entwicklung. „Was nicht eindeutig definiert ist, kann den Schmerz der Grenze nicht verursachen“, beschrieb Nelles die Forschungsaufgabe, Nachhaltigkeit als Instrument präzise zu fassen. Zurzeit sei „Nachhaltigkeit“ – ähnlich wie die „Digitalisierung“ – ein vielfach noch „schillernder Begriff“, den jeder mit unterschiedlichen Vorstellungen verbinde. Dabei bestehe nur ein Minimalkonsens, „dass wir die Sache voranbringen müssen“, so Nelles weiter.

Nachhaltigkeit berühre zahlreiche ökologische und ökonomische, soziale und kulturelle Aufgabenfelder und Zielvorstellungen. Damit verbänden sich komplexe Fragestellungen, auf die es keine einfachen Antworten gebe. Lösungen ließen sich durchaus im interdisziplinären Diskurs von Wissenschaft und Praxis finden und entwickeln, müssten aber auch politisch, zwischen verschiedenen Interessengruppen, ausgehandelt werden – ein (Forschungs)-Auftrag, den Professorin Nelles den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der 5. NRW-Nachhaltigkeitstagung mit auf den Weg gab. Dabei bemühte die Universitätsrektorin mit einem Augenzwinkern den Westfälischen Frieden als Beispiel dafür, dass Verhandlungen, die in Münster geführt werden, nachhaltigen Bestand haben!



Bedeutung der globalen Nachhaltigkeitsziele für Wissenschaft und Wissenschaftspolitik

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Doris Fuchs, Sprecherin des Zentrums für interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung der Universität Münster (ZIN)

Moderation:

Dr. Tanja Busse, freie Journalistin

Über die Rolle der Wissenschaft im Hinblick auf die globalen und NRW-weiten Nachhaltigkeitsziele tauschten sich Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, und Prof. Doris Fuchs, Sprecherin des Zentrums für interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung der Universität Münster, im Anschluss an die Begrüßung durch Prof. Dr. Ursula Nelles aus. Moderatorin Dr. Tanja Busse rückte dabei zunächst den Fokus auf die gängige Wissenschaftspolitik. Ministerin Schulze unterstrich, dass Nachhaltigkeit kein starrer Begriff sei, der sich einfach definieren lasse. „In diesem Bereich muss natürlich geforscht werden“, stellte sie klar. Laut Schulze müssten die Hochschulen zum einen erforschen, wie Menschen beispielsweise angesichts des Klimawandels oder einer älter werdenden Gesellschaft und weiterer Faktoren nachhaltig leben könnten. Eine Schwierigkeit dabei bilde die meist disziplinäre Organisation der Hochschulen, so Schulze. Beim Thema Nachhaltigkeit und den damit einhergehenden Fragestellungen

müsse man jedoch interdisziplinär denken. Zum anderen müssten Wissenschaft und Forschung, so die Ministerin weiter, selbst mit gutem Beispiel voran gehen und sich nachhaltig aufstellen.

Interdisziplinäre Forschungsansätze

Ministerin Schulze thematisierte darüber hinaus die Forschungsstrategie Fortschritt NRW. Forschung für eine nachhaltige Entwicklung beinhalte auch die Forderung nach Veränderung, mit der sich Forschungseinrichtungen auseinandersetzen müssten: „Der Kern ist, dass Forschung einen Beitrag zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen leisten soll.“ Antworten auf zum Teil globale Fragestellungen wie Ressourcenknappheit und Lebensmittelversorgung sollten aus Nordrhein-Westfalen heraus gegeben werden. Dieser Prozess müsse stärker inter- sowie transdisziplinär gestaltet werden, auch der Sachverstand aus der Praxis sei in der Nachhaltigkeitsforschung gefragt. Während die Forschungsstrategie Fortschritt NRW mit den Hochschulen Nordrhein-Westfalens einvernehmlich diskutiert worden sei, habe sie deutschlandweit durchaus Wirbel ausgelöst. „Aber das ist gut so“, sagte Schulze, „denn Wissenschaft lebt von Kontroversen und Auseinandersetzungen.“

„Wie kann man die großen Zukunftsfragen ins Zentrum der universitären Forschung rücken und dabei veraltete Verhaltensmuster überwinden?“ Mit dieser Frage wandte sich Moderatorin Dr. Tanja Busse an Prof. Doris Fuchs, die die unterschiedlichen Aufgaben der inter- und transdisziplinären Forschung und der disziplinären Grundlagenforschung erläuterte. Die Forschung zur nachhaltigen Entwicklung benötige die finanzielle sowie die diskursive Unterstützung durch die Akteure der Politik und der Landesregierung. Dr. Tanja Busse verwies darauf, dass es nicht nur Grundlagenforscher und angewandte Nachhaltigkeitsforscher gebe. Viele Universitäten bestritten ihre Forschung aus Drittmitteln, zum Teil im Auftrag von Wirtschaftsunternehmen, die nicht immer in Richtung der Nachhaltigkeit handelten. „Wie können Ihr Zentrum, aber auch die Wissenschaftspolitik hier ansetzen und versuchen, die Forschung in eine andere Richtung zu lenken?“, fragte Busse. „Grundsätzlich müssen wir als Wissenschaftler erst einmal über unser Verständnis von Nachhaltigkeit diskutieren“, antwortete Fuchs. Gerade an großen Universitäten wie Münster mit vielen verschiedenen Fachbereichen träfen viele verschiedene Meinungen zur Bedeutung von Nachhaltigkeit aufeinander.



Prof. Dr. Doris Fuchs von der Universität Münster.

Angesprochen auf ihren Aufsatz über die Machtfrage in Bezug auf Nachhaltigkeit, stellte Prof. Doris Fuchs klar, dass sie keine grundlegende Antwort geben könne. Fest stehe für sie, dass Machtmechanismen unser heutiges politisches und wissenschaftliches Umfeld bestimmten. In der Politik finde ein Wettbewerb statt, der in die Wissenschaft mit einfließe und umgekehrt. In diesem Rahmen müsse klar definiert werden, was ein Problem, was eine Lösung und was eine nachhaltige Lösung sei. „Problematisch wird es, wenn man erkennt, wie die Politik von der Wirtschaft und den Medien beeinflusst wird, wie auch die Wissenschaft ökonomisiert wird und sich nicht immer neutral verhalten kann“, beschrieb die Wissenschaftlerin wichtige Herausforderungen für die Demokratie und Wissenschaft – ganz besonders mit Blick auf die Nachhaltigkeit.

Partizipation als Forschungsmodus

Von den Aufgaben der Nachhaltigkeitsforschung führte Moderatorin Dr. Tanja Busse das Gespräch zur Frage der wissenschaftlichen Partizipation und Kooperation. NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze unterstrich die Notwendigkeit, hier deutliche Akzente zu setzen: „Wir sind das erste Bundesland, das in der Doktorandenausbildung interdisziplinär vorgeht.“ Es seien Fortschrittskollegs geschaffen worden, die über Fachgrenzen hinweg arbeiten. „Eine Bedingung dieser Kollegs ist, dass schon die Forschungsfragen gemeinsam mit Praxispartnern formuliert und die Forschungsaktivitäten von Praxispartnern begleitet werden“, so die Ministerin. Dies sei ein wichtiger Prozess, bei dem Praxispartner wertvolle Informationen einbringen könnten. So ergäben sich laut Schulze völlig neue Fragestellungen. Ihr Credo: „Wir brauchen Partizipation – für Wissenschaftler gehört sie aber noch nicht zum Alltag.“



Wissenschaftsministerin Svenja Schulze im Gespräch.

Wie weit das Thema Partizipation in die Universitäten vordringen ist, erläuterte Prof. Doris Fuchs. Die Entwicklung sei je nach Forschungsfeld unterschiedlich stark vorgegangen. Im Bereich Nachhaltigkeit sei bereits eine intensive Zusammenarbeit mit Praxispartnern vorhanden. „Wichtig ist es, die Partner umfassend in das gesamte Projekt einzubinden“, machte Fuchs deutlich und sagte gleichzeitig, dass dies nicht nur eine Herausforderung für die Wissenschaft, sondern auch für die Praxis darstelle. Für universitäre Forschungsprojekte müssten in den Unternehmen Kapazitäten zur Verfügung stehen. Grundsätzlich sei die Wissenschaft stark an einem Austausch mit der Zivilgesellschaft interessiert, man müsse, so Fuchs, allerdings ständig hinterfragen, welche Zivilgesellschaft genau erreicht werde.

Internationaler Austausch

Zum Abschluss des Gesprächs ging Moderatorin Dr. Tanja Busse auf die globalen Nachhaltigkeitsziele – die sogenannten Sustainable Development Goals (SDG) – ein. Viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen befassten sich bereits mit den SDGs, obwohl sie sich zeitgleich mit zahlreichen weiteren Aufgaben konfrontiert sähen. Der internationale Blick, so Ministerin Schulze, sei auch für die Wissenschaft unabdingbar. Forschung dürfe heute nicht mehr in Ländergrenzen gedacht werden, der internationale Austausch sei notwendig. Mit Einrichtungen wie dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik oder auch dem NRW-Fortschrittskolleg Wasser habe sich Nordrhein-Westfalen in globaler Perspektive bereits sehr gut aufgestellt. „Was sind Besonderheiten, die wir in Deutschland haben? Auf was müssen wir achten? Und was müssen wir berücksichtigen im internationalen Vergleich?“, stellte Schulze die zentralen Fragestellungen der Wissenschaft im Hinblick auf globale Nachhaltigkeitsziele dar.



Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele auf Bundes- und EU-Ebene

Prof. Dr. Günther Bachmann, Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Die Agenda 2030 und die SDGs stellen neue Anforderungen an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Gerade auch die Staaten Europas sind gefordert, die weltweiten Nachhaltigkeitsziele beispielgebend umzusetzen. Nicht zuletzt gehöre Deutschland zu den zentralen Akteuren der Strategieentwicklung. Was aber bedeuten die SDGs für Deutschland? Und wie kann Deutschland die internationalen Entwicklungsziele voranbringen? Professor Dr. Günther Bachmann, Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung, erörterte im Gespräch mit Moderatorin Dr. Tanja Busse die Aufgaben deutscher Nachhaltigkeitspolitik und warum die europäische Nachhaltigkeits-Governance auf den Prüfstand gestellt werden müsse.

„Wir haben eine aktive Rolle bei der Ausarbeitung der SDGs gespielt. Deswegen sind das unsere Ziele, nicht allein die der UN. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass diese Ziele auch auf nationaler Ebene eine Rolle spielen. Die Idee ist einfach: globale Ziele, aber nationale Umsetzung“, erklärte Bachmann und freute sich, dass mit den SDGs nun globale, für 193 Länder der Welt verbindliche Zielvorgaben zur nachhaltigen Entwicklung formuliert worden sind. Auch wenn die globalen Ziele notwendigerweise Kompromisse seien, die unter den beteiligten Staaten ausgehandelt wurden, habe sich die Politik weltweit über Legislaturperioden hinaus auf diese verpflichtet.

Insbesondere begrüßte Bachmann die Tatsache, dass viele Zielvorgaben konkret formuliert wurden. So solle beispielsweise die Lebensmittelverschwendung bis 2030 halbiert werden. Positiv wertete er auch, dass endlich einmal Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Zusammenarbeit als Ziel formuliert und gesetzt wurden. Nachhaltigkeit dürfe nicht allein von der „Klimaseite“ aus betrachtet werden, sondern als eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung. „Wir wollen in der Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands für jedes dieser Ziele Beiträge darstellen und müssen uns dafür jetzt erstmalig mit Themen wie Armut in Deutschland auseinandersetzen. Das hatten wir bisher nicht drin. Wir werden auch einen Indikator festlegen für die Waffenexporte, konkret für Handfeuerwaffen“, nannte Bachmann Aufgaben, mit denen sich künftig alle politischen Ressorts auseinandersetzen müssten.

Mit Blick auf die öffentliche Diskussion um den Klimaschutzplan stellte Moderatorin Dr. Tanja Busse die Frage nach konkreten Zielvorgaben durch die Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands: „Werden da klare Ziele für jeden Indikator drin stehen?“ Bachmann zeigte sich optimistisch, betonte aber, dass eine Nachhaltigkeitsstrategie auch Handlungsfelder beschreiben müsse, für die es bislang noch keine Zielvorgaben, aber mögliche Prüfaufträge gebe. So sei die Datenlage zur Lebensmittelverschwendung in Deutschland nicht ausreichend, um eine konkrete Zielvorgabe zu formulieren. „Daran wird man noch weiter arbeiten müssen“, betonte Bachmann.

Ein wichtiges Arbeitsfeld, so der Experte, sei die Nachhaltigkeits-Governance. Bachmann forderte hier gezielte Veränderungen in den Institutionen. In vielen Ressorts der Bundesregierung habe man Nachhaltigkeit noch nicht als politischen Handlungsauftrag erkannt, sondern sehe diese eher als „Hobby“. Für eine nachhaltige Entwicklung müssten Ressourcen freigegeben, Strukturen geschaffen und veraltete Denkweisen auf den Prüfstand gestellt werden, verlangte Bachmann und kritisierte in diesem Zusammenhang insbesondere die Wachstumsstrategie Europa 2020. „Nachhaltigkeit passt zurzeit nicht in die europäische Lage“, monierte Bachmann. Eine „Rhetorik der Angst“, geprägt von Themen wie dem Flüchtlingszug und der Abwehrhaltung der Visegrad-Staaten oder der EZB-Niedrigzinspolitik, lasse keine Auseinset-



Erläuterte die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele auf Bundesebene: Prof. Dr. Günther Bachmann.

zung mit Nachhaltigkeit zu. Auch hier müsse sich die offene Gesellschaft positionieren.

Abschließend stellte Moderatorin Dr. Tanja Busse zur Diskussion, ob jedes Bundesland, insbesondere auch Nordrhein-Westfalen – so wie die Bundesregierung – einen Rat für Nachhaltige Entwicklung brauche. Bachmann plädierte vielmehr für eine „Brücke zur Gesellschaft“. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung beschränke sich deshalb nicht allein auf die Beratung der Regierung, sondern biete beispielsweise mit dem Nachhaltigkeitskodex auch Hochschulen und Unternehmen ein Instrument, ihr Nachhaltigkeitsengagement transparent, vergleichbar und damit auch anschaulich für Investoren und Konsumenten darzulegen. Die Transformation zur Nachhaltigkeit müsse sich auch stärker mit der Lebenswelt der Menschen und der Praxis in Unternehmen verbinden.



Podiumsdiskussion: Land und Kommunen gemeinsam für nachhaltige Entwicklung in NRW

Teilnehmer:

Ulrich Sierau, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund

Thomas Kubendorff, Landrat a.D. des Kreises Steinfurt

Matthias Peck, Beigeordneter für Wohnungsversorgung, Immobilien und Nachhaltigkeit der Stadt Münster

Simone Raskob, Beigeordnete für Umwelt und Bauen der Stadt Essen, Grüne Hauptstadt Europas 2017

Rolf Holub, Landesrat für Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und öffentlichen Verkehr, Land Kärnten, Österreich

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Moderation:

Dr. Klaus Reuter, Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW

Global, national, kommunal: Die Agenda 2030 und die SDGs der Vereinten Nationen setzen einen Handlungsrahmen für die Transformation zur nachhaltigen Entwicklung. Doch die vertikale Integration der Ziele – von der globalen auf die nationale und von der nationalen auf die kommunale Ebene – ist eine Herausforderung. Das zeigen insbesondere die Best Practices nachhaltig engagierter Kommunen, die im Fokus der Podiumsdiskussion standen. Unter der Moderation von Dr. Klaus Reuter, Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21), erörterten NRW-Umweltminister Johannes Rimmel, Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau, die Beigeordneten Simone Raskob aus Essen und Matthias Peck aus Münster sowie Landrat a.D. Thomas Kubendorff aus dem Kreis Steinfurt die Aufgaben einer nachhaltigen Stadt- beziehungsweise Kommunalentwicklung. Rolf Holub, Landesrat für Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und öffentlichen Verkehr im österreichischen Land Kärnten, gab dazu einen Einblick in Nachhaltigkeitsprozesse im europäischen Ausland und beschrieb gleich zum

Einstieg seine Erfahrungen mit der nachhaltigen Entwicklung seiner Heimat.

Im Dialog mit den Menschen

In puncto Nachhaltigkeit, so Holub, stehe jede Kommune vor ähnlichen Problemen wie der „Rest der Welt“. Doch habe jede Region auch ihre spezifischen Stärken und Besonderheiten. Das österreichische Bundesland Kärnten zum Beispiel liege bei der Erzeugung und Nutzung Erneuerbarer Energien mit einem Anteil von 55 Prozent weit vorne. Dennoch sei das Bewusstsein der Kärntener Bevölkerung in Sachen Nachhaltigkeit etwas „retro“, was mit der ländlichen Struktur zusammenhängen könne. Nachhaltige Ziele und Aktionen hätten einen verstärkten Erklärungsbedarf. In diesem Rahmen wurden beispielsweise Masterpläne für die Bereiche Klima, Mobilität oder Energie im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern erstellt. „Wenn man den Bedürfnissen der Menschen Aufmerksamkeit schenkt, dann weiß man, was sie wirklich brauchen“, machte Ralf Holub seine Überzeugung deutlich. Partizipation müsse von unten aus gedacht werden.

Im Austausch mit den Kommunen

Mit NRW-Umweltminister Johannes Remmel blickte Moderator Dr. Klaus Reuter auf den Koalitionsvertrag, der unter anderem die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen vorsah. „Was waren vor vier beziehungsweise fünf Jahren Ihre Gedanken im Bezug auf die Nachhaltigkeitsstrategie und mit welchen neuen Herausforderungen sehen Sie sich nun konfrontiert?“, lautete die Frage. Remmel erklärte, dass die Strategie ein großes Dach über Fragen der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit bilde. Dabei habe das Thema Klimaschutz am Anfang gestanden, erst danach sei die Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen entwickelt worden. Diese Vorgehensweise sei unter anderem der besonderen Situation Nordrhein-Westfalens als Industrieland mit einer Tradition von 150 Jahren geschuldet. Industrielle Wertschöpfung war über diese Zeit hinweg immer an die Nutzung fossiler Grundstoffe gekoppelt. „Unsere Industrie hat immer davon gelebt, billige Energie fossil zu beziehen“, so Remmel. Eine Entkopplung der beiden Faktoren und somit eine fossilarme oder sogar fossilfreie Energie sei, betonte der Minister, die größte Transformationsaufgabe und zugleich eine wichtige Grundlage, um die Nachhaltigkeit in NRW auf feste Füße zu stellen. Dass die Transformation mit dem Klimaschutz ihren Anfang nahm, sei als problemorientierte Handlungsweise zu verstehen. Zudem machte Remmel deutlich, dass Nordrhein-Westfalen mit seiner Nachhaltigkeitsstrategie insbesondere auch auf die Nachhaltigkeitsprozesse in den Kommunen einzahle. Viele Städte, Gemeinden und Landkreise in NRW hätten mit vorbildlichen Initiativen zu Klimaschutz und Klimaanpassung, Flächenverbrauch, demografischem Wandel und anderen Zukunftsthemen vorgemacht, wie nachhaltige Entwicklung lebendig gestaltet werden könne. Das

Land habe von den Kommunen gelernt und setze mit der Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen die Initiativen aus den Kommunen und der Zivilgesellschaft fort: „Partizipationsprozesse, wie wir sie im Hinblick auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit umgesetzt haben, gab es in Nordrhein-Westfalen bislang noch nicht. Unsere Prozesse waren durchaus mit Fehlern behaftet, aber insgesamt haben wir eine erfolgreiche Strecke absolviert.“ Jetzt müsse die große Transformation zur Nachhaltigkeit auf einer breiten Basis implementiert werden.

Akzeptanz durch Partizipation

Dabei komme den Kommunen eine Schlüsselrolle zu. Durch ihre Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern könnten vor allem sie eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben. Moderator Dr. Klaus Reuter leitete die Diskussion über zu den Kommunen, die im Dialogforum „Chefsache Nachhaltigkeit“ landesweit ihre Erfahrungen und „lessons to learn“ austauschen. Ulrich Sierau, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, beschrieb den Weg, den die Westfalenmetropole zur nachhaltigen Transformation eingeschlagen hat. Impulse für die nachhaltige Stadtentwicklung – die nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische und soziale Fragen berücksichtigt – gaben laut Sierau nach dem Rioprozess unter anderem die UN-Konferenz Habitat II in Istanbul und speziell im Ruhrgebiet die Internationale Bauausstellung Emscher Park IBA. Auch die Landesregierung habe den Kommunen Ideen und Leitlinien an die Hand gegeben. „Das hieß damals nur noch nicht Nachhaltigkeitsstrategie“, meinte Sierau. Dortmunds Transformation zur Nachhaltigkeit startete 1992 mit einem Ratsbeschluss, einem weltweiten Klimabündnis beizutreten. Es folgten weitere Beschlüsse und politische Konzepte zur Flächen- und Standortentwicklung, welche die Basis zur nachhaltigen Entwicklung der Zukunft legten. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte und Masterpläne erschließen heute Synergien zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen. Inzwischen ist die Stadt mehrfach prämiert, beispielsweise für fairen Handel oder mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2014. Nachhaltigkeit in Dortmund, so Sierau, basiere auf einem breiten Partizipationsprozess. Der Strukturwandel vom Industrie- zum Kultur- und Wissensstandort sei für die Stadt beispielsweise auch Verpflichtung, Hochschulen und Studierende gezielt in die nachhaltige Transformation einzubinden. Dieses Vorgehen schaffe Transparenz und führe zu einer hohen Akzeptanz. „In unserer Stadt gibt es einen hohen Konsens, wo wir sind und wo wir hinwollen“, erklärte Sierau und betonte: „Nachhaltigkeit ist der Weg zur Problemlösung. Das weiß man seit mehr als 40 Jahren.“ Damals habe die Nord-Süd-Kommission schon die Migrationsbewegungen der heutigen Zeit prognostiziert, warnte Sierau vor Egoismen und Partikularinteressen auf europäischer Ebene, die der Transformation zur Nachhaltigkeit nicht länger entgegen stehen dürften.



Simone Raskop, Thomas Kubendorff und Ulrich Sierau im Gespräch.

Von der Kommune in die Region

Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit müssten Widerstände überwunden, Bausteine geräumt und Meilensteine gesetzt werden, resümierte Moderator Dr. Klaus Reuter und gab das Wort weiter an Simone Raskop. Die Beigeordnete für Umwelt und Bauen der Stadt Essen beschrieb die Ideen und Ziele, die mit der Bewerbung und Auszeichnung als „Grüne Hauptstadt Europas 2017“ verbunden sind. Bereits im Jahr der Kulturhauptstadt RUHR.2010 hätten die Städte Dortmund, Bochum und Essen mit Unterstützung des Wuppertal Instituts eine gemeinsame Metropolbewerbung geplant. Diese sei jedoch von den Juristen der Europäischen Kommission abgelehnt worden. „Das war ein Tiefschlag für uns alle. Aber wir haben dann entschieden, uns als Stadt wieder stellvertretend für die Region zu bewerben. Dazu gab es einen parteiübergreifenden Konsens im Stadtrat“, erklärte Raskop. Das Jahr der Grünen Hauptstadt soll die Idee der Kulturmetropole RUHR.2010 weiterführen und nachhaltig ausgestalten. Die Themen und Aufgaben skizziert der 1. Nachhaltigkeitsbericht für die Metropole Ruhr, den der Regionalverband Ruhr (RVR) im Januar 2017 herausgegeben wird: „Daran arbeiten jetzt alle Umweltdezernenten der Städte zusammen mit dem RVR. Das zeigt, dass dieses Thema in einem langjährigen Prozess qualitativ gesichert, in der Region verankert und keine Eintagsfliege ist, die nach 2017 wieder in der Schublade verschwindet“, betonte Raskop. Das Jahr der Grünen Hauptstadt werde eine Dekade der Nachhaltigkeit einläuten. Passend dazu habe die KlimaExpo.NRW 2017 im Ruhrgebiet Zwischenpräsentation. 2020 setze der Emscher-Umbau den nächsten Meilenstein. Und 2027 habe die Metropole Ruhr große Chancen, die Internationale Gartenausstellung (IGA) zu präsentieren. Nicht zuletzt zeige auch der InnovationCity roll out, dass von einer Kommune – hier Bottrop – ausgehend nachhaltige und dauerhaft wirkende Prozesse in der gesamten Region angestoßen werden können.

Lernprozesse anstoßen

Über den Lernprozess zur Nachhaltigkeit diskutierte Moderator Dr. Klaus Reuter anschließend mit Thomas Kubendorff, der als ehemaliger Landrat im Landkreis Steinfurt zu den Vorreitern einer nachhaltigen Entwicklung in ländlichen Regionen zählt. Der Kreis Steinfurt engagiert sich bereits seit 1997 für Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Fundierte Erfahrungen aus über 200 Projekten, eine gute Datenlage und funktionierende Netzwerkstrukturen sind das Ergebnis einer langjährigen Nachhaltigkeitsbewegung, in die sich insbesondere auch kleinere Gemeinden mit weniger als 7.000 Einwohnern eingebunden haben. „Man braucht einen langen Atem und darf sich von Rückschlägen nicht entmutigen lassen“, erinnerte sich Kubendorff an frühere Zeiten. Als der Kreis Steinfurt vor mehr als zehn Jahren das Ziel „energieautark 2050“ formulierte, hätte noch niemand daran geglaubt, dass sich inzwischen alle Kreiskommunen mit einem detaillierten Klimaschutzplan auszeichnen. Wichtig bei der Implementierung nachhaltiger Prozesse sei die Bildung von Netzwerken gewesen. So habe der Kreis Steinfurt gemeinsam mit den Kirchen das Thema Suffizienz diskutiert und ein Modellprojekt umgesetzt, bei dem 20 Familien ein Jahr lang suffizient lebten. Ebenso würden Themen wie die „Eine Welt“ über langjährige Lernprozesse aufgebaut. „Man muss den Menschen erst einmal erklären, was Nachhaltigkeit wirklich ist. Dann werden sie Nachhaltigkeit auch wollen,“ zeigte sich Kubendorff überzeugt. Nach der öffentlichen Akzeptanz könne die Umsetzung beginnen. Die Kommunen bräuchten dafür aber auch die Unterstützung durch Bund und Land, wie sie zurzeit erfolgreich beispielsweise beim Projekt „Haus im Glück“ zur nachhaltigen Quartiersentwicklung durch ein Bundesprogramm geleistet werden. Kubendorff mahnte an, dass Nachhaltigkeit in den Kommunen zurzeit eine freiwillige Aufgabe sei und Investitionen in die nachhaltige Entwicklung deshalb bei anstehenden Haushaltsplanberatungen als Einsparpotenzial oft dem Rotstift geopfert würden.

Ziele vor Ort übersetzen

Notwendige Sparziele und Investitionen in Nachhaltigkeit stellen einen von vielen Zielkonflikten dar, mit denen sich eine Kommune auseinandersetzen muss. Moderator Dr. Klaus Reuter führte die Diskussion weiter nach Münster, das sich als Gastgeber der NRW-Nachhaltigkeitskonferenz insbesondere durch Projekte zur nachhaltigen Stadtentwicklung auszeichnet. Welche Ziele verfolgt eine Stadt, die bereits nachhaltig wirkt? Matthias Peck, seit einem Jahr Beigeordneter für Wohnungsversorgung, Immobilien und Nachhaltigkeit der Stadt Münster, stand dazu Rede und Antwort: „Im Landesumweltministerium habe ich mich lange und intensiv mit dem Thema Flächenverbrauch auseinandergesetzt. Als ich nach Münster ging, meinten meine ehemaligen Kollegen, jetzt könne ich vor Ort mal schauen, wie das denn umgesetzt werde.“ Und sie hätten Recht behalten, so Peck weiter. Es sei ganz entscheidend, die Auseinandersetzung um nachhaltige Zielvorgaben vor Ort zu führen. Münster sei eine stark wachsende Stadt, in den letzten zehn Jahren stieg die Einwohnerzahl um 30.000 Personen an. „Eine wunderbare Entwicklung, aber die wollen auch alle irgendwo wohnen“, betonte der Beigeordnete. Die Stadt musste sich mit der Frage nach der Unterbringung der Menschen auseinandersetzen, dabei dem in vielen wachsenden Metropolen vorherrschenden Trend stark steigender Boden- und Immobilienpreise entgegenwirken und den Erhalt von Grün- und Erholungsflächen ermöglichen. Daraufhin wurde das „Handlungskonzept Wohnen“ für Münster entwickelt. Danach dürfen neue Baugebiete nur ausgewiesen werden, wenn vorher mindestens 50 Prozent der Fläche in den Besitz der Stadt übergehen. Damit sollen Bodenspekulationen verhindert werden. Zum anderen hat sich die Stadt entschieden, nicht in das übliche Höchstgebotsverfahren einzusteigen. Stattdessen wird der Verkehrswert eines Grundstückes ermittelt. Investoren bieten dann um den niedrigsten Einstiegspreis bei der Startmiete. Dieses Verfahren hat sich laut Peck bewährt: „Wir steuern damit aktiv der massiven Preispolitik auf dem Wohnungsmarkt entgegen.“ Das sei auch eine Form von nachhaltiger Entwicklung, weil sich sonst die Sozialgesellschaft dramatisch verändere.

Angesprochen auf Stadt-Umfeld-Kooperationen, erklärte Matthias Peck, dass diese ebenfalls Teil des Wohnbaulandkonzeptes seien. Die Kooperationen mit Umlandgemeinden würden allerdings gute ÖPNV-Verbindungen und funktionierende Velo-Routen voraussetzen. Es sei aber eine Grundsatzfrage, ob man finanziell schwächere Einwohner alle außerhalb der Stadt unterbringen wolle: „Das führt zu mittelalterlichen Verhältnissen“, warnte Peck. Ziel müsse es deshalb sein, bezahlbare Wohnmöglichkeiten in der Stadt für alle Menschen zu schaffen.

Den Austausch fördern

Die anschließende Podiumsdiskussion zwischen den Kommunalvertretern und NRW-Umweltminister Johannes Rimmel rückte die gemeinsamen Aufgaben nachhaltigen Handelns auf Landes- und Kommunalebene und wechselseitige Lernprozesse sowie angespannte Haushaltslagen und mögliche Förder- oder Anreizmodelle in den Blickpunkt.

NRW-Umweltminister Johannes Rimmel hob noch einmal die besondere Bedeutung der Agenda 2030 und der globalen SDGs hervor, die er in ihrer historischen Dimension mit der Deklaration der Menschenrechte verglich. Die Weltgemeinschaft habe sich erstmals auf Standards in allen Handlungsfeldern sozialer, ökonomischer, ökologischer, gesellschaftlicher und politischer Entwicklung verständigt und damit ein Radar entwickelt, das die Richtung einer nachhaltigen Transformation vorgibt. Daran müssten sich alle Prozesse auf kommunaler, Landes- und Bundesebene messen lassen. Minister Rimmel wiederholte, dass das Land hier von den Kommunen gelernt habe. Denn in den letzten Jahrzehnten habe durchaus eine „Schieflage“ geherrscht. Nachhaltigkeit, so der Minister, wurde mit sozialer und ökologischer Entwicklung, aber nicht in ökonomische Handlungsfelder übersetzt. Deshalb habe Nordrhein-Westfalen zu lange an alten Industrien festgehalten und die Transformation der Wirtschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung zu wenig unterstützt. Die Kommunen, insbesondere im Münsterland, in Südwestfalen und in Ostwestfalen, dagegen hätten schon frühzeitig ökonomische Handlungsfelder in ihren strategischen Entscheidungen berücksichtigt. Ähnlich sah Rimmel eine Schieflage auf der europäischen Handlungsebene. Mit verschiedenen Gesetzgebungen und gemeinsamen Initiativen zur Agrar- oder Klimapolitik habe man zwar eine ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit eingeleitet, doch bei 25 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich und hohen Arbeitslosenzahlen in Südeuropa bestehe eindeutig eine soziale Schieflage. Diese führe dazu, dass viele Menschen fragten, was Europa ihnen überhaupt noch bringe. Die SDGs als Radar und Messwerte könnten in Zukunft auch solche Defizite in der europäischen und internationalen Politik aufzeigen.

Moderator Dr. Klaus Reuter fragte, ob sich die Landespolitik internationalisieren müsse, um von den Erfahrungen anderer Regionen zu profitieren und gegenseitige Lernprozesse zu stärken. Minister Rimmel stimmte zu. Das Klimaschutzabkommen von Paris sei auch Ergebnis einer starken regionalen, kommunalen Bewegung und wäre ohne diese nicht gelungen. Auf dieser Ebene regionaler Zusammenarbeit und kommunaler Bündnisse sieht Rimmel eine Basis international nachhaltiger Politik. Der Austausch zwischen Menschen und Unternehmen gehöre in der „Einen Welt“ zur internationalen Politik.

Finanzierung sichern

Ob und inwieweit die SDGs neue Impulse und Anreize auch für Nachhaltigkeitsprozesse im europäischen Ausland geben, beschrieb Ralf Holub mit Blick auf das Land Kärnten, das kürzlich Gastgeber der Environmental Conference of the Regions of Europe war. Vertreter von 115 Regionen Europas tauschten sich bei dieser Veranstaltung in verschiedenen Arbeitsgruppen vornehmlich über den Klimawandel aus. Holub wertete die Ansätze nachhaltiger Entwicklung in den auf der Konferenz vertretenen Regionen als grundverschieden, dennoch gebe es zahlreiche Möglichkeiten, voneinander zu lernen. Auf nationaler Ebene habe Österreich unter anderem kommunale Wettbewerbe zur nachhaltigen Entwicklung implementiert, in denen sich Gemeinden beispielsweise im effizienten Energieverbrauch aneinander messen. „Mit Förderungen werden Anreize geschaffen. So stellen wir Dinge auf die Beine, ohne die große internationale Politik zu benötigen“, sagte Holub.

Funktioniert Nachhaltigkeit aber nur über Fördermittel und Anreizmodelle? Eine Frage, die Dortmund Oberbürgermeister Ulrich Sierau klar verneinte: „Jede Investition in Nachhaltigkeit, ob in Ökologie, Ökonomie oder soziale Entwicklung, ist eine Investition in die Zukunft.“ Für den Erfolg nachhaltiger Projekte und Prozesse seien finanzielle Anreize zwar hilfreich und auch die SDGs gäben gute Impulse, wichtiger für die Umsetzung vor Ort sei allerdings die öffentliche Akzeptanz: „Was zählt ist auf dem Platz!“ Sierau erläuterte am Beispiel des Radschnellweges Ruhr, dass im Dialog mit der Öffentlichkeit Projekte, die politisch kaum durchsetzbar schienen, einfach und möglich werden. Partizipation, Transparenz und Kohärenz seien deshalb die Schlüsselaspekte für eine nachhaltige Entwicklung in der zusammenwachsenden Metropole Ruhr. So stünden bei der Umnutzung einstiger, industriell genutzter Flächen zu neuen Wohnstandorten nachhaltige Entwicklungsaspekte unter finanziellen Gesichtspunkten auch längst nicht mehr zur Diskussion. Nachhaltigkeit dürfe sich nicht auf einzelne Projekte beschränken, sondern müsse zum Handlungsprogramm werden. „Wir müssen weg von der Projektitis, dann können wir auch nachhaltige und verlässliche Finanzierungsstrukturen schaffen und müssen nicht über die Genehmigungsfähigkeit von Haushalten beraten“, betonte Sierau: „Nachhaltigkeit ist notwendig und deshalb müssen wir das machen!“

Simone Raskop erläuterte am Haushaltsplan für die „Grüne Hauptstadt Europas 2017“, dass quantifizierbare Ziele vor Ort mit Budget- und Haushaltszahlen hinterlegt sein müssen. „Wenn wir zum Beispiel den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und bis zum Jahr 2020 einen modal split von 25 Prozent erreichen wollen, dann muss man Linien ausbauen, Fahrpläne neu gestalten, mehr Fahrzeuge anschaffen oder auch Werkstätten erweitern, also auch Geld in die Hand nehmen“, betonte die Beigeordnete der Stadt Essen. Für die Grüne Hauptstadt habe Essen anhand der zwölf Bewertungskriterien einen

Umwelt-Haushalt aufgestellt. Auf Essener Stadtgebiet würde in den nächsten fünf Jahren 1 Milliarde Euro in diese Themen investiert. Dabei handele es sich um Pflichtaufgaben wie Wasserversorgung, Abwasserreinigung, Luftqualität, Lärminderung oder Mobilitätssicherung, erklärte Raskop: „Man muss Aufgaben priorisieren, Strategien miteinander vernetzen und das Geld integriert ausgeben. Dann sind wirtschaftliche Lösungen auch in angespannten Haushaltslagen möglich.“

Matthias Peck wertete die Auseinandersetzung, ob Nachhaltigkeit eine Pflicht- oder eine Kuraufgabe sei, als nicht zielführend. „In 20 Jahren fragt man uns nicht nach der Aufgabe, sondern nach der Lösung. Habt ihr die Entscheidung so getroffen, dass wir heute genauso gute Lebensbedingungen haben, wie ihr sie damals hattet?“, meinte Peck und forderte „enkelfähige Entscheidungen“ ein. „Nicht reden, sondern machen und vorhandene Möglichkeiten nutzen“, so seine Devise. Thomas Kubendorff mahnte dagegen an, die „kommunale Wirklichkeit“ nicht außen vor zu lassen. 50 Prozent der Kommunen in Nordrhein-Westfalen hätten noch keinen Agenda-Beschluss und weder Personal- noch Sachmittel für eine nachhaltige Entwicklung bereit gestellt. Kubendorff plädierte deshalb, Nachhaltigkeit als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe zu definieren. Angesichts des Phänomens, dass beispielsweise Klimamanager, die über Förderprogramme in Kommunen eingesetzt waren, nach der Projektlaufzeit eine Art „Kommunenhoppping“ machten, sah auch NRW-Umweltminister Johannes Remmel die Notwendigkeit, Klimaschutz und Nachhaltigkeit mit der Bundesregierung im Rahmen der nationalen Klimaplandiskussion zur Pflichtaufgabe zu machen. So könnten diese Aufgaben der nachhaltigen Entwicklung in kommunale Strukturen implementiert und kontinuierlich bearbeitet werden.

„Partizipationsprozesse, wie wir sie im Hinblick auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit umgesetzt haben, gab es in Nordrhein-Westfalen bislang noch nicht.“ Johannes Remmel

„Nachhaltigkeit ist notwendig und deshalb müssen wir das machen!“ Ulrich Sierau

„Man muss den Menschen erst einmal erklären, was Nachhaltigkeit wirklich ist. Dann werden sie Nachhaltigkeit auch wollen.“ Thomas Kubendorff

„Man muss Aufgaben priorisieren, Strategien miteinander vernetzen und das Geld integriert ausgeben. Dann sind wirtschaftliche Lösungen auch in angespannten Haushaltslagen möglich.“ Simone Raskop



Fortschritt NRW – Forschung und Innovation für nachhaltige Entwicklung

Der Einfluss der Konsumenten und Lebensstile auf nachhaltige Produkte und Produktion

Anhand von Projekten sollte den ForumsteilnehmerInnen Forschung und Innovation für nachhaltige Entwicklung (be) greifbarer gemacht werden. Dazu wurde eine Thematik ausgewählt, die uns alle angeht: Wie nehmen wir, die BürgerInnen, durch unser Konsumverhalten und unsere Lebensstile auf eine nachhaltige Produktion und auf nachhaltige Produkte Einfluss? –vergl. globales Nachhaltigkeitsziel Nr. 12-

Das Themenforum wurde von Antonius Schröder, Technische Universität Dortmund - Sozialforschungsstelle, moderiert. In seinem Eingangsstatement verwies er auf die zentrale Bedeutung Sozialer Innovationen für die nachhaltige Entwicklung unter Beteiligung aller relevanten Akteure aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Letztendlich geht es dabei um die Entfaltung neuer sozialer Praktiken, die in der Zivilgesellschaft ankommen und von ihr

angenommen werden müssen. Insofern kommt der Praxis und der Zivilgesellschaft besondere Bedeutung zu. Die zentralen Diskussionsfragen lauteten deshalb auch:

Findet gesellschaftlicher Wandel statt? Ändern sich soziale Praktiken und führen zu sozialem Wandel? Inwieweit gehen Konsumentenverhalten und Bottom-up-Initiativen und Politik und Forschung zusammen?

Die nachfolgenden Statements aus Wissenschaft, Forschung und Anwendung greifen diese Themenstellung aus unterschiedlichen Perspektiven auf und beleuchten insbesondere den Anteil und die Relevanz der KonsumentInnen an einer nachhaltigen Entwicklung

Teil 1: Vormittag

Wissenschaft und nachhaltiger Konsum

Professorin Doris Fuchs vom Zentrum für interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung der Universität Münster führte inhaltlich in das Thema ein.

Thema dieses Forums ist, wie wir als BürgerInnen durch Konsumverhalten und Lebensstile die Nachhaltigkeit von Produktion und Produkten beeinflussen. Die inhaltlichen Inputs kommen jedoch v.a. von WissenschaftlerInnen. Warum beschäftigt sich die Wissenschaft mit diesem Thema? Aus gesellschaftlicher Sicht wiederum kann man fragen: Warum spielt die Wissenschaft bei diesem Thema (immer noch) eine wichtige Rolle? Und welche Wissenschaft brauchen wir, um den Einfluss von Konsum und Lebensstilen auf Nachhaltigkeit zu verstehen?

Die erste dieser beiden Fragen ist leicht. Nachhaltige Entwicklung, also die Voraussetzung für das Wohlergehen der Menschheit auf der Erde heute und in der Zukunft, ist die gesellschaftliche Herausforderung der Gegenwart (und Zukunft), der sich die Wissenschaft nicht verschließen kann. Nachhaltige Entwicklung wiederum geht nicht ohne nachhaltigen Konsum. Der aktuelle Konsum v.a. in Industrieländern trägt massiv zu Umweltzerstörung und Ressourcenraubbau bei. Darüber hinaus - und das ist die Verbindung zu den Fragen nach der Rolle und Art der Wissenschaft - kann eine inter- und transdisziplinäre Wissenschaft unabdingliche Informationen über den Einfluss der KonsumentInnen auf Nachhaltigkeit beitragen (Transdisziplinarität bedeutet, dass neben WissenschaftlerInnen gezielt nicht wissenschaftliche gesellschaftliche Akteure aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik als Träger praktischen Wissens in den Forschungsprozess des jeweiligen Projektes einbezogen werden).

So untersucht die Forschung zum nachhaltigen Konsum u.a. Möglichkeiten der Beteiligung von KonsumentInnen, sogenannten Prosumern, bei der nachhaltigeren Gestaltung von Produkten und fragt, ob und unter welchen Bedingungen wir bereit sind, diese zu kaufen. Sie kann heute einige diesbezüglich relevante Faktoren benennen, z. B. Bildung, Geschlecht und Einstellungen. Wichtig sind aber auch Kontextfaktoren wie Angebot, Informationen und Zeit, d.h. Faktoren auf die KonsumentInnen nur bedingt Einfluss haben. Insofern muss die Wissenschaft auch diese Hürden, auf die an Nachhaltigkeit interessierte KonsumentInnen treffen, aufzeigen. Sie kann z.B. auf Informationsasymmetrien zwischen Produzenten und KonsumentInnen und die Überforderung von KonsumentInnen mit Kleinstgedrucktem und einem Wald aus – oft unzuverlässigen – Labels hinweisen. Dabei kann und muss sie auch die Existenz der von der Wirtschaft oft betonten Konsumentensouveränität in Frage stellen und entsprechend die Ambivalenz eines Konzeptes der



Ulrich Ahlke berichtete über seine Erfahrungen bei der Nachhaltigkeitsarbeit.

Consumer Social Responsibility aufzeigen. Ist das wieder ein Versuch, die Alleinverantwortung bei den KonsumentInnen abzuladen oder enthält dieser Begriff neue relevante Perspektiven und Impulse für uns?

Aber die Wissenschaft kann noch weitere spannende Einsichten liefern. Sie kann nämlich nicht nur zeigen, unter welchen Umständen wir bereit sind, nachhaltigere Produkte und Dienstleistungen zu konsumieren, sondern auch, welche Konsumententscheidungen und Verhaltensweisen wir meist nicht bereit sind im Interesse der Nachhaltigkeit zu ändern, bzw. welche Wirkung wir mit nachhaltigeren Konsumententscheidungen (nicht) erzielen. So zeigt sie uns, dass es oft dann schwierig wird, wenn wir nicht einfach ein Produkt durch ein nachhaltigeres Produkt ersetzen können, sondern tatsächlich vielleicht auf das Produkt oder die Dienstleistung verzichten müssen, wenn wir also nicht nur anders konsumieren können. Die Biotomate ist noch schnell gekauft, aber ich kann schlecht mit der Bahn zu einem Kultur-Wochenende nach Rom oder einem Party-Wochenende nach Malle fliegen. Insofern hat die Wissenschaft auch hier eine wichtige, wenn auch deutlich weniger attraktive Rolle: aufzuzeigen, was sich ändern muss, wenn wir die Nachhaltigkeit wirklich ernst nehmen, und warum das in Bezug auf Konsumententscheidungen wie auch deren Rahmenseetzungen durch Politik und Wirtschaft nicht passiert. Dazu muss die Wissenschaft allerdings nicht nur inter- und transdisziplinär, sondern auch mutig, kritisch, uneitel und unabhängig sein.

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt Innovative Logistik für Nachhaltige Lebensstile (ILoNa) wurde von Herrn Tim Gruchmann, Universität Witten-Herdecke vorgestellt:

Nachhaltige Lebensstile stehen in einem engen Zusammenhang zu modernen Logistikdienstleistungen. Die Förderung nachhaltiger Lebensstile ist, in diesem Zusammenhang verstanden, dringlich, weil sie neben den technologischen Neuerungen einen wesentlichen Hebel zur Reduzierung des Ressourcenverbrauches und seiner weiteren Auswirkungen

darstellt. Die Verbindung von nachhaltigem Konsum und Logistik beschränkt sich derzeit überwiegend auf die Logistik als Teil in der Wertschöpfungskettenanalyse oder auf die „letzte Meile“ zum Kunden. Dabei spielen CO₂-Emissionen aktuell immer noch die zentrale Rolle, wobei ganzheitliche Bewertungen unter Einbezug weiterer wichtiger ökologischer Faktoren, sozialer Aspekte und ihrer Interdependenzen bisher deutlich unterrepräsentiert sind. Die eigentliche Komplexität logistischer Aufgaben und Prozesse sowie deren Abhängigkeiten mit Konsumgewohnheiten und -präferenzen sind bisher unterbelichtet und alternative Systemkonfigurationen (aus Sicht der Transformationsforschung) und Innovationen in den Serviceportfolios der Logistikunternehmen (aus Sicht der Unternehmensentwicklung) werden aktuell nicht aufgegriffen. Das Projektvorhaben ILoNa liefert erste verbindende Forschungsansätze. Es integriert transdisziplinäre Aspekte systematisch, indem Verbindungsstationen und Konfigurationsmöglichkeiten von Produktionsprozessen bis zum Übergang des Produkts an den Konsumenten aus der Perspektive ganzheitlich verstandener Supply Chains analysiert und alternative „nachhaltige“ Handlungsoptionen entwirft. Dadurch gewinnen Fragen nach den Zusammenhängen zwischen Konsumpräferenzen und zeitlicher, räumlicher sowie finanzieller Konsolidierung von innovativen Logistiksystemen an Bedeutung.

Aus Sicht eines Praxispartners berichtet Herr Ulrich Ahlke, Amt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit des Kreises Steinfurt über Erfahrungen aus der Nachhaltigkeitsarbeit.

Seit 20 Jahren verfolgt der Kreis Steinfurt das Ziel, gemeinsam mit Kommunen, Hochschulen, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern Nachhaltigkeit regional und vor Ort zu gestalten, die ländliche Entwicklung zu fördern und den Klimaschutz voranzutreiben. So existiert seit 1997/98 das „Agenda21-Büro“, das seit 2013 als „Amt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ direkt dem Landrats-Dezernat zugeordnet ist. Das Amt fördert und strukturiert als zentrale Organisations- und Steuerungseinheit die Belange einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Heute arbeiten im Amt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit 18 MitarbeiterInnen (davon etwa die Hälfte auf geförderten Stellen). Sie



Das Publikum folgte den Vorträgen mit großem Interesse.

betreuen die Netzwerke, verbinden die Entwicklung des ländlichen Raumes mit dem Klimaschutz, organisieren Entwicklungsprozesse, managen Projekte und bieten als Dienstleister den Kommunen und Netzwerkpartnern einen umfassenden Service.

Betreut durch das Amt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit, wurden in den vergangenen rund 20 Jahren mehr als 150 Projekte realisiert. Im Handlungsfeld Suffizienz/ Lebensstile ist dabei das Projekt „Klimaschutzbürger“ von besonderer Bedeutung:

Wissenschaftlich begleitet durch das Wuppertal-Institut und die Fachhochschule Münster, erprobten 23 Haushalte ein Jahr lang klimafreundliches Handeln im Alltag. Zentrale Fragen des Projektes waren, wie die persönliche CO₂-Bilanz verbessert werden kann und welche Rahmenbedingungen den BürgerInnen ein klimafreundlicheres Handeln erleichtern würden. Die Haushalte erarbeiteten im Rahmen von Austauschtreffen zu den Themenbereichen Ernährung & Konsum, Mobilität sowie Energiesparen & Wohnen Maßnahmen zu klimabewussterem Verhalten und zur Verbesserung der persönlichen CO₂-Bilanz. In Praxisphasen erprobten die Haushalte die erarbeiteten Maßnahmen und dokumentieren die dabei gemachten Erfahrungen

Der Erfolg des Projektes lässt sich an den verbesserten CO₂-Bilanzen der Haushalte festmachen. Zu Projektbeginn und am Ende des Projektes wurde für jeden teilnehmenden Haushalt eine persönliche CO₂-Bilanz mithilfe des Umweltbundesamt-CO₂-Rechners erstellt. So konnte ermittelt werden, dass 19 der 23 Haushalte ihre CO₂-Bilanz innerhalb des Projektzeitraumes verbessern konnten. Alle Haushalte zusammen haben am Ende des Projektes 70 Tonnen CO₂ weniger erzeugt (im Vergleich zu CO₂-Bilanz zu Projektbeginn). Die größten Einsparungen konnten in den Bereichen Konsum und Mobilität (beides durchschnittlich -15%) sowie Ernährung (durchschnittlich -5%) erreicht werden.

Zentrale Erkenntnisse aus dem Projekt „Klimaschutzbürger“:

1. Die Verbesserungen der persönlichen CO₂-Bilanzen haben nach Aussage der teilnehmenden Haushalte nicht zur Verminderung der Lebensqualität geführt.
2. Das Thema Lebensstile/klimaschonendes Leben ist sehr komplex. Den TeilnehmerInnen fehlte teilweise das Wissen, um Auswirkungen des persönlichen Handelns bewerten und einschätzen zu können.
3. Es reicht nicht, von BürgerInnen verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln zu fordern. Bund, Land und Kommunen müssen zeitgleich gute Rahmenbedingungen schaffen, die den Menschen nachhaltiges Leben erleichtern und ermöglichen (Radinfrastruktur, ÖPNV-Anbindungen, eindeutiger und detaillierter Angaben über ökologische Auswirkungen und Herkunft von Produkten etc.).



Zukunft Lernen NRW – Von der Strategie zur Umsetzung

Moderation

Sabine Blom, MKULNV NRW

Impulsvortrag

Dr. h.c. Alfred Buß, Vorsitzender des Vorstands der
Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen

Diskussionsrunde

Timothy C. Vincent, Vorsitzender des Vereins
„Handwerk mit Verantwortung e.V.“

Christian Eikmeier, Koordinator der BNE-Agentur NRW,
Natur- und Umweltakademie NRW

Einleitung

Bildung ist ein wichtiger Schlüssel zu einer global nachhaltigen Gesellschaft – zumindest dann, wenn sie über reines Faktenwissen hinaus geht und auch Fähigkeiten und Werte vermittelt. Um das Bildungskonzept „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) in sämtlichen Bereichen des Bildungswesens zu verankern, wurde im Januar 2016 die Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Zukunft Lernen NRW“ beschlossen. „Wie schaffen wir es nun, dass auf Landesebene beschlossene Maßnahmen von unten unterfüttert werden?“ Diese Frage stellte Moderatorin Sabine Blom ins Zentrum des Themenforums „Zukunft Lernen NRW – Von der Strategie zur Umsetzung“. Sabine Blom hat die Bildungsstrategie im Rahmen der ersten BNE-Agentur selbst mitentwickelt. Seit Ende 2015 ist sie im Referat „Umweltbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung“ auch an deren Umsetzung beteiligt.



Christian Eikmeier und Timothy C. Vincent diskutieren mit Moderatorin Sabine Blom.

Die BNE-Strategie

In seinem Impulsvortrag stellte Dr. h.c. Alfred Buß, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, die wesentlichen Inhalte der Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vor. Zum ersten Mal in der Geschichte sei eine Menschheitsgeneration in der Lage, einen grundlegenden Erdsystemwandel herbeizuführen – und das bei einem Wachstum der Erdbevölkerung auf bald neun Milliarden Menschen. „Die Menschen sind die stärkste geologische Kraft geworden. Daher müssen sie als Weltgemeinschaft alles dafür tun, ihr Erdsystem zu schützen“, meinte Buß mit einem besonderen Blick auf die Industrienationen. Bis 2070 seien gigantische Aufgaben wie die Dekarbonisierung der Produktionsabläufe und die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft zu lösen, um eine globale Transformation zu einer nachhaltigen Produktions- und Wirtschaftsweise herbeizuführen. Nachhaltige Entwicklung bezeichne dabei nicht bloß eine ökologische Aufgabe, sondern auch die wirtschaftliche und soziale Herausforderung, eine künftige menschliche Entwicklung mit einem Verständnis von Wohlfahrt möglich und das Erdsystem planbar und nutzbar zu machen. Und zwar für alle Menschen. Buß identifizierte vier Treiber von Transformation: „Wir müssen eine klare Vorstellung davon haben, wohin wir wollen. Wir müssen neue Technologien entwickeln, Wissen weitergeben und gewohnte Pfade hinter uns lassen – im privaten wie im gesellschaftlichen Handeln.“ Im Mittelpunkt der großen Transformation zum nachhaltigen Denken und Handeln stehe der reale Mensch mit seiner Einsichtsfähigkeit, seinen Widersprüchen, seiner Trägheit, seinen gesellschaftlichen Bindungen und Verpflichtungen und all seinen Möglichkeiten.

Kollektive Beteiligungsprozesse

Deshalb, so Buß, sei die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen allen strategischen Handlungsfeldern als Querschnittsaufgabe vorangestellt. Menschen müssten zur

Abwägung von Entscheidungen und deren Auswirkungen auf künftige Generationen und das Leben in anderen Regionen befähigt werden. Zudem stärke BNE auf der Grundlage von Menschenrechten und Demokratie die Entwicklung von Problembewusstsein und systemischem Denken. Sie beinhalte, mit widerstreitenden Interessen umzugehen, Zielkonflikte zu erkennen, nach Lösungen zu suchen, Dilemmata als solche zu benennen und sowohl die eigenen Leitbilder als auch die anderer zu reflektieren. „Bildung für nachhaltige Entwicklung ist keine neue Disziplin und kein neues Schulfach, das sich additiv hinzufügen lässt. Sie stellt Themen und Fragestellungen der einzelnen Fachdisziplinen in einen neuen Zusammenhang, eröffnet Blickwinkel und Perspektiven, die bisher ausgeklammert waren und wird so zur Klammer aller Bildungsbereiche“, fasste Buß zusammen. Im Zentrum der BNE-Strategie stehe der Begriff „Gestaltungskompetenz“, der Mündigkeit, Problembewusstsein, systemisches Denken und Handlungsorientierung vereine. Dreh- und Angelpunkt sei dabei das sich selbst gestaltende und entwickelnde Subjekt. „Bildung ist also nicht Leistung der Lehrenden, sondern der Lernenden“, brachte der Redner es auf den Punkt. Bildung wiederum ermögliche Menschen eine umfassende Beteiligung, die grundlegende Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung sei. Basis dafür seien öffentliche Debatten und der Austausch zwischen Staat, Gesellschaft, Kommunen, Bildungseinrichtungen, Wissenschaft und Wirtschaft. Die für die Zukunft angestrebten Ziele und die dafür geeigneten Maßnahmen müssten ständig nachjustiert und an den Erkenntnisfortschritt angepasst werden.

Die Umsetzung

Den dritten Teil seines Impulsvortrags widmete Dr. h.c. Alfred Buß der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein Westfalen und kam somit von der Strategie zur Umsetzung. „Die vor fünfzehn Jahren von der Landesregierung gegründete Stiftung fördert bürgerschaftliches Engagement gemeinnütziger Akteure in NRW und wirkt

an der Schnittstelle von staatlichem und zivilgesellschaftlichem Handeln“, so der Vorstandsvorsitzende. In den vergangenen fünfzehn Jahren habe die Stiftung, die durch Lottereeinkünfte und Steuergelder finanziert werde, mit einer Summe von über 55 Millionen Euro über 1.100 Projekte fördern können. Wie die Stiftung an der Schnittstelle von Staat, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft im außerschulischen Bereich agiert und wie sie über zivilgesellschaftliche Kräfte die BNE im formalen Bildungsbereich voranbringt, erläuterte Buß anhand von zwei Beispielen: „Mit dem Klimadiskurs.NRW haben wir eine Initiative mit ins Leben gerufen, die kontroverse und komplexe Fragen der Energiewende diskursiv bearbeitet und in Nordrhein-Westfalen eine einzigartige Vermittlerrolle einnimmt, die der Staat so nie spielen könnte. Im Wittgensteiner Land hingegen fördern wir die Initiative ‚Wisent Welt‘, die dort fünf-hundert Jahre nach der Ausrottung in Deutschland den europäischen Bison wieder ausgewildert hat. Da Wisente Buchen schälen, spaltet das Projekt Befürworter und Gegner. Einige Waldbesitzer klagen bereits gegen den Trägerverein – ein echter Zielkonflikt also.“ Als weitere kontroverse Themenfelder nannte Buß u.a. die Wiederkehr des Wolfs in heimische Gefilde, das Freihandelsabkommen als entwicklungspolitisches Instrument sowie Migration, Flucht und Entwicklung. Jedoch sei die Stiftung nicht nur in Konfliktzonen tätig. Die geförderten Träger kooperierten auch mit Partnern aus dem formalen Bildungsbereich. Als positive Beispiele nannte der Stiftungsvorsitzende u.a. „KITA GLOBAL - Mit Kinder- und Jugendlichen um die Welt“, die Dauerausstellung „Mondo Mio!“ des Dortmunder Vereins „Aktions- und Spielpädagogik e.V.“ sowie „Stop Mutilation e.V.“ – ein Verein, der Fachtagungen zu weiblicher Genitalverstümmelungen veranstaltet, wovon allein in NRW 5.600 Mädchen betroffen seien. Seinen Impulsvortrag beendete Buß mit dem Wunsch, die Kooperation zwischen Stiftung und beruflicher Bildung auszubauen und dafür mit Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern oder auch Berufsverbänden ins Gespräch zu kommen: „Ein wichtiges Element der Nachhaltigkeit ist das Nachjustieren – und das gilt selbstverständlich auch für unsere Stiftung.“

Diskussion

Zur anschließenden Diskussionsrunde begrüßte Moderatorin Sabine Blom den Biologen und Erziehungswissenschaftler Christian Eikmeier, der seit Kurzem die BNE-Agentur in der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW koordiniert, sowie Timothy C. Vincent, Diplom-Ingenieur für Werkstofftechnik, selbstständiger Steinbildhauer mit Ausbildungsbetrieb und Gründer der Initiative Handwerk mit Verantwortung. Ihre erste Frage richtete Frau Blom an Herrn Eikmeier: „BNE will in alle Bildungsbereiche und das nicht nur von oben, sondern auch von unten – wo genau verortet sich die BNE-Agentur?“ „Mittendrin“,

lautete Eikmeiers Antwort. Es bestehe ein sehr enger Kontakt zur Landesverwaltung und dem Ministerium, die BNE-Agentur betreue zum Beispiel den Aufbau des neuen Landesnetzwerks von BNE-Umweltbildungszentren, das die außerschulische Bildung weiter fördern und BNE von oben in die Breite tragen wolle. Durch Seminare und Fortbildungen solle der Austausch gestärkt werden. Als Zielgruppe der BNE-Strategie und somit auch der BNE-Agentur nannte Eikmeier „alle Bildungsbereiche“ mit einem Schwerpunkt auf schulischer und außerschulischer Bildung.

Timothy C. Vincent gründete 2014 die Initiative „Handwerk mit Verantwortung“. „Für mich ist Nachhaltigkeit ein Arbeitsprinzip. Bei mir lernen die Auszubildenden nachhaltiges Verhalten im Betriebsalltag. In unserem Verein haben wir Leitlinien dafür formuliert. Zum Beispiel sollen Materialien möglichst aus dem europäischen Wirtschaftsraum verwendet werden und es sollte mehr regional und lokal produziert werden soll.“ Der Verein zählt mittlerweile 25 Mitglieder aus ganz Deutschland und will nachhaltiges Wirtschaften im Handwerk sichtbar machen. Auf die Frage, ob er seinen Lehrlingen von der BNE-Strategie erzähle und sie für Nachhaltigkeit sensibilisiere, antwortete der Ausbilder: „Ich muss gestehen, dass ich sie bis zu meiner Einladung gar nicht kannte.“ Dies wertete Vincent als Zeichen dafür, dass Handwerks- und IHK-Kammern dahingehend noch keinen Anschluss gefunden hätten. Wünschenswert sei es, „Nachhaltigkeit“ stärker in Aus- und Weiterbildungsgänge zu integrieren, um auch Auszubildende und angehende Handwerksmeister in weniger aktiven Lehrbetrieben erreichen zu können.

Im Bereich der beruflichen Bildung verwies Eikmeier auf die Kampagne „Schule der Zukunft“ der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW sowie auf das „Netzwerk Finanzkompetenz“. Laut Eikmeier sei momentan zwar noch Vieles von dem freiwilligen Engagement Einzelner abhängig, es gebe jedoch bereits Maßnahmen, um BNE künftig verbindlicher zu gestalten. Julia Steffen von der LAG 21 NRW e.V. warf die Frage in den Raum, welche Strukturen die BNE-Agentur schaffen möchte, um künftig noch mehr Partner zusammenzubringen. Eikmeier sah die BNE-Agentur hier in einer Vermittlerrolle: „Wir können diesen Prozess unterstützen, wir können jedoch keine strukturellen Rahmenbedingungen schaffen.“ Eberhard Neugebohrn, Geschäftsführer der Stiftung „Umwelt und Entwicklung“, dagegen verwies auf die Vorgaben der BNE-Strategie: „Dort ist genau aufgeführt, wie die nächsten Schritte aussehen.“ Er betonte, dass die Bedürfnisse der einzelnen Akteure entscheidend seien und Vereine wie „Handwerk mit Verantwortung e.V.“ aktuell zu den „entscheidenden Playern“ zählen. Wulf Bödeker vom NRW-Schulministerium stimmte dem zu: „Die Landeskampagne ist ein wichtiger Vorreiter, der auf die Freiwilligkeit der Akteure setzt, denn wir wollen niemandem etwas von oben aufzwingen.“ Roland Steenblock von Fountain Park richtete das Wort noch einmal an Herrn

Vincent und fragte den Vereinsvorsitzenden, inwiefern sein Engagement im nachhaltigen Wirtschaften in Hinblick auf Wettbewerbsvorteile und -nachteile mit Problemen versehen sei. „Die Wettbewerbsvorteile werden sich für Unternehmer, die nachhaltig wirtschaften, mitunter erst in einigen Jahren eröffnen. Wir bilden einen Markt im Markt, indem wir nachhaltige Produkte preiswert anbieten – und damit meine ich, dass sie ihren Preis wert sind. Daher müssen wir unseren Kunden das Vertrauen entgegenbringen, dass sie diese Art des Wirtschaftens langfristig honorieren, doch momentan sieht es so aus, dass Unternehmer, mit einer größeren Marge auch einen Wettbewerbsvorteil haben.“ Marlies Dieckmann aus dem NRW-Umweltministerium fasste zusammen, dass die Umsetzung der BNE-Strategie nicht ohne die Unterstützung der einzelnen Akteure gelingen könne, dass aber auch strukturbildende Maßnahmen nötig seien, um die Bildungseinrichtungen zur Umsetzung von BNE zu bewegen. Abschließend hielt Timothy C. Vincent fest: „Die Wissensgesellschaft und die Könnensgesellschaft müssen zu einer Verantwortungsgesellschaft zusammengebracht werden, nur dann gelingt uns eine nachhaltige Entwicklung.“

Fazit

Das Themenforum zeigte, dass sich die „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ bereits auf einem guten Weg befindet. Doch zugleich wurde die Notwendigkeit deutlich, sie in sämtlichen Bereichen des Bildungswesens zu verankern und die einzelnen Akteure – im privaten, wie im gesellschaftlichen Handeln, in theoretisch-wissenschaftlichen wie in praktisch-handwerklichen Bereichen – zum Mitmachen zu bewegen. Die Transformation zu einem nachhaltigen Nordrhein-Westfalen bleibt ein offener Entwicklungsprozess, der ständig nachjustiert werden muss. Neben Projekten sind auch strukturbildende Maßnahmen und Prozesse nötig, um BNE zu steuern und die für die Zukunft angestrebten Ziele zu erreichen.

„Bildung für nachhaltige Entwicklung stellt Themen und Fragestellungen der einzelnen Fachdisziplinen in einen neuen Zusammenhang, eröffnet Blickwinkel und Perspektiven, die bisher ausgeklammert waren und wird so zur Klammer aller Bildungsbereiche.“

„Ein wichtiges Element der Nachhaltigkeit ist das Nachjustieren.“

Dr. h.c. Alfred Buß



Indikatoren für nachhaltige Entwicklung im Kontext der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele – globale und nationale Perspektive

Impulsvorträge

Dr. Simona Costanzo Sow, United Nations System Staff College (UNSSC) / Knowledge Center for Sustainable Development, Bonn

Frank Hönerbach, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) / Koordinator des Interministeriellen Arbeitskreises Nachhaltigkeitsindikatoren der Bundesregierung / Berlin

Dr. Sarah Holzapfel, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Moderation

Dr. Tanja Busse, freie Journalistin

Einleitung

„Ein Ziel ohne Plan ist nur ein Wunsch.“ Das Zitat des französischen Schriftstellers Antoine de Saint-Exupéry beschreibt den Anspruch, den die Vereinten Nationen mit der Agenda 2030 und den Sustainable Development Goals (SDGs) erheben. Die UN-Statistiker haben deshalb 231 Indikatoren entwickelt, um die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele überprüfbar zu machen. Die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes und die Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen setzen auf entsprechende Indikatorensysteme, um die Anschlussfähigkeit an die internationale Nachhaltigkeitspolitik zu sichern. Dabei soll gleichzeitig Raum für individuelle Zielsetzungen bleiben.

Wie aber soll man Ziele und Indikatoren, die sich an den SDGs orientieren, auswählen und gliedern, um auch national größtmögliche Wirkung zu erzielen? Welche Aussagekraft können globale Indikatoren für nationale Entwicklungen haben? Und wie misst man auf nationaler Ebene Fortschritte im Sinne der globalen Transformation? Im Forum diskutierten rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer die zentralen Herausforderungen bei der Umsetzung der SDGs auf unterschiedlichen Handlungsebenen.

Integrativ und universal: die Agenda 2030 und die SDGs

Zum Einstieg in die Diskussion erörterte Dr. Simona Costanzo Sow vom Wissenszentrum für Nachhaltige Entwicklung die integrative Idee der Agenda 2030, die nachhaltige Entwicklung erstmals als Gemeinschaftsaufgabe aller Staaten weltweit beschreibt. Die 17 SDGs sollen den Weg in eine Welt bereiten, die frei ist von Armut, Hunger, Krankheit und Not und seien deshalb – anders als noch die Millenniumsziele – nicht nur auf jeweils eine Zielperspektive beschränkt, sondern ganzheitlich und mit allen Wechselwirkungen zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen zu betrachten. „Alle Ziele hängen miteinander zusammen und sind nicht voneinander zu trennen. Sie beschreiben eine neue weltweite Partnerschaft, in der wir niemanden zurücklassen dürfen“, betonte Sow.

Doch gerade darin bestehe die große Herausforderung: Wer den Fortschritt der nachhaltigen Entwicklung weltweit messen wolle, müsse nationale Realitäten und die jeweiligen statistischen Fähigkeiten zur Datenerhebung berücksichtigen. Nachhaltigkeitsindikatoren müssten deshalb einfach, zielorientiert, häufig messbar, auf guten Quelldaten basierend und wissenschaftlich fundiert sein sowie Hinweise auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen geben. Das gelte auch für die 231 Indikatoren, die in den SDGs hinterlegt sind. Rein nationale Daten könnten nicht die Wirkungszusammenhänge zwischen Ländern erfassen. Inwieweit die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen eines Landes nachhaltige Prozesse in anderen Ländern erschweren, sei zumindest zurzeit noch schwer abzubilden.

Schlüssel-Indikatoren: Daten und Wissen vernetzen

Frank Hönerbach, der als Referent im Bundesumweltministerium die Umsetzung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland seit über elf Jahren begleitet, brachte in seinem Impulsvortrag die Herausforderung eines validen Indikatorensystems auf den Punkt: „Wie wollen wir etwas messen, das wir bislang noch nicht gemessen haben? Eine nachhaltige Entwicklung auf allen Handlungsebenen ist bislang nicht definiert. Und die Daten, die wir erheben, sind retrospektiv. Wir messen immer nur Entwicklungen, die schon gewesen sind.“ Als Beispiel führte er den nachhaltigen Tourismus an. Gemessen werde bislang nur der Anteil, den der Tourismus am Brutto-Inlands-Produkt habe. Diese Messung aber gebe keinen Aufschluss über die Nachhaltigkeit der

touristischen Angebote. „Nicht jeder Indikator ist auch zielfähig“, erklärte Hönerbach.

Die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland, die in den nächsten Wochen verabschiedet wird, setzt auf ein bewährtes Nachhaltigkeitsmonitoring, das im Zuge des Rio-Prozesses und der Johannesburg-Konferenz entwickelt wurde. Die 2002 formulierten Ziele und Indikatoren wurden auf Basis etablierter Datenerhebungen sowie einer langjährigen Indikatorenforschung überarbeitet und weiterentwickelt. Die SDGs bildeten dabei zusätzliche wichtige Bezugspunkte. Darüber hinaus wurde gemeinsam mit der Zivilgesellschaft über Ziele und Indikatoren beraten. „Aufgrund unserer bestehenden Datenerhebungen können wir Berichte zu 170 Indikatoren vorlegen“, erläuterte Hönerbach. Es gilt, dieses Wissen zu vernetzen. Ein Schlüssel-Indikatoren-Konzept ermöglicht den Einstieg in bereits bestehende Daten- und Berichtssysteme auf regionalen Handlungsfeldern und der Bundesebene. 60 Indikatoren sind mit konkreten Zielen verknüpft. „Diese Indikatoren zeigen, wo wir stehen – und das macht politikfähig“, betonte Hönerbach.

Zielkonflikte: Wirkungszusammenhänge verstehen

Dr. Sarah Holzapfel, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung für bi- und multilaterale Entwicklungspolitik am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), setzte den Diskurs um valide Indikatorensysteme mit Blick auf die Wechselbeziehungen zwischen globaler und nationaler Ebene und möglichen Zielkonflikten fort. Die Agrarökonomin führte dafür eine beispielhafte Auseinandersetzung mit den Vorgaben des SDG Nr. 2, das lautet: „Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.“ Sie zeigte die engen Zusammenhänge zwischen SDG2 und weiteren Zielen wie Armutsbekämpfung, Gesundheit, Wasserversorgung, Energie, Konsum- und Produktionsmustern, Klimawandel, Mee-



Stellte die integrative Idee der Agenda 2030 vor:
Dr. Sarah Holzapfel.

ressourcen oder Landökosystemen-Bodendegeneration-Biodiversität auf. Valide Messungen mit globaler Aussagekraft würden dadurch keineswegs einfacher, zumal Entwicklungs- und Industrieländer notwendigerweise verschiedene Schwerpunkte zur Zielerreichung setzen: Die Indikatoren auf globaler Ebene messen die Verfügbarkeit von und den Zugang zu Nahrung sowie die Prävalenz chronischer und akuter Unterernährung. Diese Indikatoren sind primär für Entwicklungs- und Schwellenländer relevant, während in Deutschland die Bekämpfung von Übergewicht vorrangiges Ziel ist. Ähnliche Differenzen zeigen sich im Themenbereich Landwirtschaft. Während die globalen Unterziele und Indikatoren eine Verdopplung von Produktivität und Einkommen kleinbäuerlicher Betriebe, eine langfristig nachhaltige und resiliente Landwirtschaft sowie die Erhaltung der genetischen Vielfalt vorsehen, wird auf nationaler Ebene eine Erhöhung der ökologischen Landbauflächen und eine Verringerung des Stickstoffüberschusses in der Landwirtschaft anvisiert. Dabei fehle der Blick auf die globale Zielsetzung bisher gänzlich: „Die Auswirkungen unserer Landwirtschaft und unserer Ernährungsgewohnheiten auf die Entwicklungsländer werden im Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bisher nicht thematisiert“, kritisierte Holzapfel, „komplexe und teilweise situationsbedingte Wirkungszusammenhänge können mit Indikatoren nicht abgebildet werden.“ Selbst innerhalb eines Zieles bestünden mögliche Zielkonflikte. SDG Nr. 2 korreliere zusätzlich mit mindestens 62 von 169 Unterzielen. Politikkohärenz könne durch eine systematische, exakte Analyse sowie begleitende Kohärenz- und Wirkungsanalysen erreicht werden.

Diskussion

„Die Herausforderung besteht zum einen darin, die richtigen Indikatoren den richtigen Zielen zuzuordnen und bestehende Zielkonflikte zu begrenzen“, fasste Moderatorin Dr. Tanja Busse die beschriebenen Aufgaben zusammen und eröffnete die Diskussion im Plenum. In den Fokus rückten vor allem die Wechselbeziehungen zwischen der globalen und verschiedenen nationalen Ebenen sowie bestehende Zielkonflikte, gerade auch auf der nationalen und kommunalen Handlungsebene, beispielsweise im Spannungsfeld Wohnungsnot – Flächenverbrauch. Darüber hinaus standen die Forderung nach Messgrößen für Verhaltensänderungen und Konsummuster mit Blick auf die SDGs im Raum. In diesem Zusammenhang übten verschiedene Diskutanten Kritik am SDG12 (Verantwortlicher Konsum und Produktion). Während auf nationaler Ebene die Produktion möglicherweise „gedeckt“ werde, würden durch Produktionsverlagerungen Auflagen zur Nachhaltigkeit umgangen. Hönerbach erläuterte dazu, dass verschiedene Indikatoren durchaus auch internationale Verantwortung widerspiegeln. Beispielsweise könne eine sozial- und umweltverträgliche



Dr. Sarah Holzapfel, Dr. Simona Costanza Sow und Frank Hönerbach standen Rede und Antwort.

Rohstoffproduktivität auf nationaler und internationaler Ebene abgebildet werden. Ein wichtiger Indikator zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele sei die Bildung zur nachhaltigen Entwicklung, ergänzte Costanza Sow: „Nachhaltigkeit liegt nicht nur in der Verantwortung der Politik, sondern muss von allen Akteuren geleistet werden.“ Nicht nur Regierungen, sondern auch Akteure und Institutionen der Zivilgesellschaft seien deshalb gefragt, Berichte zur Nachhaltigkeit vorzulegen.

Fazit

Die Messung der Nachhaltigkeit ist kein einfacher Prozess. Denn nicht zu allen Indikatoren gibt es eindeutige Verfahren und belastbare Daten. Und schon die Auswahl geeigneter Indikatoren erfordert Sensibilität und einen klaren Blick auf das, was man wirklich messen möchte. Vollerorts konkurrieren übergeordnete Nachhaltigkeitsziele mit einer Vielzahl spezifischer Bedürfnisse. Und komplexe Wirkungszusammenhänge lassen sich mit Indikatoren allein weder erfassen noch abbilden. Insofern darf sich die Diskussion um Indikatoren nicht auf die technische Erhebung von Messdaten beschränken, sondern muss als gesamtgesellschaftlicher Diskurs um eine gemeinsame Vision nachhaltiger Entwicklung mit gemeinsamen Zielen und Messverfahren geführt werden. Die SDGs zeigen, dass nationale Dialoge zur Nachhaltigkeit eine Weiterentwicklung mit globaler Perspektive brauchen. Das Engagement staatlicher Akteure ist dabei genauso wichtig wie der Einsatz von Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

„Indikatoren zeigen, wo wir stehen – und das macht politikfähig.“ Frank Hönerbach

„Komplexe und teilweise situationsbedingte Wirkungszusammenhänge können mit Indikatoren nicht abgebildet werden.“ Dr. Sarah Holzapfel



Klimaschutz im Zeichen des Paris-Abkommens: Nordrhein-Westfalen und weitere Bundesländer gehen voran

Impulsvorträge

Christoph Zeiss, Projektleiter Zukünftige Energie- und Mobilitätsstrukturen, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Dr. Achim Dahlen, Referatsleiter im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Rainer Deppe, MdL, CDU

Moderation

Martin Krings, Referent im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Einleitung

Mit Spannung wurden die Verhandlungen zum Pariser Weltklimavertrag im Dezember 2015 verfolgt – die Medien spiegelten die Euphorie, mit der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Entschluss aufnahmen. Heute ist das Paris-Abkommen das zentrale Regelwerk, an dem sich der Klimaschutz weltweit in jedem einzelnen Staat orientieren muss.

Aber muss Klimaschutz immer auf der globalen Ebene anfangen? Müssen Staaten und Regionen der Erde auf ein internationales Abkommen warten, um verlässlichen Klimaschutz umzusetzen? Gibt es nachhaltige Modelle für Klimaschutz auf regionaler Ebene? Die Landesregierung NRW und mit ihr weitere Bundesländer sind diese Frage entschlossen angegangen und haben sie für sich beantwortet: Nur wenn einzelne vorangehen, entsteht eine Bewegung. Aus diesem Grund ist Klimaschutz ein wichti-



Neben dem Moderator Martin Krings sowie den Referenten Christoph Zeiss und Dr. Achim Dahlen beteiligte sich auch MdL Rainer Depper an der lebhaften Diskussion.

ges Handlungsfeld der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie. Im Forum „Klimaschutz im Zeichen des Paris-Abkommens: Nordrhein-Westfalen und weitere Bundesländer gehen voran“ wurden zentrale Klimaschutzprozesse in Deutschland – insbesondere in NRW – beleuchtet und die regionalen Maßnahmen im Kontext von Paris diskutiert.

Partizipativer Klimaschutz – Bedeutung für die Bundesländer

Zu Beginn seines Vortrags gab Christoph Zeiss vom Wuppertal Institut, einen Einblick in Beschlüsse und Zielsetzungen des Abkommens von Paris und erläuterte im Anschluss die damit verknüpften Herausforderungen. Dass die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Niveau auf deutlich unter 2 Grad Celsius – idealerweise sogar 1,5 Grad Celsius – begrenzt werden sollte, sei ein bemerkenswertes Ziel, das anhand einer wissenschaftlich hergeleiteten Zahl definiert wurde. Erstmals habe die Politik einen natürlichen, naturwissenschaftlichen Grenzwert als Vorgabe festgelegt. Um diesen zu erreichen, seien alle Staaten völkerrechtlich verpflichtet, einen nationalen Klimaschutzbeitrag zu erarbeiten, Maßnahmen zu beschließen und diese alle fünf Jahre fortzuschreiben. Dabei gelte das „Progressionsprinzip“: Nachfolgende Beiträge müssen ambitionierter sein als die vorangegangenen. „Die Verbindlichkeit dieses gemeinsamen Beschlusses könnte ein Momentum schaffen, dass einen anderen Umgang mit Klimaschutz nach Paris zur Folge hat“, so Zeiss.

Der Beschluss mache eine Neuorientierung der Klimaschutzziele des Bundes notwendig. Denn um die Ziele von Paris – insbesondere die Senkung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius – zu realisieren, reiche die bisher angestrebte Minderung der Treibhausgase um 80 Prozent bis 2050 nicht aus. „Bund und Bundesländer müssen konkrete Maßnahmen für jedes Mitglied und jeden einzelnen Sektor unserer Gesellschaft entwickeln und deren Umset-

zung schneller und ambitionierter anstoßen als bisher geplant“, forderte Zeiss. Je länger die Akteure warteten, die Treibhausgase zu vermindern, desto mehr Anteile des Budgets gingen verloren – umso steiler müsse die Emissionskurve zum Ende des Zeitraums abknicken.

Die übergreifenden Maßnahmenpakete auf Bundes- und Landesebene zur Realisierung der Klimaschutzziele – beispielsweise der Nationale Aktionsplan 2020, der Klimaschutzplan 2050 sowie die Konzepte einzelner Bundesländer – enthalten deshalb bereits eine Vielzahl partizipativer Elemente. Mit Strategien, Szenarien und 369 Maßnahmen aus dem Beteiligungsprozess aller gesellschaftlichen Gruppen sei das Partizipationsverfahren des Landes Nordrhein-Westfalens am weitreichendsten und innovativsten. Zudem sei der Plan des Landes der einzige, der auch die Anpassung an die Entwicklung des Klimawandels berücksichtige. Zeiss unterstrich die Vorteile der partizipativen Entwicklung des Plans. Neue Ideen wurden durch Akteurinnen und Akteure eingebracht, wichtige Hinweise auf Umsetzungsschwierigkeiten einzelner Maßnahmen gegeben und Akzeptanzprobleme frühzeitig identifiziert. Zudem wirkten Maßnahmen im inhaltlichen Dialog von Akteurinnen und Akteure mit Fachakteuren praxistauglicher, verbindlicher und langfristiger. Wenn die Akteurinnen und Akteure sich mit einem Projekt identifizierten, bestehe die Möglichkeit, dass es über Legislaturperioden hinaus betrieben werde, unterstrich Zeiss.

Er erwarte, dass sich bei einer zukünftigen Erhebung positive Effekte der Bürgerbeteiligung auf die Umsetzung des Abkommens zeigen werden: „Ein Erfolg für den Klimaschutz wird das Abkommen nur, wenn Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung die Maßnahmen konkret umsetzen.“ In der anschließenden Diskussion erklärte er, dass die Umsetzung in einigen Bereichen bereits absehbar sei, andere – wie Landwirtschaft und

Verkehr – seien seiner Meinung nach aus verschiedenen Gründen schwerer anzufassen. Es fehle an diesen Stellen der gesellschaftliche Diskurs über das Zusammenleben der Menschen in 30 bis 40 Jahren.

Der Klimaschutzplan NRW – spezifizierte Ziele

Zum Einstieg in seinen Vortrag erklärte Dr. Achim Dahlen, der seit 2010 das Referat für Energie und Klimaschutz im NRW-Umweltministerium leitet, dass NRW ein wichtiger Akteur im weltweiten Klimaschutz sei. „Ohne die EU und Deutschland ist Klimaschutz international nicht zu denken, ohne NRW ist Klimaschutz in Deutschland wiederum sinnlos“. Anhand eines Balkendiagramms erläuterte er seine Aussage: „Wäre NRW ein einzelner Staat, wären wir – in Emissionen gemessen, der siebtgrößte der EU.“ Etwa 30 Prozent der deutschen THG-Emissionen entstünden in NRW, was ca. 1 Prozent der weltweiten Emissionen ausmache. Als Energie- und Industriezentrum könne NRW daher ein starkes Signal an Deutschland, die EU und die Welt senden. In der Vergangenheit seien bereits Emissionsminderungen – vor allem in der Industrie – erzielt worden. Gründe hierfür seien die Effizienzverbesserungen bestehender Anlagen sowie der Strukturwandel in der Region. Für einen effektiven Klimaschutz müsse sich der sinkende Trend der THG-Emissionsentwicklung jedoch verstärken.

Bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen übernehme die Landesregierung eine zentrale Rolle zwischen der rahmensetzenden EU- und Bundesebene sowie der eher operativeren Ebene aus Kommunen, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern. Somit setze sich die Landesregierung einerseits für die Interessen Nordrhein-Westfalens auf der nationalen Ebene und international für ambitionierte Klimaschutzziele und Rahmensetzungen ein. Auf der anderen Seite unterstütze sie Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und Kommunen vor Ort ganz konkret bei der Umsetzung von Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungsaktivitäten – etwa mit Beratungs- oder Förderprogrammen. Der nordrhein-westfälische Klimaschutz ruhe heute auf drei Säulen: Klimaschutzgesetz, Klimaschutzstartprogramm und Klimaschutzplan NRW. Das Klimaschutzgesetz NRW sei im Januar 2013 vom Landtag beschlossen worden, bilde einerseits den gesetzlichen Rahmen für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung und definiere andererseits landesweite Klimaschutzziele. Diese Ziele wurden im Klimaschutzplan NRW spezifiziert. Der Klimaschutzplan NRW ist das zentrale Handlungsprogramm der Landesregierung in Klimaschutz und Klimafolgenanpassung darstelle. „Auf das vorliegende Ergebnis können wir gemeinsam stolz sein: Das Handlungsprogramm ist sehr umfassend, denn insgesamt wurden 54 Strategien und 154 Maßnahmen im Bereich Klimaschutz sowie 66 Maßnahmen im Bereich Klimafolgenanpassung erarbeitet“, so der Referatsleiter. Ausdrücklich unterstrich er, dass der Plan direkte Bindungswirkung für die Landesregierung selbst enthalte – gegenüber dritten jedoch nicht rechtsverbindlich sei.



Stellte den Klimaschutzplan NRW vor: Dr. Achim Dahlen.

Von Arbeitsgruppensitzungen, Bürgerschaftstischen, Regionalworkshops und dem großen Unternehmenskongress NRW kooperativ erarbeitet, enthalte der Plan vor allem Angebote zur Realisierung von Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungsprojekten.

Die Ansätze des Klimaschutzplans liegen Schwerpunktmäßig auf Information und Beratung, Förderung und Finanzierung sowie Forschung und Entwicklung. Auf diese Weise enthalte er eine breite Palette an Angeboten, die Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen sowie Unternehmen bei der Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels unterstützen sollen. Zum Ende des Vortrags stellte Dahlen exemplarisch folgende Projekte vor: Das Projekt „ENeRWin“ der Verbraucherzentrale NRW und die Plattform Energiegenossenschaften der EnergieAgentur.NRW richten sich mit ihrem Angebot direkt an Bürgerinnen und Bürger, während das Klimaprofit Center der EnergieAgentur.NRW Unternehmen in NRW in puncto Klimaschutz beratend zur Seite stehe. Vertretern der Kommunen empfahl der Referatsleiter das Fachinformationssystem Klimaanpassung sowie das Projekt Energieeffiziente Straßenbeleuchtung.



Auch die Teilnehmenden beteiligten sich an der Diskussion.

Diskussion

An der anschließenden Diskussion beteiligte sich neben Zeiss und Dahlen auch Rainer Deppe, Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Umwelt sowie Vorsitzender des Unterausschusses für Klimaschutz des Landtages Nordrhein-Westfalen. Letzterer betonte den Angebotscharakter des Klimaschutzplans NRW. Zudem lobte er das Interesse der Wirtschaft, klimafreundliche Produkte auf den Markt zu bringen. Dennoch sehe er insbesondere im Energiesektor Handlungsbedarf, da dieser weiterhin der größte Emissionsproduzent in NRW sei. Zeiss unterstrich im nachfolgenden Dialog die Einmaligkeit des Partizipationsprozesses in NRW, der aufgrund der vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine große Herausforderung darstelle. Bürgerinnen- und Bürgerdialoge brauchen einerseits viel Zeit, andererseits schafften sie die nötige Akzeptanz vor Ort. Beteiligte Bürgerinnen und Bürger fungierten wiederum als meinungsbildende Multiplikatoren für die Konzepte und Projekte. Demnach müssten ihm zufolge zur Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen Ansprechpartner vor Ort eingesetzt werden, die Projekte im offenen Dialog entwickeln. Abschließend erläuterte Dahlen das weitere Vorgehen im Bezug auf den Klimaschutzplan. Zunächst werde ein Monitoring durchgeführt, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu erheben. Im Zuge der Fortschreibung des Klimaschutzplans NRW werden Maßnahmen den sich verändernden Anforderungen entsprechend neu- und weiterentwickelt.

Fazit

Mit der Ratifikation des Weltklimavertrags verpflichtet sich die Weltgemeinschaft, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Dieses historische Ziel kann nur dann erreicht werden, wenn weltweit Regierungen, Unternehmen und Privathaushalte konkrete Klimaschutzmaßnahmen zeitnah umsetzen. Das Partizipationsverfahren des Landes Nordrhein-Westfalens ist bundesweit am weitreichendsten und innovativsten – von der sehr breiten Beteiligung werden positive Effekte auch im Hinblick auf die Umsetzung des Weltklimaabkommens von Paris erwartet.

„Ein Erfolg für den Klimaschutz wird das Pariser Abkommen nur, wenn Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung konkrete Maßnahmen umsetzen.“

Christoph Zeiss



Alternative Wirtschaftsformen – Wie Gemeinwohlökonomie, Sharing-Economy und Genossenschaften einen Beitrag zu nachhaltigem Wirtschaften leisten können

Impulsvorträge

Bettina Dannheim, Geschäftsführung cambio Mobilitäts-service GmbH & Co. KG

Christoph Gottwald, Rechtsanwalt und Verbandsprüfer, Schwerpunkt auf Gründung, Betreuung und Beratung von Genossenschaften, Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e.V.

Ulrike Häußler, Referentin Gemeinwohlökonomie

Kommentar:

Henning Höne, MdL, FDP-Fraktion

Moderation:

Prof. Dr.-Ing. Oscar Reutter, Wuppertal Institut (WI)

Einleitung

Welche Wirtschaftsweise benötigen wir für ein nachhaltiges, zukunftsfähiges und gutes Leben? Dieser Frage gingen die Teilnehmer des Themenforums „Alternative Wirtschaftsformen“ nach. Dabei wurden verschiedene Ansätze des alternativen Wirtschaftens betrachtet, von der Gemeinwohlökonomie bis zu Genossenschaften. Zeitgleich diskutierten die Teilnehmer anhand konkreter Initiativen. Seine Sicht zu den Erfolgsaussichten alternativer Wirtschaftsformen machte Moderator Prof. Dr.-Ing. Oscar Reutter gleich zu Beginn des Forums deutlich: „Der Titel unserer Veranstaltung ist nicht mit einem Fragezeichen versehen.“ Diese These würden die nachfolgenden Präsentationen belegen, so Reutter. Danach gab er das Wort an die Vortragenden ab.

Carsharing im Wandel

Bettina Dannheim, Geschäftsführerin der cambio Mobilitätsservice GmbH & Co. KG, startete mit einer Präsentation über ihr Unternehmen und legte dessen Entwicklung vom Verein zum modernen Dienstleistungsunternehmen dar. Cambio gehört zu den ersten Anbietern der Carsharing-Branche, bereits im Jahr 1990 wurden Vereine in Aachen und Bremen gegründet. Das Ziel: Autos aus den Städten zu verbannen und diese somit attraktiver zu gestalten. Drei Jahre später entschieden sich die Verantwortlichen aufgrund steigender Nachfrage, starrer Vereinsstrukturen und einem zunehmenden Risiko dafür, eine andere Organisationsform einzuführen. Sie gründeten für die beiden Standorte jeweils eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), die Vereine blieben indes bestehen. Im Jahr 2000 entstand dann aus Aachener, Bremer und Kölner Carsharing-Unternehmen die cambio-Gruppe. So sollten Kompetenzen gebündelt werden, ohne die lokale Verantwortung und Eigenständigkeit zu verlieren.

Das Leitprinzip „Carsharing schafft Platz in der Stadt“ sei bis heute bestehen geblieben, so Bettina Dannheim. Auf 54.000 Kunden blickt das Unternehmen in Deutschland zurück, laut einer Kundenumfrage haben 27 Prozent der Neukunden von cambio ihr eigenes Auto abgeschafft, 37 Prozent haben auf die Neuanschaffung verzichtet. „Mit cambio wollen wir ein anderes Mobilitätsverhalten in den Köpfen der Menschen verankern und nicht eine größtmögliche Rendite erzielen“, schloss die Geschäftsführerin ab.

Die Idee der Genossenschaft

Einen Überblick über die Systematik und Verbreitung von Genossenschaften gab Rechtsanwalt Christoph Gottwald. „Genossenschaften gibt es heutzutage in allen Lebensbereichen“, machte er zu Beginn seines Vortrages deutlich. Mit mehr als 21.000 Genossenschaftsmitgliedern sei die Gesellschaft in Deutschland angekommen. „Der Grundgedanke hinter einer Genossenschaft ist, dass Menschen sich vereinen, um gemeinsam etwas zu erreichen, was sie alleine nicht erreichen können.“ Darüber hinaus gibt es laut Gottwald bestimmte genossenschaftliche Grundsätze, zu denen er unter anderem die Punkte Solidarität, Transparenz, Mitsprache und Ehrenamt zählt. „Diese genossenschaftlichen Werte stehen hoch im Kurs, wodurch Genossenschaften insgesamt hohes Ansehen und Vertrauen genießen“, so der Rechtsanwalt.

Der Erfolg einer Genossenschaft beruhe in erster Linie auf einer Kombination aus ökonomischer Effizienz und Partizipation der Mitglieder, beides basierend auf den Grundwerten Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Eine institutionelle Absicherung müsse zeitgleich garantieren, dass diese Werte auch umgesetzt werden. Als Beispiele genossenschaftlicher Nachhaltigkeit nannte Gottwald unter anderem Energiegenossenschaften, die regenerativen Strom erzeugen, und Dorf-

ladengenossenschaften, welche vor allem auf regionale und nachhaltig produzierte Produkte setzen.

Ethisches und sozialen Wirtschaften messbar machen

Eine Einführung in das Prinzip der Gemeinwohlökonomie bot Ulrike Häußler den Forumsteilnehmern. Der Wirtschaftsansatz kritisiert, dass der Fokus der menschlichen Gesellschaften und der Ökosphäre heutzutage auf der Wirtschaft liege. Laut Gemeinwohlökonomie müsse jedoch das Wohl der Gesellschaft im Mittelpunkt des Wirtschaftens stehen. Häußler lieferte Zahlen, Daten und Fakten zur finanziellen und sozialen Entwicklung in Europa: „Ein Prozent der Bevölkerung in Europa besaß 2014 31 Prozent des europäischen Vermögens, während fast ein Viertel an der Armutsgrenze lebte.“ Die zentrale Frage laute, wie ethisches Wirtschaften im Sinne des Gemeinwohls verbreitet und messbar gemacht werden kann.

In diesem Rahmen stellte die Referentin das Bruttoinlandsprodukt als Kennzahl für die Volkswirtschaft sowie den Finanzgewinn als Messgröße für die Betriebswirtschaft infrage. Diese sagen laut Häußler zu wenig aus, wichtiger sei die Fokussierung auf ein Gemeinwohlprodukt und eine Gemeinwohlbilanz. „Die Gemeinwohlbilanz beruht auf den Bewertungskriterien Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung und Transparenz“, erklärte die Referentin. Mit der Bilanz könnten Unternehmen ermitteln, inwieweit sie im Sinne des Gemeinwohls handeln und an welchen Punkten Optimierungsbedarf besteht.

Kurzstatement aus politischer Sicht

Henning Höne, Mitglied des Landtages NRW, gab im Anschluss an die drei Vorträge ein Kurzstatement zum Thema alternatives Wirtschaften, das auf drei Punkten beruhte. Erstens ist eine gemeinwohlökonomische Wirtschaft laut Höne nur über Akzeptanz möglich. Wenn man diese erzielen möchte, müsse man die Sorgen der Menschen vor einem Wohlstandsverlust ernst nehmen. „Wenn wir ein Thema anstoßen, müssen wir dieses zudem auch aktiv steuern“, so der Politiker. Als Beispiel für fehlende Steuerung führte er die Forderung der Grünen im Rahmen der Bundestagswahl 2013 an, den Vegetarierstandard standardmäßig einzuführen. Zweitens ging das Mitglied des Landtags auf Entwicklungen in Richtung der gemeinwohlökonomischen Gesellschaft ein. Es sei interessant zu beobachten, was diese in dem konventionellen Wirtschaftsbereich auslösen. Drittens seien viele alternative Wirtschaftsformen vorhanden, die Menschen müssten allerdings intensiver auf deren Bestand aufmerksam gemacht werden. „Die Politik muss dafür sorgen, dass eine Angebotstransparenz besteht und Informationen an die Bevölkerung gelangen“, so der Politiker.



Diskussion

Zur Einleitung der Diskussion stellte Moderator Prof. Dr.-Ing. Oscar Reutter zwei grundlegende Fragen in den Raum. Zum einen: „Welchen Beitrag können alternative Wirtschaftsformen quantitativ und qualitativ für die Gesellschaft leisten?“ Und zum anderen „Wie kann die Landesregierung diese Wirtschaftsformen unterstützen?“ Jörg Rostek, Mitglied der Grünen Münster, hatte in erster Linie Fragen an die Vortragenden direkt. So interessierte ihn, ob sie eine milieuspezifische Ansprache im Rahmen ihrer Tätigkeiten beachten. Dies verneinte Bettina Dannheim für ihr Unternehmen und sagte, dass cambio sich generell an eine sehr breite Zielgruppe wende. Moderator Prof. Dr.-Ing. Oscar Reutter brachte ein, dass die Kunden von cambio mindestens einen gemeinsamen Nenner haben: „Nämlich die Einstellung, dass sie das Auto nur gelegentlich nötig haben.“

Sven-Olaf Gerdt von der Universität Münster fragte Bettina Dannheim, wie ihr Unternehmen auf steigende Konkurrenz im Carsharing-Markt durch Unternehmen wie Car2go und DriveNow reagiert und ob Kooperationen geplant sind. Die Geschäftsführerin erwiderte, dass bei den genannten Anbietern ein anderes Mobilitätskonzept zugrunde liege und somit keine starke Konkurrenzsituation zum Tragen komme. Eine Kundenbefragung habe ergeben, dass die Kunden nicht an einer Adaption dieses Konzeptes seitens cambio interessiert sind. „Wirtschaftlich haben wir nicht durch die neuen Anbieter gelitten, allerdings hat sich meinem Empfinden nach die Wahrnehmung der Menschen geändert“, stellte Dannhäuser fest. Die Geschäftsführerin hat das Gefühl, dass neue Anbieter als innovativ und ihr Angebot verstärkt als altbacken angesehen wird. Dabei seien die Geschäftsmodelle der besagten Konkurrenten in keiner Weise neuartig.

Beate Petersen von der BürgerEnergieGenossenschaft eG wunderte sich über die Rechtsform von cambio. Das Unternehmen beruht auf einer GmbH und nicht auf einer Genossenschaft. Das liege vor allem an dem schlechten Ruf, den die Genossenschaft Anfang der 1990er-Jahre hatte, so Bettina Dannhäuser. Mit der GmbH als Rechtsform sollte damals Vertrauen aufgebaut werden. Ernesto Ruge, Geschäftsführer ruhrmobil-E e.V., warb dafür, die Carsharing-Angebote stärker miteinander zu vernetzen und das System somit kundenfreundlicher zu gestalten. Bettina Dannhäuser lieferte daraufhin Informationen zu dem Projekt „switchh“, bei dem cambio mit dem Hamburger Verkehrsverbund und weiteren Dienstleistern zusammen ein Mobilitätsangebot auf die Beine gestellt hat. Dannhäusers Botschaft: Wir arbeiten an einer steigenden Vernetzung. Laut Ruge kann es auch Rolle der Landespolitik sein, Rahmenbedingungen für diese Vernetzung zu definieren: „Wenn öffentlicher Raum nutzbar gemacht wird, sollte dort beispielsweise auch eine Sammlung von Daten möglich sein, um Plattformen zu schaffen.“

Politische Rahmenbedingungen und Akzeptanz

Zu den politischen Rahmenbedingungen auf Landesebene äußerte sich zudem Moderator Prof. Dr.-Ing. Oscar Reutter. Laut dem Professor ist es im öffentlichen Straßenraum des Landes bislang unter anderem nicht möglich, bevorrechtigte Carsharing-Stellplätze auszuweisen. Diese Gesetzgebung werde momentan auf Bundesebene diskutiert und befinde sich im Wandel. Reutter warb dafür, dass das Land NRW sein Landesstraßengesetz NRW dem entsprechend weiter entwickelt. Henning Höne ergänzte, dass die Politik bei Themen wie Carsharing eine Vorbildfunktion habe. So kann sich der Politiker als ersten Schritt Carsharing-Parkplätze neben dem Düsseldorf Landtag vorstellen. Darüber hinaus müsse laut Höne noch deutlicher über die Vorteile von Carsharing und Elektromobilität aufgeklärt und konkrete Befürchtungen ernst genommen werden.

Ulrike Häußler kam auf das Thema Akzeptanz zu sprechen. Dieses sei im Hinblick auf alternative Wirtschaftsformen sehr wichtig, auf Akzeptanz allein könne man jedoch nicht bauen. Grund dafür sei die Bequemlichkeit der Menschen. Die Referentin begrüßte, dass die Gemeinwohlökonomie unter anderem in Baden-Württemberg mit in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde und auch auf europäischer Ebene besprochen werde. „Die Politik kann hilfreiche Rahmenbedingungen und somit mehr Bewusstsein schaffen“, lautete ihr Credo. Eine Forumsteilnehmerin forderte die Politik auf, nicht auf die Akzeptanz der Bevölkerung zu warten. FDP-Politiker Henning Höne erwiderte daraufhin, dass Akzeptanz ein grundlegendes Element des Prozesses sei. „Parteien, die ohne Akzeptanz Entscheidungen treffen, werden über kurz oder lang abgewählt“, sagte Höne und wies darauf hin, dass so eine Vorgehensweise nicht nachhaltig wäre. Er plädierte zeitgleich für eine soziale Marktwirtschaft und einen starken Wettbewerb. Denn gerade in Gebieten, in denen diese Faktoren vorhanden sind, bestehe ein hohes Gemeinwohl. Ulrike Häußler unterstütze die Aussage, dass eine soziale Marktwirtschaft vonnöten ist. „Mittlerweile sprechen wir aber von einem Neo-Kapitalismus“, so Häußler.

Kathrin Prassel vom Landesjugendring NRW wies im Bezug auf die bürgerschaftliche Akzeptanz zudem darauf hin, dass nicht nur die Verbraucher, sondern auch Unternehmen und Politik eine gewisse Marktmacht besitzen und somit den Weg hin zur Gemeinwohlökonomie steuern könnten. Sie richtete sich an Ulrike Häußler mit der Frage, inwieweit der Dialog mit Unternehmen und Politik gesucht und sie für die Gemeinwohlökonomie sensibilisiert werden. Diverse Gespräche gibt es laut Häußler, der Prozess werde allerdings durch die Vielzahl mittelständischer Unternehmen in Nordrhein-Westfalen erschwert, die allesamt keine große Stimme hätten und nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit ständen. Beate Petersen würdigte derweil den Einsatz der Politik im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Die EEG-Umlage sei im Gegensatz zu Förderungen konventioneller Energieversorger transparent gestaltet. „Politik kann einen sehr sinnvollen Rahmen geben“, resümierte Petersen. Darüber hinaus ist sie der Meinung, dass die Gemeinwohlbilanz die Arbeit von Kommunen maßgeblich erleichtern kann. Unter anderem im Rahmen des Tariftrue- und Vergabegesetzes müssten häufig soziale und Vergütungsfragen beantwortet werden. Dies stelle einen hohen Aufwand für die Verwaltungen dar, der laut Petersen durch die einmalige Erstellung einer Gemeinwohlbilanz auf Metaebene ressourcensparend abgedeckt werden kann.

Bedeutung alternativer Wirtschaftsformen

Veselina Vasileva von der GEPA mbH ging gegen Ende der Diskussionsrunde noch einmal auf die Bedeutung von alternativen Wirtschaftsformen ein. Sie könnten einen enormen Beitrag zu den Sustainable Development Goals und zur NRW-Nachhaltigkeitsstrategie leisten. Vasileva

hinterfragte jedoch, ob die Politik das mitbekommen hat, da weder fairer Handel noch faire Beschaffung einen Platz in der Nachhaltigkeitsstrategie hätten. So werden Bund und Land ihrer angestrebten Vorreiterrolle im Sinne der Nachhaltigkeit laut der politischen Referentin nicht gerecht. Auch sie wünscht sich von Landesregierung stärkere Rahmenbedingungen: „Schlafen Sie bitte nicht, sondern steigen Sie auf die Welle.“

Fazit

Die Forumsteilnehmer waren sich einig, dass alternative Wirtschaftsformen einen wichtigen Beitrag zum nachhaltigen Wirtschaften leisten und die Lebensqualität der Menschen ökologisch verträglich sowie sozial gerecht erhöhen können. Uneinigkeit bestand über die Frage, wie die Wirtschaftsformen gefördert werden können und von welchen Akteuren die Initiativen ausgehen sollen. Dabei war aus dem Plenum verstärkt der Ruf nach politischen Rahmenbedingungen zu vernehmen. Zum Abschluss des Themenforums gab Moderator Prof. Dr.-Ing. Oscar Reutter den vier Vortragenden Raum für einen konkreten Wunsch an die Landesregierung. Ulrike Häußler warb für die finanzielle Unterstützung von Unternehmen bei der Erstellung einer Gemeinwohlbilanz. Christian Gottwald forderte die Unterstützung von sozialen Unternehmensgründungen, beispielsweise mit einem Zuschuss zu den anfallenden Beratungskosten, während Bettina Dannheim dafür plädierte, die anstehenden Änderungen der Bundesgesetzgebung im Bezug auf Carsharing-Stellplätze schnellstmöglich auf Landesebene zu übernehmen. Henning Höne wünschte sich schlussendlich, dass nicht zu viel über die unterschiedlichen Ansätze diskutiert, sondern auf Transparenz und Aufklärung gesetzt wird, damit Bürger die Entscheidungen selbst treffen können.

Statements

„Die zentrale Frage lautet, wie wir ethisches Wirtschaften im Sinne des Gemeinwohls verbreiten und messbar machen können.“

Ulrike Häußler, Referentin Gemeinwohlökonomie

„Ohne Akzeptanz geht es nicht.“

Henning Höne, MdL, FDP-Fraktion



Speakers' Corner

In der Mittagspause wurde im Rahmen der 5. NRW-Nachhaltigkeitstagung auf dem Markt der Möglichkeiten ein „Speakers' Corner“ eingerichtet. Hier konnten Akteure in drei Minuten ihr Projekt zum Thema Nachhaltigkeit vorstellen. Insgesamt sieben Referenten nutzten die Gelegenheit und stellten ihre Pläne mit kurzen Statements dar.

Marie Halbach – Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.

Nachdem im Juni 2016 die Nachhaltigkeitsstrategie für NRW verabschiedet wurde, setzt sich die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. nun für eine schnelle Umsetzung dieser Strategie ein. Marie Halbach erklärte, dass dafür einige Veränderungen vorgenommen werden müssen: „Nordrhein-Westfalen befindet sich noch nicht auf einem Pfad nachhaltiger Entwicklung, daher laden wir die Landesregierung dazu ein, mit unserer Unterstützung einen Gesellschaftsvertrag auf Grundlage der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie aufzustellen.“ Dabei müssen Instrumente und Strukturen nachgebessert sowie eine Verknüpfung mit den Haushalten hergestellt werden. Außerdem fehlen Konkretisierungen im sozialen Bereich und ein Plan zur Einbindung der Zivilgesellschaft.



Wolfgang Wiemers schlug die Einführung einer City-Maut vor.

Anna Guth – Verbraucherzentrale NRW „MehrWert“

Nachhaltigkeit beginnt mit jedem Einzelnen – darum will das Projekt „MehrWert“ von der Verbraucherzentrale NRW den Nutzen und die verschiedenen Trends von klimaschonenden Lebensstilen aufzeigen. Referentin Anna Guth meint: „Es sind keine weiten Wege nötig, um Orte mit Mehrwert zu finden. Wir von MehrWert NRW möchten der Reiseführer zu diesen Orten sein und sie unterstützen.“ Das Projekt begleitet Verbraucherinitiativen, die sich mit Themen aus den Bereichen nachhaltige Ernährung, umweltfreundliches Mobilitätsverhalten und ressourcenschonender Konsum beschäftigen. So sollen Haushalte auf lokaler Ebene angesprochen und für ein klimaschonendes Verhalten begeistert werden.

Peter Zens – Ernährungsrat Köln

Unter dem Motto „Damit nicht nur Köln besser is(s)t: Ernährungsrate für NRW“ stellte Peter Zens seine Pläne vor. Er ist Ernährungsrat der Stadt Köln und will dafür sorgen, ein nachhaltig gerechtes, effektives und ökologisches Ernährungssystem aufzubauen. Denn die Bürgerinnen und Bürger sollen in Zeiten der Internationalisierung des Lebensmittelmarktes wieder darüber Bescheid wissen, woher ihre Lebensmittel kommen und wie sie angebaut wurden. Durch dieses Ernährungskonzept wird die regionale Landwirtschaft erhalten. Köln soll dabei als Modellregion dienen, von deren Erfahrung andere Städte des Landes und Bundes profitieren können. Denn: „Ernährungspolitik geht alle was an – sowohl auf kommu-

naler als auch auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Daher setzen wir uns zusammen mit Politikern an einen Tisch, um etwas zu bewirken“, so Peter Zens.

Michael Müller – ENERGIEAGENTUR.NRW

Für Unternehmen entstehen ständig neue Herausforderungen. Aktuell spielt hierbei der Klimaschutz eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang ist es ein Wettbewerbsvorteil, die eigenen „Treibhausgashotspots“ zu kennen. Das Projekt „CCF.NRW – Corporate Carbon Footprint“ von der EnergieAgentur.NRW versucht deshalb, das klimabewusste Denken von Unternehmen zu fördern. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen werden zur nachhaltigen Klimaeffizienz ihrer Produkte beraten. Michael Müller sagt dazu: „Große Unternehmen denken in puncto Klimawirkung schon weiter, kleinen und mittelständischen fehlt hingegen bislang noch das nötige Know-How.“ Wichtig ist es auch zu erkennen, wo Barrieren liegen und welche Bereiche sich noch optimieren lassen.

Veselina Vasileva – GEPA

Veselina Vasileva von der GEPA beschäftigte sich mit der Frage: Wie gelingt faire öffentliche Beschaffung? Die Fair Trade Company GEPA setzt sich seit 40 Jahren dafür ein, den fairen Handel bekannter zu machen. Auf diesem Weg müssen alle zusammenarbeiten, der Verbraucher und die öffentliche Hand. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist das Schaffen eines Bewusstseins. Dafür ruft Vasileva dazu auf: „Wir müssen die vorherrschenden Öko-Mythen beseitigen, denn nachhaltiges Papier und nachhaltiger Kaffee sind nicht schlecht – im Gegenteil. Seien Sie mutig und integrieren Sie fairen Handel!“ Einen erheblichen Beitrag zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele kann die öffentliche Hand in Deutschland leisten. Denn sie hat eine Kaufkraft von rund 19 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Allerdings reichen politische Impulse nicht aus. Auch die Verbraucher müssen über die faire und ökologische öffentliche Beschaffung informiert werden, um so Ängste und Bedenken zu beseitigen.

Witold Wylezol – Kulturforum ARTE e.V.

Das Kulturforum ARTE e.V. setzt sich für eine nachhaltige Förderung der Kultur in Münster und Umgebung ein. Dafür haben die Mitglieder ein Pilotprojekt namens „Horus Auge“ ins Leben gerufen. Durch dieses Observatorium soll das Interesse an der Energiewende und an dem Ökosystem geweckt werden, denn „für ein nachhaltiges Leben auf unserem Planeten ist ein intelligentes Umdenken nötig“, erklärt Witold Wylezol vom Forum. Eine Leitidee für eine 100-prozentige Energiegewinnung ist eine Solaranlage mit Speicher, die das schnelle Nachladen von Elektroautos ermöglichen soll. Um auf den Naturschutz aufmerksam zu machen, hat das Kulturforum einen mobilen Energiewende-Schulungsraum in einem Transporter entworfen, der mit 20 Quadratmetern Solaranlage ausgestattet ist.

Wolfgang Wiemers – Verkehrsclub Deutschland (VCD) Regionalverband Münsterland

„Der öffentliche Rundfunk wird von allen getragen, warum nicht auch der ÖPNV?“ Diese Frage stellte sich Wolfgang Wiemers, stellvertretender Vorsitzender des VCD Regionalverband Münsterland. In der Region sorgen die Pendlerströme und der Autoverkehr dafür, dass Mittel im Millionenbereich in den Straßenbau fließen. Diese fehlen dann für den ÖPNV. Doch die Probleme können nur durch den Ausbau des Schienenverkehrs gelöst werden. Der Referent stellte die Einführung einer City-Maut als Idee vor. So würden die Verursacher zahlen. Ein positives Vorbild für eine Ausrichtung an den Nahverkehr waren vor 25 Jahren Studenten in Münster, die das erste Semesterticket eingeführt haben.



Fortschritt NRW – Forschung und Innovation für nachhaltige Entwicklung

Teil 2: Nachmittag

Fortführung vom Vormittag

Bund, Länder und Kommunen als Konsumenten geben sehr hohe Summen für Beschaffungen aus. Aber, sind diese Beschaffungen nachhaltig? Das Forschungs- und Transfernetzwerk "Nachhaltige Öffentliche Beschaffung in NRW" wurde von Herrn Dr. Maximilian Müngersdorff, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik vorgestellt.

Im Auftrag der Landesregierung NRW verfolgt das Forschungs- und Transfernetzwerk „Nachhaltige Öffentliche Beschaffung in NRW“ drei Ziele: Erstens werden empirische und praktisch nutzbare Erkenntnisse zu zentralen Fragen im Themenfeld generiert. Zweitens soll durch den Austausch mit Akteuren des öffentlichen Beschaffungswesens in NRW eine hohe Praxisrelevanz und eine effektive Wissensdiffu-

sion sichergestellt werden. Drittens werden im Zuge der einjährigen Etablierungsphase Anträge für die Bearbeitung identifizierter Forschungslücken im Feld vorbereitet. Die Arbeit des Netzwerks soll somit im Sinne des SDG-Ziels 12 zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern beitragen. Für die Erreichung dieses Ziels stellt die öffentliche Beschaffung in NRW mit einem geschätzten jährlichen Nachfragenvolumen von 50 Mrd. Euro einen wichtigen strategischen Hebel dar.

Um die Projektziele umzusetzen, haben sich die Mitglieder des Netzwerks aus vier Gründen für eine transdisziplinäre Forschungsmethodik entschieden. So eignet sich diese insbesondere für Felder, in denen über grundlegende Triebkräfte eines Systems und über zu beforschende Subthemen nur unzureichende Informationen vorliegen. Zweitens ist Transdisziplinarität vom engen Austausch zwischen Praxis und Wissenschaft geprägt, was für den Erfolg unseres Netzwerks eine zentrale Determinante darstellt. Drittens gilt die Interdisziplinarität der involvierten Akteure als wichtiger

Erfolgsfaktor in komplexen transdisziplinären Forschungssettings. Die sieben Mitglieder unseres Netzwerks verfügen über einschlägige Fachkenntnisse, um das vielschichtige Thema der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung entsprechend ganzheitlich zu betrachten. Das wichtigste Motiv für die Wahl einer transdisziplinären Forschungsmethodik stellt aber deren „normative Offenheit“ dar, transformatives Wissen im Sinne von Strategien und Fragestellungen zur Erreichung eines definierten Ziels zu entwickeln.

Der letztgenannte Punkt stellt zugleich eine der wichtigsten Anforderungen dar, denen sich die Wissenschaft vor dem Hintergrund der Krise unseres Erdsystems öffnen muss: So braucht es in den Worten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) eine transformative Forschung, „die durch ihre Ergebnisse selbst konkrete Änderungsimpulse auslösen kann“. Die Politik hat in den vergangenen Jahren vielfach Forderungen der Wissenschaft nach einer Transformation der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne des Schutzes unserer natürlichen Lebensgrundlagen und eines solidarischen Miteinanders aufgenommen. Besonders deutlich wird dies in der 2030-Agenda und im Pariser Klimaabkommen. Nun ist die Wissenschaft gefragt, Politik und Gesellschaft bei der Umsetzung dieser Ziele durch die Generierung von transformativem Handlungs- und Entscheidungswissen zu unterstützen. Gerade aufgrund dieser starken normativen Verortung erscheint darüber hinaus eine hohe Transparenz transformativer Forschung wie auch eine stete Reflexion ihrer praktischen Folgewirkungen bedeutend. Der Fokus auf mögliche faktische Auswirkungen macht außerdem eine frühe und intensive Einbindung von Praxisakteuren in Design und Durchführung transformativer Forschungsprojekte notwendig.

Die Arbeit des Forschungs- und Transfernetzwerks zu nachhaltiger öffentlicher Beschaffung in NRW folgt eben diesen Prämissen: In stetem Austausch mit Praktikern wird in einem transparenten und reflexiven Prozess transformatives Wissen erzeugt, um Politikern und anderen relevanten Personenkreisen Handlungs- und Entscheidungsalternativen an die Hand zu geben.

Das Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production unterstützt BürgerInnen ihren eigenen nachhaltigen Lebensstil zu finden, entwickelt aber auch zukunftsfähige Konzepte und verfolgt deren Umsetzung. Frau Rosa Strube gab einen Einblick in die Arbeit des CSCP.

Wenn Sie ein Wochenende nachhaltig verbringen sollten, was würden Sie tun? – Nachhaltige Lebensstile bestehen aus einer Vielzahl von täglich getroffenen und langfristig etablierten Entscheidungen, die bestimmen, wie sozial und ökologisch verträglich unsere tägliche Mobilität, unser Wohnen und unser Konsum sind. Dabei sieht ein nachhaltiger Lebensstil für keinen von uns identisch aus; vielmehr ist er

abhängig von unseren persönlichen Wünschen und Bedürfnissen, aber auch von der Infrastruktur und dem politischen Kontext, in dem wir uns bewegen.

Das CSCP analysiert die Auswirkungen der unterschiedlichen täglichen Verhaltensweisen sowie die Beweggründe für dieses Verhalten, um auf dieser Basis zu verstehen, was unterschiedlichen Menschen helfen kann, einen nachhaltigen Lebensstil aufzunehmen.

Besonders wichtig ist dabei, nicht bei den Herausforderungen und gegenwärtigen wenig nachhaltigen Lebensstilen zu verharren, sondern Lösungsstrategien und alternative Konsummuster aufzuzeigen. Im Rahmen des durch die Europäische Union geförderten Projekts SPREAD 2050 (<http://sustainable-lifestyles.eu>) hat das CSCP gemeinsam mit Wissenschaftlern, Wirtschaftsvertretern und Vertretern der Zivilgesellschaft Visionen entwickelt, wie nachhaltige Gesellschaften und individuelle Lebensstile im Jahr 2050 in Europa aussehen könnten. Dabei wurden unterschiedliche Ideen, die bereits heute im Kleinen erprobt werden, wie urbaner Lebensmittelanbau oder virtuelle Arbeitsplätze, in die Zukunft skaliert.

Ein ähnlicher Prozess wurde im Rahmen des Projekts „Zukunftsstadt Tecklenburger Land“ durchgeführt (www.scp-centre.org/report_tecklenburg). Zusammen mit BürgerInnen wurde eine Vision eines lebenswerten und guten Lebens im Jahr 2030 erarbeitet.

Für die BürgerInnen ist es sehr komplex zu verstehen, wie sie ihr tägliches Leben ändern können. Entsprechende Verhaltensänderungen funktionieren am besten, wenn sie Spaß machen. Deshalb hat CSCP speziell für Menschen in NRW die Website „ich bin's – nachhaltig in NRW“ entwickelt (www.ichbins-nrw.de). Hier finden sich ganz konkrete Ratschläge dazu, was jeder von uns anders machen kann, und wo er dazu Hilfe und Gleichgesinnte findet.

Nicht zuletzt anhand der dort aufgeführten Beispiele wird allerdings auch deutlich, dass jeder einzelne von uns nicht immer einen Handlungsspielraum hat. Gibt es in einer Region keine Radwege, werden Eltern ihre Kinder nur ungern mit dem Rad zur Schule fahren lassen. Gibt mir das Nahverkehrs-Monatsticket zugleich Zugang zu einem Carsharing Auto, habe ich die Möglichkeit, das eigene Auto abzuschaffen. Aus diesem Grund arbeitet CSCP auch an Empfehlungen für die Politik, wie nachhaltige Lebensstile gefördert werden können. Im INHERIT Projekt (<http://inherit.eu>) wird ein spezielles Augenmerk darauf gerichtet, welche Politikinterventionen nachhaltige und gesunde Lebensstile fördern können. Dies ist nur einer von vielen interdisziplinären Ansätzen, die in der Diskussion um nachhaltige Lebensstile nötig sind, da für nahezu jeden Unterbereich des Themas sowohl Synergien als auch Zielkonflikte mit anderen Disziplinen vorliegen.



Antonius Schröder lenkte die Diskussion sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag.

Wissenschaft für nachhaltigen Konsum:

Herr Dr. Christian Bala nahm die einführenden Hinweise von Professorin Fuchs am Vormittag nochmals auf und stellte das Kompetenzzentrum Verbraucherforschung NRW (KVF NRW) vor.

Das 2011 gegründete Kompetenzzentrum Verbraucherforschung NRW (KVF NRW) ist ein Kooperationsprojekt der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen mit dem Verbraucherschutzministerium (MKULNV) und dem Wissenschaftsministerium (MIWF) des Landes NRW.

Kompetenzzentren erlauben eine enge Verzahnung zwischen Wissenschaft, Verbraucherinteressen und Politik, bieten Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den einzelnen ForscherInnen und können, wenn sie entsprechend ausgestattet sind, inhaltliche Schwerpunkte setzen und Projekte fördern.

Die Stärken dieser Organisationsform spiegeln sich in den Zielen des KVF NRW wider: Es soll Forschungsaktivitäten vernetzen, die Interaktion durch Informations- und Kommunikationsplattformen ermöglichen und gemeinsame verbraucherorientierte Forschungsvorhaben unterstützen. Um die Verbraucherforschung als Querschnittsthema zu stärken, soll der wissenschaftliche Nachwuchs gefördert und die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen WissenschaftlerInnen bei der Einwerbung von überregionalen Fördermitteln verbessert werden, damit ihre Forschungsaktivitäten auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene wahrgenommen werden. Schließlich soll das KVF NRW den Wissenstransfer durch Publikationen und die Vermittlung von Forschungsergebnissen optimieren.

Ein zentrales Thema der Verbraucherpolitik und der Verbraucherforschung ist der nachhaltige Konsum. Die Verbraucherpolitik folgte lange dem Informationsparadigma der Ökonomie: Verbraucherinformationen sollten Sicherheit und Orientierung bieten, Asymmetrien beseitigen und keine

ethischen Implikationen enthalten. Konsum – das war seit den 1950er-Jahren in erster Linie ein ökonomischer Akt. Verbraucherinnen und Verbraucher traten in eine Beziehung zum Händler oder Dienstleister und wollten für ihr Geld einen Wert erhalten. Konsum war in dieser Sichtweise eine rein private Angelegenheit. Doch diese eingeschränkte Sichtweise entsprach schon damals nicht der Realität. Die Haushaltsperspektive wurde weitgehend ausgeklammert. Heute zeigen neue Konsumformen, wie Prosuming oder die Eigenproduktion, dass es eine Sphäre jenseits des Marktes gibt.

Konsum hat stets gesellschaftliche Bezüge, auch wenn er in die Sphäre der privaten Haushalte gehört. Und so versteht die heutige Verbraucherforschung Konsum auch als Lebensstil und Lebensgefühl, eine kulturelle Praxis. Konsum kann aber auch als ein politischer Akt betrachtet und damit zu einer öffentlichen Angelegenheit werden. Die private (der Verbraucher) und die öffentliche (der Bürger) Sphäre sind keineswegs scharf voneinander getrennt. So wie sich unter dem Begriff Corporate Social Responsibility (CSR) der Gedanke an eine bürgerschaftliche Verpflichtung von Unternehmen entwickelt hat, wird nun auch über Consumer Social Responsibility (CNSR/ConSR) gesprochen.

Bei den notwendigen Transformationsprozessen kommt es auch auf die Gesellschaft und ihr Konsumverhalten an. Wichtig ist zu erkennen, welche Folgen das eigene Konsumverhalten hat – ökologisch, ökonomisch, sozial, kulturell. Dies kann nur gelingen, wenn Wissenschaft und gesellschaftliche Akteure in transdisziplinäre Austauschprozesse eingebunden werden. Dieser Austausch beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Frage nach der Änderung des Konsumverhaltens, sondern thematisiert auch die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Antonius Schröder fasste die zentralen Aspekte der Vorträge und Diskussionen abschließend wie folgt zusammen:

- Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung ist Interdisziplinarität nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch die Zusammenarbeit und die Integration unterschiedlicher Kompetenzen und Verantwortlichkeiten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Wichtig sind hier Aushandlungsprozesse, die zu nachhaltigen Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen und sozialen Problemlagen führen.
- Es gilt, das Steuerungspotenzial der öffentlichen Beschaffung zu nutzen und hier eine Vorreiterrolle für nachhaltige Entwicklung zu übernehmen.
- Transfer und Wissensdiffusion sind nach wie vor ein zentrales Problem. Innovative Lösungen für nachhaltige Entwicklungen sollten besser gestreut werden, um Nachahmung und Anpassung an ähnliche Problemstellungen zu ermöglichen.
- Gefördert werden sollte die Notwendigkeit der individuellen Reflektion, des Monitorings der Weiterentwicklung der eigenen Lebensstile, Werte und Präferenzen.
- Nicht zu vergessen sind die neuen technischen Möglichkeiten. Deren Potenzial für die Entwicklung von nachhaltigen Innovationen und ihrer Verbreitung sind stärker in den Blick zu nehmen.
- Wichtig ist, das Konsumentenverhalten in den Fokus zu nehmen! Dies gilt insbesondere für diejenigen Bevölkerungsteile, die bisher nachhaltigen Lebensstilen gegenüber uninteressiert oder skeptisch gegenüberstehen. Wie kann ich diese KonsumentInnen und BürgerInnen ansprechen und integrieren?



Junge Talente nehmen ihre Zukunft in die Hand

Moderation

Ottmar Hartwig, Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA)

Preisträger

SONDERPREIS UMWELT im Rahmen des „Jugend forscht“-Landeswettbewerbs NRW 2016

1. Preis: Christian und Sebastian Storms, Cornelius-Burgh-Gymnasium, Erkelenz

2. Preis: Tino Beste, Adrian Bäumer, Tom Bösing, Pascal-Gymnasium, Münster

3. Preis: Jessica Kirchner, Gymnasium Augustinianum, Greven

SONDERPREIS UMWELT im Rahmen des „Schüler experimentieren“-Landeswettbewerbs NRW 2016

1. Preis: Max Baier, Martin Schirkarski, Inda-Gymnasium, Aachen

2. Preis: Tom Bussemas, Helmholtz-Gymnasium, Bielefeld

3. Platz: Marcus und Katharina Thome, Maria Sibylla Merian-Gymnasium, Krefeld



Die Die Preisträgerinnen und Preisträger mit Staatssekretär Peter Knitsch.

Preisverleihung

Peter Knitsch, Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Einleitung

Im Rahmen des Landeswettbewerbs „Jugend forscht“ und „Schüler experimentieren“ vergibt das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen seit 34 Jahren den Sonderpreis „Umwelt“. Auch in diesem Jahr wurden wieder junge Forscherinnen und Forscher ausgezeichnet, die Verantwortung für ihre Umwelt übernehmen und so dabei helfen, eine nachhaltige Zukunft zu gestalten. Moderator Ottmar Hartwig von der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW – und gleichzeitig Juror der Sonderpreisauslobung „Umwelt“ – begrüßte die „nachwachsenden Rohdiamanten“, wie er die Preisträgerinnen und Preisträger nannte, am Nachmittag in der Aula. Dort stellte der Forschernachwuchs die prämierten Wettbewerbsbeiträge vor und nahm im Anschluss von Staatssekretär Peter Knitsch die Preise entgegen.

Präsentationen

Moderator Ottmar Hartwig hieß das Publikum sowie den anwesenden Landeswettbewerbsleiter Dieter Römer und die Jurorin der Sonderpreisauslobung „Umwelt“, Frau Dr. Barbara Köllner aus dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW willkommen und eröffnete das Themenforum „Junge Talente nehmen ihre Zukunft in die Hand“ mit einer kurzen Einführung. So sei es der ehemalige Minister für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Klaus Matthiesen gewesen, der

den Sonderpreis „Umwelt“ nicht mehr nur vergeben, sondern die jungen Forscher auch kennenlernen wollte. Mit Hilfe einer Standortkarte der einzelnen Wettbewerbsbeiträge verdeutlichte Ottmar Hartwig, dass sich auch dieses Jahr Kinder und Jugendliche aus ganz Nordrhein-Westfalen eingebracht hatten, zudem betonte er die thematische Vielfalt der Beiträge. „Jugend forscht“ richte sich dabei an Schülerinnen und Schüler im Alter von 14 bis 21 Jahren, Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Wettbewerbs „Schüler experimentieren“ dürften hingegen im Jahr der Anmeldung nicht älter als 14 Jahre alt sein und müssten mindestens die 4. Klasse besuchen. Die Aufteilung in diese zwei Altersklassen diene der Fairness.

„Schüler experimentieren“

Die erstplatzierten Max Baier und Martin Schikarski vom Inda-Gymnasium in Aachen machten den Anfang. Thema ihres Beitrags war der Bau eines Bootes auf der Basis der Umkehrung eines magneto-hydro-dynamischen Antriebs. Die Idee zu ihrem Projekt sei den beiden 13-Jährigen durch den Film „Jagd auf Roter Oktober“ gekommen. Dem darin beschriebenen lautlosen U-Boot-Antrieb, der ohne bewegliche Teile auskommt, wollten die beiden physikinteressierten Schüler genauer auf den Grund gehen. Auf Grundlage der Lorentzkraft, die mithilfe eines Magnetfelds einen Elektronenstrom hervorbringt, der in einem Elektrolyt wiederum eine Strömung erzeugen kann, drehten sie das Prinzip um. Sie entwickelten ein Schiffsmodell mit zwei getrennt steuerbaren Strömungskanälen und das Boot fuhr tatsächlich. Leider sei es mit einem Wirkungsgrad von 1:1.000.000 nicht effizient, doch der ausgestoßene Wasserstoff könne in Zukunft als Antrieb für Brennstoffzellen oder auch in der Raumfahrt genutzt werden. Die beiden Schüler haben die Jurymitglieder des Bereichs Technik laut Ottmar Hartwig dennoch nachhaltig beeindruckt – insbesondere durch ihr Durchhaltevermögen nach Fehlversuchen, naturwissenschaftliche Detailkenntnisse und eine gute Versuchs- und Energieverbrauchstechnik. Ein verdienter 1. Platz beim Sonderpreis „Umwelt“.



Christian und Sebastian Storms gewinnen die Sonderpreisauslobung des Umweltministeriums im Rahmen des NRW-Landeswettbewerbs „Jugend forscht“.

Tom Bussemas vom Bielefelder Helmholtz-Gymnasium hatte seine Teilnahme am Themenforum aus Krankheitsgründen absagen müssen. Doch Ottmar Hartwig lobte die konkreten biologischen Aussagen, die der Schüler bei seinen Untersuchungen zum Maulwurfsvorkommen im Stadtgebiet Bielefeld getroffen hatte und zeigte sich beeindruckt von seinen akribisch dokumentierten Beobachtungen und Kartierungen. Die Jury des Sonderpreises "Umwelt" ehrte diese Arbeit zum praktischen Natur- und Artenschutz mit dem 2. Platz.

Katharina Thome musste ihren Wettbewerbsbeitrag leider ohne Unterstützung ihres Bruders Marcus präsentieren, da auch er kurzfristig erkrankt war. Thema ihres Projekts waren die „dunklen“ Geheimnisse des Elfrather Sees in Krefeld. Nachdem die beiden Geschwister eine starke Algenbildung im dem See beobachtet und ihre sorgfältigen Untersuchungen der biotischen und abiotischen Faktoren des Gewässers abgeschlossen hatten, setzten sie sich bei Politik und Verwaltung für eine Verbesserung des Gewässers ein. Dank der Beharrlichkeit der Geschwister veranlasste die Stadt Krefeld schließlich die Entfernung von Schlamm und Blättern aus dem Weiher sowie eine Beschneidung der umliegenden Bäume. Auch ihr Vorschlag, einen Springbrunnen für eine bessere Sauerstoffversorgung zu installieren, sei auf Interesse gestoßen und bereits in Planung, so Katharina Thome. Diese enorme Fachkenntnis und das große Engagement würdigte die Jury mit dem 3. Platz beim Sonderpreis „Umwelt“.

„Jugend forscht“

Den Anfang bei den „Jugend forscht“-Präsentationen machte die drittplatzierte Jessica Kirchner, die sich der Frage gestellt hatte, ob der symbiotische Bücherkorpion die Lösung für den Befall ganzer Bienenvölker durch die parasitäre Varroamilbe sei. Eingangs erklärte die Schülerin, die das Gymnasium Augustinianum in Greven besucht, dass die Varroamilbe zu Beginn der Fünfziger-

jahre von Ostasien nach Europa gekommen sei, wo sie seither auf der Apis Mellifera, der westlichen Honigbiene, lebe. Diese sei allerdings nicht resistent gegen die Varroamilbe, weshalb sie vom Aussterben bedroht sei. Zur Verhinderung der gängigen chemischen Behandlungen der Honigbienen, machte sich Jessica Kirchner auf die Suche nach einem biologischen Bekämpfungsmittel der Parasiten und stieß dabei auf Chelifer Cancroides, den Bücherkorpion. Nach einer dreimonatigen Suche, fand die Schülerin schließlich einen Ort, an dem dieser, beinahe ausgestorbene, natürliche Feind der Varroamilbe lebte. Jessica Kirchner siedelte den Bücherkorpion schließlich in ein Bienenvolk ein, das frei von chemischer Behandlung war. „Es hat tatsächlich funktioniert, er hat sich dort sogar vermehrt, doch leider ist die Varroamilbe sehr invasiv, sodass der Bücherkorpion gar nicht so viel fressen konnte.“ Somit konnte der Parasitenbefall allein durch den Bücherkorpion zwar nicht gänzlich bekämpft werden, doch Jessica Kirchner versicherte, auf dem Gebiet weiter zu forschen, um künftig auf chemische Behandlungen in der Imkerei verzichten zu können. Das systematische und durchdachte Vorgehen sowie das detaillierte Fachwissen der Schülerin wurde von der Jury mit dem 3. Platz ausgezeichnet.

Im Anschluss stellten Tino Beste, Arian Bäumer und Tom Bösing vom Pascal Gymnasium in Münster ihr Projekt „Die chemische Kuh“ vor, das von der Jury mit dem 2. Platz gewürdigt wurde. Vor dem Hintergrund schwindender Erdölreserven befassten sich die Schüler mit materialchemischer Verwertung biologischer Abfallstoffe. Denn der Erdölverbrauch habe sich seit 1965 fast vervierfacht und im Gegensatz zur Treibstoffbranche gäbe es in der chemischen Industrie bisher noch keine nachhaltige Alternative. Um diesem Problem auf den Grund zu gehen, entwickelten die drei Schüler ein Verfahren, mit dem Kunststoff aus Biomasse hergestellt werden kann. Ihre



Tino Beste, Arian Bäumer und Tom Bösing stellten ihr Projekt „die chemische Kuh“ vor.

Idee sei die Imitation eines Kuhmagens gewesen und zwar der Teil des Magens, in dem die enzymatische Verdauung zu Energie in Form von Zuckern entstehe. Bei der Umsetzung sei es ihnen besonders wichtig gewesen, auf die Punkte Umweltfreundlichkeit und Wirtschaftlichkeit zu achten sowie nicht in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion zu treten. Nach ausführlicher Recherche gelang es den Schülern schließlich, einen nachhaltigen Kunststoff herzustellen. Dazu entfernten sie mittels Natronlauge sämtliche Eiweiße aus zuvor zerkleinerten Grünabfällen und mit einer Soxhlet Extraktion im Anschluss auch sämtliche Farbstoffe. Die entstandene Lignocellulose spalteten sie durch Hydrolyse auf und verarbeiteten diese zu Polymilchsäure weiter, woraus sie einen vollständig biologisch abbaubaren Kunststoff herstellen konnten. Sogar das im Herstellungsprozess zurückbleibende Lignin könne als Brennstoff und Baustoff genutzt werden. Ottmar Hartwig lobte besonders das nachhaltige und zukunftsgerichtete Denken der Schüler sowie ihre gut strukturierte Arbeitsweise. Die Jury würdigte das hochaktuelle Projekt mit dem 2. Platz.

Zum Abschluss betraten die Brüder Christian und Sebastian Storms die Bühne, um ihre Analyse und Kartierung der Wasserqualität im Quellgebiet der Niers zu präsentieren. Das Projekt „Neues Leben für die Niersquelle“ sei der Abschluss eines dreijährigen Gutachtens. Die Brüder berichteten, dass sie verschiedenste Parameter untersucht hatten, um die Gewässergüteklasse zu bestimmen. Die Ergebnisse seien erschreckend gewesen: „Mäßige bis erhöhte Stickstoffbelastungen, extreme Phosphorbelastungen und durch Sumpfungswasser des angrenzenden Braunkohleabbaugebiets Garzweiler II bedingte Eisenbelastungen mit Werten bis zu dem dreihundertfachen vertretbarer Werte.“ Daraus habe sich die Gewässergüteklasse III ergeben. Zusätzlich zu den Messungen haben die Brüder den Fluss auch an zwei verschiedenen Stellen aus biologischer Sicht untersucht. Dazu haben sie sich vor allem auf die Beobachtung typischer Güteklasse III-Kleinstlebewesen wie den Rollegel und den Strudelwurm konzentriert. Darüber hinaus haben Messungen der Abflussmengen mittels des Tracerverfahrens enorme Schwankungen in der Hydraulik der Niers ergeben. Die Gewässerbelastungen veranschaulichten die Schüler im Anschluss mit einem geografischen Informationssystem. Dazu haben sie eine Karte ihres Heimatortes genommen und die verschiedenen Gewässerabschnitte farblich markiert. Die Brüder fassten zusammen, dass die ersten Flusskilometer der Niers von einer starken Belastung betroffen seien und der Fluss durch die tagebaubedingte Absenkung des Grundwasserspiegels nur noch künstlich von Seiten der RWE AG gespeist werde. Das neben dem gereinigten Grundwasser eingeleitete Sumpfungswasser sei verantwortlich für die extremen Eisenwerte und die damit einhergehende Zerstörung der Biologie. „Für uns ist das Loch Garzweiler II ein Symbol von Zerstörung, Verlust und Gleichgültigkeit. Ein Symbol für den Verlust von Heimat und langfristigen Folgen für das



Ottmar Hartwig betonte die Bedeutung der Wettbewerbe.

Klima. Mit unserem Projekt möchten wir auf die überregionalen Umwelt- und Klimaziele aufmerksam machen. Denn dieses Beispiel zeigt, dass der Mensch sich wieder einmal seiner Umwelt bemächtigt hat, ohne die langfristigen Folgen zu berücksichtigen.“ Ottmar Hartwig lobte das lokalpolitische Statement der Brüder und verwies auf die Laudatio der Jury, in der sie das fachlich anspruchsvolle Vorgehen von Christian und Sebastian Storms sowie ihre detaillierte Auswertung mithilfe des geografischen Informationssystems betont hatten. Die ehemaligen Schüler des Cornelius-Burgh-Gymnasiums in Erkelenz, die mittlerweile Medizin studieren, freuten sich über den 1. Platz.

Preisverleihung

Ottmar Hartwig betonte, wie wichtig die Wettbewerbe „Schüler experimentieren“ und „Jugend forscht“ in puncto Nachhaltigkeit seien, da diese bereits frühzeitig den Nachwuchs fördern. Besonders der Sonderpreis „Umwelt“ setze ein wichtiges Zeichen für eine nachhaltige Zukunft, da sich der Wettbewerb gezielt mit Umwelt- und umweltübergreifenden Themen auseinandersetze. Anschließend dankte der Moderator auch allen betreuenden Lehrern und Lehrerinnen der Preisträger für ihre Induktions- und Betreuungsarbeit. Im Anschluss fand die Siegerehrung statt. Staatssekretär Peter Knitsch gratulierte den Nachwuchsforscherinnen und Nachwuchsforschern zu ihren Projekten und überreichte ihnen die Preise. Nach den persönlichen Glückwünschen richtete Herr Knitsch sein Wort noch einmal an alle Teilnehmenden: „Ganz herzlichen Dank für Ihre sehr wichtige und zukunftsweisende Arbeit. Machen Sie alle weiter so!“



Indikatoren für nachhaltige Entwicklung – Landes- und Kommunalperspektive

Impulsvorträge

Moritz Schmidt, Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal, LAG 21 NRW

Henrik Riedel, Projekt Monitor Nachhaltige Kommune, Bertelsmann Stiftung

Joachim Helbig, Abteilungsleiter Amt für Umwelt, Verbraucherschutz und Lokale Agenda, Stadt Bonn

Viktor Haase, Abteilungsleiter nachhaltige Entwicklung, fachübergreifende Umweltangelegenheiten, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Moderation

Dr. Tanja Busse, freie Journalistin

Einleitung

„Think global, act local!“ – Der bereits 1992 auf dem Weltgipfel von Rio formulierte Grundsatz hat in den vergangenen 20 Jahren nicht an Bedeutung verloren und gilt für die erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030 ebenso wie für die Nachhaltigkeitsstrategien auf Bundes- und Landesebene: Die Kommunen sind ein wichtiger Akteur bei der Transformation zur nachhaltigen Entwicklung. Hier bündeln sich nahezu alle Themen nachhaltiger Entwicklung – ob Stadtentwicklung, integrierte Verkehrsplanung und Flächenverbrauch, Abfallentsorgung oder klimaneutrale Wirtschaft. Viele Kommunen Nordrhein-Westfalens haben in diesen Themenfeldern bereits beispielhafte Ansätze entwickelt und erarbeiten – aktuell im Rahmen des Projekts „Global nachhaltige Kommunen in NRW“ der Landesarbeitsgemeinschaft LAG 21 und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW).

Die kommunalen Mittel für ein umfassendes Nachhaltigkeitsmanagement sind allerdings begrenzt. Vor diesem

Hintergrund diskutierten die rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Themenforums. „Was brauchen die Kommunen, um Nachhaltigkeit mit Leben zu füllen und Erfolge messen zu können?“, mit dieser Frage eröffnete Moderatorin Dr. Tanja Busse einen intensiven Austausch über die Herausforderungen kommunaler Nachhaltigkeitsprozesse.

Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal

Moritz Schmidt von der LAG 21 stellte den Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal vor. Dieser ist für alle Kommunen in NRW ein Angebot, das eigene Handeln an Hand von Nachhaltigkeitsindikatoren zu analysieren. Dafür wurden zentrale, für alle Kommunen geltende Indikatoren sowie kommunalspezifische Messgrößen definiert. „Der Bericht liefert keine einfachen Wahrheiten und keine einfachen Antworten“, betonte Schmidt. Aber er schaffe Vergleichbarkeit und helfe interessierten Kommunen, ihr eigenes Handeln besser einzuordnen. Außerdem biete er Anreize zur Auseinandersetzung mit möglichen Themenfeldern im eigenen Strategieprozess. Darüber hinaus verknüpfe der Bericht die kommunale Handlungsebene mit den Strukturen und Prozessen der landesweiten Nachhaltigkeitsstrategie. Das gelte gerade für wichtige Indikatoren, etwa zum Flächenverbrauch, zum Armutsrisiko oder auch zur Nachhaltigkeit in politischen Entscheidungsprozessen. „Die Indikatoren sind kein Selbstzweck. Sie dienen einer effizienten Zielerreichung“, formulierte Schmidt den Anspruch eines gesamtstrategischen Konzeptes.

Monitor Nachhaltige Kommune

Auf eine praxisnahe Unterstützung kommunaler Nachhaltigkeitsprozesse zielt auch der Monitor Nachhaltige Kommune, ein Pilotprojekt der Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik. Ziel ist u.a. die Bereitstellung von Indikatoren, die Nachhaltigkeit für Kommunen messbar und kommunizierbar machen. „Wir wollen ein Handlungsinstrumentarium, wie es die LAG 21 mit nrwkommunal auf Landesebene bietet, auf der Bundesebene zur Verfügung stellen“, erklärte Projektmanager **Henrik Riedel**. In einer Befragung aller deutschen Landkreise sowie von Städten und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern wurden sowohl die Erwartungen an einen Monitor Nachhaltige Kommune erfasst, als auch verschiedene kommunale Nachhaltigkeitsprozesse ausgewertet. „Die meisten Kommunen wünschen sich praxistaugliche Instrumente zur Gestaltung der nachhaltigen Entwicklung, gute Beispiele für Maßnahmen oder Projekte, Indikatorendefinitionen und konkrete Empfehlungen, wie sie zum Beispiel die Digitalisierung oder den demografischen Wandel bewältigen können“, erläuterte Riedel. Es gelte, kommunalpolitische Ziele mit Nachhaltigkeitsindikatoren zu hinterlegen und bestehende Fachstrategien zu Klimaschutz, Mobilität, Erneuerbare Ener-

gien oder Flächenverbrauch in eine nachhaltige Gesamtstrategie zu überführen. Für den Monitor Nachhaltige Kommune, der im November 2016 pilotiert wird, wurden bislang 37 Kernindikatoren und 57 perspektivische Indikatoren, für die es bislang keine flächendeckend verfügbaren Daten gibt, identifiziert. Nach seiner Pilotierung im November soll der Monitor weiter entwickelt, ergänzt und jährlich aktualisiert werden.

Bonn auf dem Weg zur Global Nachhaltigen Kommune

„Ein kommunales Nachhaltigkeitsmonitoring nimmt nahezu alle Bereiche einer Stadtverwaltung in Anspruch und erfordert deshalb eine zentrale und starke Koordination. Darüber hinaus bedarf es spezifischer Verwaltungsstrukturen zur Steuerung nachhaltiger Prozesse“, resümierte **Joachim Helbig**, Abteilungsleiter im Amt für Umwelt, Verbraucherschutz und Lokale Agenda der Stadt Bonn, mit 15 Jahren Erfahrung im kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement. Die Bundesstadt weist sich seit der Jahrtausendwende als Vorreiter nachhaltiger Kommunalpolitik aus und ist als solcher gut vernetzt mit dem Städtetzwerk ICLEI, dem Klima-Bündnis der Städte oder der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW). Zudem gehört Bonn zu den 15 Kommunen, die seit Januar 2016 am Projekt „Global Nachhaltige Kommune in NRW“ teilnehmen. Ziel ist es, bis Herbst 2017 kommunale Nachhaltigkeitsstrategien im Kontext der Agenda 2030 und der SDGs zu entwickeln. Bonn kann dabei auf ein kontinuierliches Nachhaltigkeitsmonitoring aufbauen. Seit 2002 legt die Stadt alle drei Jahre einen umfangreichen Nachhaltigkeitsbericht vor, der mit insgesamt 31 Indikatoren beziehungsweise 51 Teilindikatoren in den vier Leitkategorien Wohlbefinden, Soziale Gerechtigkeit, Umweltqualität und Ressourceneffizienz sowie Wirtschaftliche Effizienz Auskunft zur nachhaltigen Entwicklung in vielen Sektoren des kommunalen Handelns gibt. Der aktuelle, nunmehr vierte Bericht will nicht nur Messdaten abbilden, sondern auch Entwicklungen bewerten und einen Beitrag zur Steuerung einer nachhaltigen Entwicklung leisten. Aus Helbigs Sicht benötige ein kommunaler Nachhaltigkeitsbericht Kernindikatoren, müsse aber ebenso spezifische lokale Entwicklungen abbilden. Absolut grundlegend dabei sei eine hohe Datenqualität.

Von der Landes- auf die Kommunalebene

Viktor Haase, Abteilungsleiter Nachhaltige Entwicklung, Fachübergreifende Umweltangelegenheiten im NRW-Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, erläuterte dem Forum, wie Nordrhein-Westfalen die Impulse der SDGs landespolitisch aufgreifen und Beiträge zu ihrer Umsetzung leisten wird. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Unterstützung kommunaler Nachhaltigkeitsprozesse.

Nordrhein-Westfalen hat den globalen Nachhaltigkeitszielen konkrete Handlungsfelder, qualitative Ziele und Indikatoren der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie zugeordnet und macht damit seinen Beitrag zur Umsetzung der SDGs (Link zu: https://www.nachhaltigkeit.nrw.de/fileadmin/download/beitrag_nrw_zur_umsetzung_der_SDGs_2016.pdf) erkennbar und messbar. Jetzt müsse eine ebensolche Umsetzung auf kommunaler Ebene erfolgen. Es gelte, ein Indikatorenset zu entwickeln, das horizontale und vertikale Vergleichbarkeit schaffe und die Steuerungsfähigkeit jeder Kommune stärke. „Gute Zielzahlen sind ein Auftrag und ein Handlungsprogramm“, erklärte Haase. Eine zentrale Aufgabe sei zudem die Stärkung der Bildung für nachhaltige Entwicklung, gerade auch auf der kommunalen Ebene und mit Blick auf mögliche Zielkonflikte in der Transformation zur Nachhaltigkeit, so Haase weiter und betonte: „Wohlfahrtsindex und ökologischer Fußabdruck sind kein Entweder-Oder. Ich bin sicher, dass die Auflösung von Zielkonflikten auch ein Lernprozess ist. Dafür aber müssen wir Nachhaltigkeit noch mehr in die Herzen der Menschen übersetzen.“

Diskussion

„Die Definition der richtigen Indikatoren, die praxisnah und handlungsleitend sind, bleibt sauschwierig“, eröffnete Wolfram Goldbeck vom Amt für Grünflächen und Umweltschutz der Stadt Münster die anschließende Diskussion im Plenum, die sich erneut auf Zielkonflikte in der Transformation zur Nachhaltigkeit fokussierte. Wachsende Städte wie Münster oder auch Bonn sind gefordert, der Wohnungsnot zu begegnen, aber auch den Flächenverbrauch zu senken. Darüber hinaus müssen Mobilitätskonzepte entwickelt werden, die eine Verzahnung zwischen Stadtzentrum und regionalem Umland ermöglichen, zugleich aber das Verkehrswachstum durch Berufspendler begrenzen. Dieser Verzahnung müssten auch Indikatoren Rechnung tragen. Birgit Reher vom Umweltamt der Stadt Bielefeld mahnte in diesem Zusammenhang eine kontraproduktive Entwicklung durch starre Zielvorgaben und Indikatoren an. So wiesen gerade kleinere Kommunen vorsorglich Gewerbegebiete aus, weil sie Angst vor den Auflagen der Nachhaltigkeitsstrategie hätten. Desweiteren fragte sie an inwieweit Verdrängungseffekte bei den Indikatoren berücksichtigt werden. Christiane Sprickmann von Münster nachhaltig e. V. regte an, Folgekosten politischer Entscheidungen stärker in die Nachhaltigkeitsbetrachtung einzubringen.

Einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion bildete die Frage, wie die statistischen Ämter von Bund und Ländern dazu beitragen könnten, dass relevante Daten auf Landes- und kommunaler Ebene besser verfügbar sind. Joachim Helbig führte als Beispiel die Vorgaben des Energiestatistikgesetzes NRW an, nach dem Unternehmen ihre

Energiebilanzdaten dem Land zwar vorlegen müssten, die Kommunen aber keinen Einblick nehmen könnten. Stefan Gruber vom Statistischen Bundesamt in Bonn und Birgit Kempf von IT.NRW, Geschäftsbereich Statistik in Düsseldorf erläuterten dazu die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Nordrhein-Westfalen habe – beispielsweise mit dem Umweltbericht, dem Sozialbericht oder dem Pendleratlas – ein sehr dezidiertes Berichtssystem. Über die Mikrozensus-Erhebungen lägen viele Daten gerade auch für die kommunale Ebene vor. Für die Zukunft gelte es, die Berichtssysteme im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung stärker miteinander zu verknüpfen.

Fazit

Die Agenda 2030 kann Land und Kommunen einen Orientierungsrahmen für Transformationsprozesse nachhaltiger Entwicklung geben. Jedoch brauchen insbesondere Kommunen praxistaugliche Indikatorensets, um die Umsetzung eigener Nachhaltigkeitsstrategien und -ziele zu bewerten. Zielkonflikte können durch Indikatorensets hingegen nicht gelöst werden. Indikatorensets können lediglich zur transparenteren Darstellung dieser beitragen und somit eine politische Lösung unterstützen. Um zu politischen Lösungen zu kommen, ist eine gute, durchsetzungsstarke Koordinierung innerhalb der Kommune nötig. Denn bei dem Thema Nachhaltigkeit sind fast alle Bereiche einer Verwaltung betroffen. Oft passen die Verwaltungsstrukturen noch nicht optimal, um das Thema Nachhaltigkeit gut und umfassend zu managen.

Zudem können entsprechende Indikatoren eine vertikale und horizontale Vergleichbarkeit ermöglichen. Ein einfacher quantitativer Vergleich ist hierfür jedoch nicht ausreichend - die unterschiedlichen spezifischen Situationen vor Ort müssen im Rahmen einer qualitativen Interpretation der Daten berücksichtigt werden.

„Indikatoren sind kein Selbstzweck. Sie dienen einer effizienten Zielerreichung.“

Moritz Schmidt

„Die Auflösung von Zielkonflikten ist auch ein Lernprozess.“

Viktor Haase



Perspektiven der Umweltwirtschaft für ein Industrieland im Wandel

Text wird nachgereicht.



Verantwortungsvolles Investieren im Niedrigzinsumfeld – Gutes Gewissen statt guter Rendite?

Impulsvorträge

Axel Bendiek, Finanzministerium NRW

Gregor Kuhl, Pax Bank

Marianne Ullrich, Prokuristin der Deka Investment GmbH

Volker Weber, Vorstandsvorsitzender Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V.

Moderation

Axel Bendiek, Finanzministerium NRW

Einleitung

Nachhaltigkeitskriterien gewinnen in immer mehr Bereichen an Bedeutung – so auch bei privaten und institutionellen Geldanlagen. Doch welche konkreten Beweggründe haben Banken, Emittenten und institutionelle Investoren, sich mit nachhaltigen Geldanlagen zu befassen und welche Ziele verfolgen sie dabei? Über diese Fragen diskutierten rund 30 Teilnehmer im Themenforum „Verantwortungsvolles Investieren im Niedrigzinsumfeld“. Moderator Axel Bendiek vom Finanzministerium NRW wies zu Beginn des Forums auf die nachhaltigen finanziellen Aktivitäten der Stadt Münster hin und stellte somit einen passenden Bezug zum Veranstaltungsort her. „Die Stadt hat beschlossen, die Kapitalanlage des städtischen Pensionsfonds unter dem Gesichtspunkt von Nachhaltigkeit und Klimaschutz neu auszurichten.“ Auch für das Land seien die Themen Finanzen und Nachhaltigkeit wichtig, um unter anderem das Vertrauen der Investoren

zu gewinnen und zu halten. Nordrhein-Westfalen ist mit rund 137 Milliarden Euro am Kreditmarkt verschuldet, jedes Jahr müssen neue Kredite in Höhe von circa 20 Milliarden Euro beschafft werden. Zeitgleich ist NRW aber auch ein großer Investor. „Der Pensionsfonds des Landes NRW hat ein Volumen von circa 10 Milliarden Euro“, verdeutlichte Bendiek. Im Rahmen der Verwaltung des Pensionsfonds wird momentan auch über Kriterien für nachhaltige Kapitalanlagen diskutiert.

Marianne Ullrich verdeutlichte, wie das Thema Nachhaltigkeit bei der Deka Bank gelebt wird. Ihr Arbeitgeber hat als erste systemrelevante Bank die Eigenanlagen auf nachhaltige Kriterien umgestellt. Der Anteil der nachhaltigen Kapitalanlagen bei Wertpapierfonds liege momentan jedoch noch unter drei Prozent. Ein entgegengesetztes Verhältnis weist die nicht systemrelevante Pax Bank auf, wie Gregor Kuhl für sein Unternehmen erklärte. Die Bank feiert 2017 ihr 100-jähriges Bestehen und hat sich von Beginn an auf nachhaltiges Investment spezialisiert. Wie der Markt für nachhaltige Geldanlagen sich entwickelt, schilderte der Vorstandsvorsitzende des Forums nachhaltiger Geldanlage e.V., Volker Weber: „Es ist ein sehr dynamischer Markt, die Zahl der Anbieter und Produkte erhöht sich stetig. Bei der Nachfrageseite besteht aber noch deutlich Ausbaufähigkeit.“

Diskussion

Im Rahmen der Diskussion wies Moderator Axel Bendiek auf das aktuelle Niedrigzinsumfeld hin. So sei es heute schwierig von Zinsen zu leben und Kapital zu erhalten. Auch das wirtschaftliche Umfeld habe sich durch Bilanzskandale, Umweltskandale und Marktmanipulation verändert. „Eine zeitgemäße Orientierung ist notwendig, da kann das Konzept der Nachhaltigkeit helfen“, sagte der Finanzexperte. Dass es im Niedrigzinsumfeld wenig attraktive Anlagemöglichkeiten gibt, ist laut Marianne Ullrich jedoch nicht der einzige Grund, warum die Banken nun verstärkt von Nachhaltigkeit sprechen. Nachhaltigkeit sei auch ein Mittel der Risikosteuerung geworden, da Unternehmen und deren Aufbau genauer betrachtet werden. Ein wesentlicher Faktor bei der Einstufung sei eine gute Unternehmensführung. „Unternehmen, die nachhaltig gesteuert werden, haben auch eine ordentliche Umweltpolitik und berücksichtigen die sozialen Bedürfnisse ihrer Umgebung“, so Ullrich. „Wir achten unter anderem darauf, ob z.B. Vorstände angemessen qualifiziert sind und bezahlt werden oder wie Unternehmen mit der Lieferkette umgehen.“

Auch die Pax Bank arbeitet laut Gregor Kuhl mit harten Ausschlusskriterien, sodass einige Branchen wie Pornografie und Abtreibung aufgrund des christlich-ethischen Backgrounds grundlegend ausgeschlossen werden. „Wir

wenden ein Auswahlverfahren mit einem dreistufigen Filter an“, so Kuhl. Im ersten Schritt werden die nicht unterstützten Themenfelder ausgeschlossen, im zweiten Schritt die Unternehmen auf Grundlage von 257 Kriterien geprüft. „Drittens ist Engagement ein wichtiges Stichwort. Wir treten aktiv mit Unternehmen in den Dialog, wenn wir in bestimmten Bereichen Optimierungspotenzial sehen.“ Laut Aussage von Kuhl ist Nachhaltigkeit im Privatkundengeschäft noch nicht stark angekommen. Institutionelle Kunden verfolgten das Thema stärker, Spitzenreiter seien öffentliche und kirchliche Einrichtungen sowie Stiftungen.

Definition von Nachhaltigkeit

„Private Kunden fragen selten aktiv nach nachhaltigen Produkten und zeitgleich fehlt Bankberatern oft das Wissen, um nachhaltige Produkte aktiv anbieten zu können. Dabei ist die Bankenbranche eine Beraterbranche“, kritisierte Volker Weber. Er forderte, für das Thema eine einheitliche Definition anzuwenden und es mit in die Grundausbildung der Banken einzubringen. Grundlegend können dafür zwei Eckdefinitionen verwendet werden. Erstens angelehnt an das Prinzip von Hans Carl von Carlowitz, „Schlage nur so viel Holz ein, wie der Wald verkraften kann! Lebe von den Zinsen des Kapitals Wald!“. Zweitens: Nachhaltigkeit ist, den Bedürfnissen der heutigen Generation zu entsprechen, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen“ von Gro Harlem Brundtland – im Rahmen der UNO.“

Gesetzliche Vorgaben oder Regulierungen zum Thema Nachhaltigkeit sind laut Marianne Ullrich nicht notwendig: „Gerade die Vielfalt macht das Angebot aus.“ Jeder Verbraucher solle das für ihn passende Finanzprodukt finden, man dürfe keine Bereiche strikt ausklammern. Damit Kunden die richtige Entscheidung treffen können, sei vor allem eine größtmögliche Transparenz wichtig. Martin Krings vom NRW-Umweltministerium sieht gerade diese Vielfalt als verwirrend an und fragte, warum man sich nicht auf einen Standard einigen kann. Gregor Kuhl erwiderte, dass es immer unterschiedliche Standpunkte und Sichtweisen auf ein Thema gebe und eine Einigung daher schwierig sei. Volker Weber entgegnete hierauf, dass das FNG als der Fachverband für Nachhaltige Geldanlagen im letzten Jahr ein Qualitätssiegel für nachhaltige Publikumsfonds herausgebracht hat.

Nachhaltigkeit ins Beratungsprotokoll aufnehmen

Volker Weber merkt an, dass die Bankenbranche beim Thema Beratung immer noch in einer alten Welt gefangen sei. „Es gibt ein vom Gesetzgeber erarbeitetes Beratungsprotokoll mit den drei Werten Liquidität, Sicherheit und Rentabilität.“



Die Referenten stellten sich den Fragen des interessierten Publikums.

Hier besteht mit der Aufnahme des Kriteriums Nachhaltigkeit Änderungsbedarf. „Dann würde auch das Volumen von nachhaltigen Kapitalanlegern bei privaten Anlegern steigen“, so Weber. Prof. Dr.-Ing. Oscar Reutter vom Wuppertal Institut unterstützte diesen Ansatz: „Eine große Zahl der Privatanleger wird der Nachhaltigkeitsaspekt interessieren. Die Zinssätze sind so marginal, mit nachhaltigen Finanzprodukten kann man als Anleger trotzdem noch etwas für die Umwelt tun.“ Marianne Ullrich begrüßte den Ansatz grundlegend, schilderte aber auch ihren Eindruck, dass die Beratungsgespräche so komplexer und zeit- und kostenintensiver werden. Gregor Kuhl und Volker Weber gehen bei einer Aufnahme des Nachhaltigkeitsaspektes in das Beratungsprotokoll hingegen nicht von steigenden Kosten aus. Oliver Müller von Raiffeisen Capital Management brachte ein, dass es die erste Aufgabe von Banken sei, Anleger über ihr Risiko zu informieren. Wenn ein weiterer Aspekt in das Beratungsprotokoll aufgenommen werde, sei es schwierig, die Umsetzung von diesem zu überprüfen.

Zertifizierung von nachhaltigen Geldanlagen

Prof. Dr.-Ing. Oscar Reutter sprach sich für eine Zertifizierung von nachhaltigen Geldanlagen aus. Dies bestätigt Volker Weber, da das FNG im Jahr 2015 ein Qualitätssiegel an den Markt gebracht hat. Eine staatliche Zertifizierung sieht er kritisch, da auf diese zahlreiche Regulierungen und Überprüfungen folgen würden. Hingegen soll die Branche sich laut Weber selber regulieren und auf den gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit eingehen. Dabei würden auch die Anleger eine Rolle spielen: „Je häufiger Kunden bei den Banken nach dem Thema Nachhaltigkeit fragen, desto mehr gewinnt es an Aufmerksamkeit und Bedeutung.“ Jörg Rosteck, Mitglied der Grünen Münster, plädierte dafür, nachhaltige Geldanlage zu fördern, indem schmutzige Geldanlagen diskreditiert werden. Das habe in Münster gut funktioniert. „Es sollte nicht die Rendite im Mittelpunkt stehen, sondern das Wohl der Allgemeinheit“, so Rosteck. Martin Krings fragte, ob es interne Ziele der Banken in Richtung Nach-

haltigkeit gebe und wie diese verfolgt werden. „Wir sind dabei, den CO₂-Fußabdruck unserer Bank zu ermitteln, aber auch wie viel CO₂ durch unsere Wertpapieranlagen finanziert wird.“, so Marianne Ullrich. Allerdings sei es nicht leicht, zuverlässige und vergleichbare Daten zu finden und mess- und erreichbare Ziele festzulegen.

Zukunftsvisionen

„Was würde sich im realen Leben verändern, wenn sich die nachhaltigen Geldanlagen vervielfachen?“, fragte Moderator Axel Bendiek die Vortragenden. Volker Weber antwortete, dass dies starke Auswirkungen auf die Wirtschaft haben wird: „Unternehmen stellen sich anders auf, die Transparenz erhöht sich, gleichzeitig steigen Vergleichbarkeit und Wettbewerb.“ Darüber hinaus würden sich nachhaltige Anlagen besser auf die Rendite auswirken. Auf die Frage, warum nachhaltige Geldanlagen dann nicht boomen, antwortete Weber, dass nachhaltige Anlagen noch nicht so viel Ertrag bringen wie die Basisprodukte der Banken. Gregor Kuhl forderte, dass die Produktpalette an Fonds, die Berater im Hinterkopf haben, um nachhaltige Anlagen erweitert werden müsse. „Das ist der Schlüssel zum Erfolg“, so Kuhl. Für die Pax Bank rechne sich der Vertrieb nachhaltiger Geldanlagen. Die Rendite sei ungefähr die gleiche, aber bei einem geringeren Risiko.

Vorreiterrolle der Politik

Wie die Politik den Prozess zu mehr nachhaltigen Geldanlagen unterstützen könne, wollte Martin Krings vom NRW-Umweltministerium wissen. Laut Volker Weber muss die Politik sich mit dem Thema beschäftigen und eine Vorreiterrolle einnehmen, indem selbst auf nachhaltige Geldanlagen gesetzt wird. Moderator Axel Bendiek gab an, die öffentliche Hand habe bereits einiges im Bereich der Finanzierung erfolgreich auf die Beine gestellt. „Bei Anlagen des Landtages NRW werden künftig Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt“, erläuterte der Vertreter des NRW-Finanzministeriums. Aufgrund des großen Anlagevolumens sei dies aber nicht von heute auf morgen umsetzbar.

Fazit

Gegen Ende der Veranstaltung sah ein Forumsteilnehmer noch keine eindeutige Antwort auf die Frage, wer aktiv werden muss: Politik, Verbraucher oder Banken? „Viele Kunden sind im Bereich nachhaltige Kapitalanlagen noch nicht aufgeklärt, daher fehlt die Nachfrage. Die Berater müssen aktiv in diesem Bereich geschult werden und Kunden auf nachhaltige Angebote aufmerksam machen“, fasste Volker Weber zusammen. Der Schlüssel liege dann in der Ausbildung, dessen grundlegende Faktoren die Politik neu ordnen müsse. Marianne Ullrich forderte, Finanzwissen und in diesem Zusammenhang auch Nachhaltigkeit in den Schulunterricht einzubringen: „Wenn Berufsanfänger nicht wissen was Geldanlagen sind, machen sie sich auch keine Gedanken, was Geldanlagen bewirken.“ Darüber hinaus müssten wir als Banken beweisen, dass nachhaltige Produkte funktionieren und es somit unseren Beratern schmackhaft machen, diese zu verkaufen. Laut Gregor Kuhl ist es wichtig, den Vorteil der nachhaltigen Geldanlagen einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. „Dann beschäftigen sich viele Kunden von allein damit“, so der Vertreter der Pax Bank.

Statements

„Private Kunden fragen selten aktiv nach nachhaltigen Produkten und zeitgleich fehlt Bankberatern oft das Wissen, um nachhaltige Produkte aktiv anbieten zu können.“ Volker Weber, Vorstandsvorsitzender Forum nachhaltige Geldanlage e.V.

„Die Diskussion um die Verantwortlichkeit für die stärkere Verbreitung nachhaltiger Finanzprodukte erinnert an die Henne-und-Ei-Problematik.“ Axel Bendiek, Finanzministerium NRW



Podiumsdiskussion Nachhaltigkeit aus der Jugendperspektive

Teilnehmer

Miriam Kamp, Mitglied des Vorstandes BUNDjugend NRW

Robin Bender, Mitglied des Landesvorstandes NRW, Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken

Katharina Zink, Bund der Deutschen Katholischen Jugend BDKJ NRW

Alexander Schumann, Arbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend AEJ NRW

Bernd Neuendorf, Staatssekretär im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

Moderation:

Jil Blume, Preisträgerin News4U / Jugendpresse Rheinland e.V.

„Produzieren. Kaufen. Wegwerfen. Wachsen. – Ist das unser Weg in die Zukunft?“ Mit einem temporeichen Poetry Slam begrüßten Nils Müller und Sammy Saliou, Schauspieler des Münsteraner Jugendtheaters Cactus, die Teilnehmenden der 5. NRW-Nachhaltigkeitstagung bereits zur Eröffnung am Morgen. Die Perspektive der Jugend und ihre Kritik an einer vielfach halbherzigen öffentlichen Diskussion um Nachhaltigkeit und wirtschaftliches Wachstum gab den anschließenden Diskussionen ein Stück weit die Richtung vor. Am Nachmittag gestalteten Schülerinnen und Schüler sowie Vertreter aus Organisationen im Jugending NRW die weiteren Programmpunkte der Tagung. Den Auftakt dazu bildete die Präsentation des Siegervideos des Wettbewerbes „We Tube“ im Rahmen der Initiative „Schulen der Zukunft“. In dem Kurzfilm beschäftigten sich Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Holthausen in Hattingen mit dem Bau und der Planung eines Hybridkraftwerkes.

In der anschließenden Talkrunde lud Moderatorin Jil Blume Miriam Kamp, Robin Bender, Katharina Zink und Alexander Schumann als Vertreter des Jugending NRW

sowie Bernd Neuendorf, Staatssekretär für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, zu einer „Sonderausgabe“ des bekannten Fernsehformats „Zimmer frei!“ ein. Ein virtuelles Lagerfeuer, Zelte und Grillutensilien schmückten die Bühne für „Zeltplatz frei!“. In Lagerfeuer-Atmosphäre diskutierten die Podiumsteilnehmer über Nachhaltigkeit aus Jugendperspektive und die Gestaltung einer nachhaltigen Jugendarbeit. In den Fokus rückten dabei auch die Möglichkeiten, wie Jugendliche in gesellschaftlichen Partizipationsprozessen mitwirken können.

Anlaufstellen schaffen

Zum Einstieg in die Zeltlager-Runde beschrieb Alexander Schumann von der Arbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend AEJ NRW die notwendige Aufgabe, Kindern und Jugendlichen auch außerhalb der Schule Anlaufstellen zu bieten. Junge Menschen bräuchten Angebote und Freiräume, in denen sie sich selbst erfahren und entwickeln könnten. Dabei spielten die Kirchen gerade auch in der Diskussion um die nachhaltige Entwicklung eine zentrale Rolle. Das christliche Gebot der Nächstenliebe beinhaltet notwendigerweise die Verantwortung für nachfolgende Generationen. Kinder und Jugendliche müssten mit den Folgen unseres gegenwärtigen Handelns leben. Die AEJ unterstütze mit verschiedenen Projekten eine nachhaltige Entwicklung in der „Einen Welt“. Dazu gehöre unter anderem die Herstellung von Grillkohle aus dem „Abfallprodukt“ Kokoschalen auf den Philippinen. Für diese Kohle werde kein Wald abgeholzt, sondern ein CO₂-neutrales Ausgangs- und Abfallprodukt verwendet. Gleichzeitig stärke die Produktion der fairen Kohle die Existenzgrundlage von circa 20 Millionen Menschen, die in Südostasien von der Kokosernte leben.

Katharina Zink stellte die Bildungsarbeit des Bundes der deutschen katholischen Jugend BDKJ und seiner Mitgliedsverbände vor, die bereits seit Jahren einen deutlichen Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit setze. Ein Bewusstsein für faire Arbeitsbedingungen und nachhaltiges Wirtschaften solle unter anderem durch die Gestaltung nachhaltiger Ferienfreizeiten gebildet werden. Dazu biete der Reader „Faire Ferien“ Aktionsideen und praktische



Katharina Zink machte auf die Bedeutung nachhaltiger Ferienfreizeiten aufmerksam.

Tipps. Damit hätten beispielsweise Pfadfinderinnen aus Aachen ein faires Ferienlager in Haltern am See gestaltet, dazu gehörte etwa die klimafreundliche Anreise mit Bahn und Fahrrad, die Verpflegung aus Bioanbau und fairem Handel sowie eine thematische Auseinandersetzung mit der Produktion von Kleidung. „Wir wollen junge Menschen dazu befähigen, die Auswirkungen ihres Handelns auf nachfolgende Generationen und Menschen aus anderen Erdteilen zu bedenken“, betonte Zink.

Bildungsprozesse anstoßen

Robin Bender stellte die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken vor. Den unabhängigen Kinder- und Jugendverband gebe es bereits seit 112 Jahren. „Wir glauben dass diese Welt nicht in Stein gemeißelt ist. Diese Welt lässt sich ändern“, fasste Bender seine Vereinsphilosophie in Kurzform. Die Falken setzten deshalb einen Schwerpunkt auf gemeinsame Bildungsprozesse, beispielsweise auch in Form von Gruppenstunden und Zeltlagern. „Wir unterhalten uns unter anderem über Themen wie Antifaschismus, Antihomophobie, Antirassismus und Feminismus“, sagte Bender. Üblich für gemeinsame Aktionen von Falkengruppen sei die Einrichtung einer gemeinsamen Kasse. „Es können Ungerechtigkeiten ausgeglichen werden, indem man an einem Strang zieht und die Kraft der Solidarität erfährt.“

Miriam Kamp vertrat die BUNDjugend NRW, die jungen Menschen eine Plattform für umweltpolitisches und soziales Engagement bietet. Die BUNDjugend setzt sich mit kreativen Ideen für Nachhaltigkeit ein und macht auf Missstände aufmerksam. Dazu gehören beispielsweise Aktionen wie eine Kleidertauschparty vor einem großen Modediscounter in Essen. „Als Jugendlicher hat man oft das Gefühl, nichts bewirken zu können. Wir wollen dieses Ohnmachtsgefühl bekämpfen und zeigen, dass man gemeinsam mehr erreichen kann als man denkt“, erklärte Kamp. Zum Programm der BUNDjugend NRW gehört unter anderem auch das Skill-Sharing-Camp „Machen statt motzen“. Rund 100 Jugendliche haben 2016 an diesem selbstorganisierten Sommercamp teilgenommen und eine neue Form des Zusammenlebens erprobt, die auf gegenseitigem Teilen von Wissen, Fähigkeiten aber auch Materiellem basiert. Ob Kräuterkunde, Handarbeit, veganes Kochen oder Energiewende – der Austausch beinhaltet viele Themen einer nachhaltigen Lebensgestaltung.

Ehrenamt fördern

Bernd Neuendorf, Staatssekretär im NRW-Jugendministerium, lobte den vorbildlichen Einsatz der Jugendlichen und machte deutlich, dass Nachhaltigkeit sich nicht auf den Umweltschutz beschränken dürfe, sondern Bereiche wie Demokratie und Bildung notwendigerweise einbeziehen müsse: „Nachhaltigkeit geht alle was an.“ Das Ministerium unterstütze die nachhaltige Jugendarbeit auf breiter Basis. Ein wirksames Instrument sei der Kinder- und Jugendförderplan, der fast 100 Millionen Euro pro Jahr

für Projekt von Jugendorganisationen und den Landesjugendring NRW als Dachorganisation bereithält. „Gut 80 Prozent der Arbeit im Jugendbereich wird ehrenamtlich geleistet. Aber Ehrenamt, insbesondere bei der Jugend, braucht professionelle Unterstützung und institutionelle Förderung“, betonte der Staatssekretär. Neben der Bereitstellung finanzieller Mittel werden Veranstaltungen zu jugendpolitischen Themen organisiert und entlang aller Ressorts diskutiert. Das Thema Partizipation spielte dabei, so Neuendorf, eine große Rolle. Mit Verweis auf Ergebnisse der jüngsten Shell-Studie hob der Staatssekretär das außerordentliche politische Interesse und gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen hervor.

Wertschätzung zeigen

Anschließend folgte ein lebhafter Austausch zum Jugendförderplan, zu gymnasialen Schulzeitmodellen (G8/G9) und zur Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Robin Bender lobte den Jugendförderplan grundlegend, forderte jedoch eine Erhöhung der Fördermittel um mindestens 20 Prozent. „Demokratie fällt nicht vom Himmel“, erklärte Bender. Deshalb seien Einsparungen in der Jugendarbeit keine Option. Schon heute gebe es vielerorts Probleme, Maßnahmen zu finanzieren.

Alexander Schumann kritisierte die hohe zeitliche Belastung von Jugendlichen, insbesondere durch die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf acht Jahre bliebe jungen Menschen kaum noch Zeit für ehrenamtliches beziehungsweise außerschulisches Engagement. Neben der finanziellen Erhöhung des Förderplans, die keine einmalige Maßnahme sein dürfe, müsse die Politik deshalb klare Zeichen der Wertschätzung für eine nachhaltige Jugendarbeit setzen – eine Forderung, der sich auch Katharina Zink anschloss: „Das Ehrenamt verdient eine besondere Anerkennung. Wir brauchen junge Menschen, die sich für Nachhaltigkeit einsetzen und andere Leute mitreißen.“ Sie regte unter anderem die Einführung eines „Ehrenamtstickets“ an. Miriam Kamp äußerte in diesem Zusammenhang den Wunsch, im schulischen Lehrplan Raum für Nachhaltigkeit und entsprechende Projektstage zu schaffen. Erst die Bildung für nachhaltige Entwicklung ermögliche bewusste Konsumentscheidungen, unterstützte Katharina Zink auch diese Forderung.

Staatssekretär Neuendorf erläuterte, dass der Kinder- und Jugendförderplan bereits zur laufenden Legislaturperiode um 20 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt worden sei. Damit habe man Planungssicherheit geschaffen. Nach der Landtagswahl 2017 wolle er sich für eine erneute Erhöhung um 20 Millionen stark machen. Die ehrenamtliche Arbeit werde darüber hinaus über einen Ehrenamtspreis und eine Ehrenamtskarte – eine Rabattkarte, die in Kooperationen mit mehreren Unternehmen und Verbänden realisiert wurde – öffentlich gewürdigt und unterstützt.



Miriam Kamp regte die Einführung eines Ehrenamtstickets an.

Partizipation institutionell verankern

Ein weiteres, für die Jugendlichen wichtiges Thema in der Diskussion um Partizipation, war die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Robin Bender wertete diese als unabdingbare Forderung, da gerade junge Menschen von politischen Entscheidungen am stärksten und längsten betroffen seien. „Jugendliche haben eine eigene Lebensweise, ihre Meinung sollte bei politischen Entscheidungen auch Gehör finden“, forderte der „Falke“ einen „Jugendcheck“. Bernd Neuendorf bedauerte, dass die Absenkung des Wahlalters im Landtag nicht durchgesetzt werden konnte, äußerte sich jedoch kritisch zu einem „Jugendcheck“. Dieser erhöhe den bürokratischen Aufwand, zumal dann auch zahlreiche andere Interessengruppen dieses besondere Mitspracherecht einfordern könnten. Katharina Zink jedoch entgegnete, dass die Jugend als Zielgruppe einer nachhaltigen Entwicklung wichtiger sei als beispielsweise Senioren. Denn ihre Zukunft hänge von den Entscheidungen der Gegenwart ab.

Zum Abschluss der diskussionsfreudigen Lagerfeuer-Runde bat Moderatorin Jil Blume die Vertreterinnen und Vertreter der Jugendverbände zur Abstimmung à la „Zimmer frei!“. Die Antworten, ob Staatssekretär Neuendorf noch einmal ins Zeltlager eingeladen werde, waren eindeutig: vier Mal die grüne Karte. „Der Staatssekretär hat ein schönes Statement zur Absenkung des Wahlalters und eine klare Aussage zur Erhöhung des Jugendförderplans gemacht“, erklärte Robin Bender seine Entscheidung. Über den Jugendcheck werde dann im nächsten Zeltlager diskutiert.

„Wir wollen junge Menschen dazu befähigen, die Auswirkungen ihres Handelns auf nachfolgende Generationen und Menschen in anderen Erdteilen zu bedenken.“ Katharina Zink



Partizipation und Bildung für nachhaltige Entwicklung

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung und stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen

Nachhaltige Entwicklung ist ohne demokratische Teilhabe nicht möglich: Dieses Fazit nahm NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann in ihrer Rede schon vorweg: „Kinder und Jugendliche sind die Change Agents einer zukünftigen nachhaltigen Entwicklung und wir können sie nur gewinnen, wenn wir ihnen echte Mitverantwortung übertragen“, formulierte Löhrmann den Bildungsauftrag, mit dem sie eine Vision für das Leben in Nordrhein-Westfalen und die Schulen der Zukunft verband. Im Jahr 2030 sei das Land geprägt durch erfolgreiche Integration, eine offene Gesellschaft und einen wissensbasierten Strukturwandel. Die Schulen seien demokratische Lernorte, in denen Partizipation und Engagement für Menschenrechte, Freiheit, Demokratie und nachhaltige Entwicklung Lehrplan, Unterricht, Projekte und Schulkultur prägen. „Wir müssen das vernetzte Denken fördern, Synergien in Lernfeldern erschließen, Unterrichtsthemen verknüpfen und so ganzheitliches Wissen vermitteln“, erklärte die Ministerin und gab damit zugleich ihre persönliche Antwort auf die Frage nach G8 oder G9 in der vorhergehenden Podiumsdiskus-

sion. „Es gibt heute schon Kinder, die Klassen überspringen, und Kinder, die sitzen bleiben, um dann am Ende trotzdem erfolgreiche Schulabschlüsse zu erreichen. Kinder nehmen sich also bereits ihre individuelle Lernzeit“, erläuterte die NRW-Schulministerin ihre schulpolitische Idee: „Wir müssen nicht von der Schule aus, sondern von den Kindern und Jugendlichen aus denken. Das bedeutet, dass wir uns von den starren Strukturen eines Klassenverbandes mit 45-Minuten-Takt lösen und jedem Kind individuelle Lernzeiten eröffnen. Das ist viel schlauer, als in G8- oder G9-Strukturen zu denken.“

Schulen als nachhaltige Lernräume gestalten

Es sei eine Frage der Glaubwürdigkeit, so die Ministerin weiter, Schulen zu echten Orten nachhaltiger Entwicklung zu machen. „Schulen sind Lern- und Lebensräume für unsere Kinder und Jugendlichen und sie werden von vielen Beteiligten gestaltet. Wirkliche Erfolge in der Bildung zur nachhaltigen Entwicklung können Schulen, Schulträger und zivilgesellschaftliche Partner nur gemeinsam erreichen. Dafür wollen wir Gestaltungskompetenz als Leitbild für den Unterricht, in Lehrplänen und Schulprogrammen, aber auch in der Fortbildung verankern,“ erläuterte Löhrmann die Strategie zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), auf die sich die Landesregierung im Januar 2016 verständigt habe. Die Strategie zielt auf eine lebensbegleitende, ganzheitliche Bildung und werde als solche in allen Bildungsbereichen Nordrhein-Westfalens systematisch und auf Dauer verankert. Vorreiter für die Umsetzung seien die Schulen, die bereits seit vielen Jahren in der Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“ mitwirken und das Konzept erfolgreich in Unterrichts- oder Schulentwicklungsprozesse eingebracht haben. Die neue Kampagnenphase laufe bis 2020. Darüber hinaus solle durch eine gezielte Lehrerfortbildung, in die 2017 alle Bezirksregierungen einbezogen werden, Bildung zur nachhaltigen Entwicklung im fachlichen Lernen auf breiter Basis verankert werden. Es gelte, Kinder und Jugendliche in der Bildung ihrer eigenen Lebensstile noch mehr zu unterstützen, betonte Löhrmann.

Fachübergreifende Bildung stärken

Schul- und Umweltministerium arbeiteten zurzeit gemeinsam an dem Leitprojekt „Verbraucherbildung an Schulen“, die fachübergreifend in allen Schulformen, von der Grundschule bis zur Sekundarstufe 2, vermittelt werde. Dieser Anspruch, so Löhrmann weiter, gelte auch für die Bildung zur nachhaltigen Entwicklung. Ob in Naturwissenschaften, Erdkunde, Deutsch oder Religion – immer müsse die ganzheitliche Bildungsidee im Mittelpunkt stehen. „Insofern wollen wir unsere Kernlernpläne, die auf den Erwerb von Kompetenzen abzielen, noch stärker auf die Bildung zur nachhaltigen Entwicklung ausrichten“, erklärte Löhrmann. Auch dazu werde mit wissenschaftlicher Unterstützung eine Leitlinie für zukünftige Lehrpläne erarbeitet. Entscheidend aber, meinte die Ministerin sei das Engagement, das die Schulen – „nach dem Vorbild von Europa- und Eine-Welt-Schulen, Unesco-



NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann will Schule als nachhaltige Lernräume gestalten.

Projekt-Schulen, Fair-Trade-Schools, der sich etablierenden Verbraucherschulen oder der Kampagnenschulen“ – bereits heute zeigten.

Zuversichtskompetenz vermitteln

Nachhaltigkeit, erklärte Löhrmann, könne nicht von oben verordnet werden, sondern müsse vor Ort gelebt werden. Viele Schulen zeigten hier vorbildliche Initiativen. Die Schulpolitik setze dabei auf eine „durchdachte, kluge, staatliche Lenkung und Begleitung“ und baue auf die Anreize und Unterstützung einer aktiven, engagierten Zivilgesellschaft: „In unseren Schulen finden wir viele begeisterte, engagierte und fleißige und gewissenhafte Schülerinnen und Schüler, die sich für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen“, betonte Löhrmann und bekräftigte ihre eingangs formulierte Forderung, Schulen zu demokratischen Lern- und Erfahrungsräumen zu machen: „Wir müssen es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, über den Tellerrand zu schauen und den sie unmittelbar umgebenden Politik-, Sozial-, Wirtschafts- und Kulturraum in den Blick zu nehmen sowie die globalen Auswirkungen, die damit zu tun haben.“ Junge Menschen müssten die Vielschichtigkeit politischer Entscheidungs- und Handlungsprozesse im Unterricht erfahren und lernen, mit Risiken und Widerständen umzugehen. Schülerinnen und Schüler, so Löhrmann weiter, sollten ihre Schule als „offene Schule“ erleben. „Außerschulische Lernorte“ sollten deshalb gestärkt und Freiräume für die demokratische Mitgestaltung geschaffen werden. Denn nicht zuletzt beruhten Engagement und Leistung auch auf Freiwilligkeit und Zutrauen. Jugendlichen müsse eine „Zuversichtskompetenz“ vermittelt werden, dass ihr Handeln die Gesellschaft beeinflussen und die Zukunft verändern könne, forderte Löhrmann: „Als Erwachsene müssen wir zeigen, dass Zukunft gestaltbar ist, gerade auch in der Schule als kleinem Kosmos und Teil der Einen Welt.“ In diesem Sinne solle die Bildung zur nachhaltigen Entwicklung verstanden und weiter umgesetzt werden.



Abschlussdiskussion

Teilnehmer

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, stellvertretende Ministerpräsidentin

Peter Knitsch, Staatssekretär für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Helen Grönefeld, Schülerin der 9. Klasse der Erich-Klausener-Realschule in Münster

Maximilian Schmeißer, Schüler der 9. Klasse der Erich-Klausener-Realschule in Münster

Andrea Rudel, Lehrerin der 9. Klasse der Erich-Klausener-Realschule in Münster

Dorothee Tiemann: Projektleiterin von „Einfach ganz anders – Schulen für mehr Nachhaltigkeit“, Fachpromotorin für „Globales Lernen NRW“

Moderation

Dr. Tanja Busse, freie Journalistin

Die abschließende Podiumsdiskussion richtete den Fokus auf die Möglichkeiten, Bildung zur nachhaltigen Entwicklung in der Unterrichts- und Alltagspraxis zu implementieren. Mit aktions- und ideenreichen Angeboten will zum Beispiel das Projekt „Einfach ganz anders – Schulen für mehr Nachhaltigkeit“ jungen Menschen die Themen einer nachhaltigen Entwicklung näherbringen und Wissen für einen verantwortungsvollen Konsum vermitteln. NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann diskutierte im Anschluss an ihre Rede mit den Jugendlichen Helen Grönefeld und Maximilian Schmeißer von der Erich-Klausener-Realschule in Münster, ihrer Lehrerin Andrea Rudel sowie Dorothee Tiemann, Fachpromotorin für „Globales Lernen NRW“, und Peter Knitsch, Staatssekretär im NRW-Umweltministerium, über Erfahrungen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit.

Neue Lernsettings

Die beiden Schülervertreter berichteten über einen Projekttag an ihrer Schule, der ihnen die unmenschlichen Rahmenbedingungen der Handy-Produktion vor Augen führte. „Uns ist klar geworden, dass an einem neuen Handy Menschenleben hängen, und jetzt überlegt man sich schon gut, ob es immer das neueste Modell sein muss“, fasste Maximilian Schmeißer seine Eindrücke

zusammen. „Ich kann diesen Projekttag nur weiter empfehlen“, ergänzte Helen Grönefeld. Für die beiden Neuntklässler war vor allem auch das „intensive Lernen mit Spaßfaktor“ eine wichtige Erfahrung. Eine Einschätzung, die auch ihre Lehrerin Andrea Rudel teilte: „Projekttag sind Unterricht mit nachhaltiger Wirkung. Man muss in Themen denken und nicht in Schulfächern.“ Die Erich-Klausener-Realschule in Münster arbeite deshalb auch in anderen Bereichen – beispielsweise zur Berufswahlorientierung oder zur Gesundheitserziehung – mit außerschulischen Partnern zusammen und bringe so diese Themen selbst in einem vollen Lehrplan unter. Nicht zuletzt würden Schülerinnen und Schüler durch die neuen Lernsettings eines Projekttags begeistert und motiviert.

Dorothee Tiemann, Projektleiterin von „Einfach ganz anders – Schulen für mehr Nachhaltigkeit“, erläuterte die Kooperationsidee zwischen schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit: „Schule wird zunehmend zum Lebensraum und da gehen wir als zivilgesellschaftlicher Partner rein, um fachlich-methodische Expertise einzubringen und neue Impulse zu setzen.“ Für zukünftige Kooperationen wünschte sich Tiemann längerfristige Perspektiven und mehr Verbindlichkeit, mehr Freiräume sowie ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen in den Schulen: „So können wir gemeinsame Projekte entwickeln und voneinander lernen.“

Verknüpfte Lerninhalte

Partizipation sei ein Schlüsselfaktor in der Bildung zur nachhaltigen Entwicklung, erklärte dazu NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann und erläuterte am Beispiel des Leitprojekts „Verbraucherbildung an Schulen“ die Möglichkeiten, Themen der nachhaltigen Entwicklung systematisch an bestehende Unterrichtsfächer anzuknüpfen und mit klassischen Lernzielen zu verbinden. Für das Leitprojekt Verbraucherbildung wurde unter anderem das klassische Unterrichtsfach „Hauswirtschaft“ als Basis gewählt. Zurzeit erproben zehn Modellschulen aus allen Schulformen unter wissenschaftlicher Begleitung, wie Verbraucherbildung in die Schulpraxis implementiert werden kann. Auf Basis dieser Erfahrungen wird eine Rahmenvorgabe für zukünftige Lehrplanentwicklungen entwickelt. „Die neuen Themen müssen in den heutigen Unterricht eingewebt werden. Es gibt viele Möglichkeiten, die klassischen Lernziele an verbraucherpolitischen Sachverhalten auszurichten“, meinte Löhrmann und führte dafür unter anderem als Beispiel die umweltfreundliche Mobilität und die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs an. Die Verknüpfung von Lerninhalten mit praktischen Sachthemen mache den Kindern und Jugendlichen zumeist auch mehr Spaß, erklärte die Ministerin: „Und was man mit Spaß lernt, behält man auch besser. Das ist dann auch vom Lernen her nachhaltiger.“ Eine Feststellung, die insbesondere bei den Schülervvertretern auf Zustimmung stieß. Helen Grönefeld und Maximilian Schmeißer wünschten sich einen Ausbau nachhaltig orientierter Schulprojekte, Mittel zur Gründung von Fair-



Staatssekretär Peter Knitsch zog ein positive Fazit.

Trade-Kiosken und zum Kauf fairer Schulkleidung sowie regelmäßige Aktionstage.

Schulübergreifende Bildung

Die Wünsche der beiden Schülervvertreter reichte Moderatorin Dr. Tanja Busse weiter an Peter Knitsch, Staatssekretär im NRW-Umweltministerium. Knitsch erläuterte verschiedene Maßnahmen und Ideen, um Bildung für nachhaltige Entwicklung auch über die Schulen hinaus zu verorten – von der Kindertagesstätte bis hin zur Erwachsenenbildung. Ein Schwerpunkt liege dabei auf der Stärkung außerschulischer Bildungseinrichtungen, zum einen durch eine stärkere finanzielle Unterstützung ehrenamtlicher Leistungen, zum anderen durch Qualifizierung und Zertifizierung der Einrichtungen selbst. Dies gebe Schulen und anderen Kooperationspartnern mehr Sicherheit in der Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Bildungspartnern. Eine zentrale Maßnahme für die Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sei ein Nachhaltigkeitscheck für Gesetze und Verordnungen der Landesregierung. So könne jedes Gesetz vor seiner Verabschiedung überprüft werden, ob es die Kriterien der Nachhaltigkeit erfülle oder möglicherweise kontraproduktiv wirke. „Wir wollen die Bildung für nachhaltige Entwicklung in alle Lebensbereiche hineintragen“, betonte Knitsch. Einen wichtigen Beitrag dazu leiste auch ein Projekt der Verbraucherzentrale NRW, das in Bereichen wie Mobilität, Energieeinsparung oder Ernährung bis 2020 Anregungen zu nachhaltigen Entwicklung auf breiter Basis in die Städte und Regionen des Landes bringe.

Zum Abschluss der Talkrunde verwies NRW-Schulministerin Löhrmann auf die besonderen Möglichkeiten der Ganztagschulen, Bildung für nachhaltige Entwicklung zu verankern. Da Ganztagschulen einen Personalkostenzuschlag von 20 Prozent erhielten, könnten sie ein Drittel dieser Mittel kapitalisieren und für Projekte mit außerschulischen Partnern nutzen. Zudem könnten Ganztagschulen einen Unterrichtstag anders strukturieren, erklärte Löhrmann: „Man sollte sich das angucken und aus guter Praxis lernen.“

Evaluation

Die Evaluationsbögen wurden sowohl zu Beginn der Veranstaltung als auch zum Ende an die Teilnehmenden ausgegeben. Insgesamt gingen 39 Evaluationsbögen ein. Davon bewerteten 37 Teilnehmer die Nachhaltigkeitstagung mit gut bis sehr gut und nur 2 Teilnehmer empfanden die Veranstaltung als weniger gelungen.

Das Plenum, sowie die Themenforen wurden als besonders gelungen bewertet. Viele entnahmen der Konferenz einen persönlichen Nutzen, durch die Gewinnung neuer inhaltlicher Erkenntnisse und als Anregung für die berufliche Praxis. Mehrheitlich wurde jedoch der Wunsch geäußert, Gelegenheiten zur Diskussion oder zum Gedankenaustausch vermehrt in das Programm einzubinden.

Die Moderation wurde auch in diesem Jahr besonders hervorgehoben und überwiegend als sehr gut bewertet. Die Referentinnen und Referenten wurden ebenfalls gelobt, allerdings wurde der niedrige Frauenanteil, sowie die hohe Anzahl der politischen Redner kritisiert.

Sowohl der Markt der Möglichkeit als auch der Speakers' Corner wurde durchweg sehr positiv aufgenommen. Als Empfehlung wurde mehr Zeit für den Besuch des Marktes und zum allgemeinen Vernetzten gewünscht.

Kritik wurde vermehrt am Catering geäußert. Es wurde zum einen die fehlende Strukturiertheit des Services, zum anderen der Mangel an fairen und biologischen Lebensmitteln kritisiert. Die Vielfalt der belegten Brötchen und der warmen Suppe wurde jedoch insgesamt sehr positiv bewertet.

Für die Verbesserung der inhaltlichen Aspekte wurde von vielen Seiten vermehrt Best Practice Beispiele gefordert. Zudem wurde der Wunsch nach weniger Verpackungsmaterial und Papierausdrucken geäußert.

Die Verteilung der 39 Teilnehmenden der 5. Nachhaltigkeitstagung, die einen Evaluationsbogen ausgefüllt haben, sieht wie folgt aus:

NRO:	10
Wissenschaft:	4
Politik:	2
Verwaltung:	8
Wirtschaft:	4
Sonstiges:	9

Der Bereich „Sonstiges“ umfasst unter anderem Schulen und freie Interessengruppen.

Die Verteilung nach Geschlechtern:

Männer:	10
Frauen:	28
Keine Angabe:	1

Die zahlreichen Rückmeldungen und Anregungen werden zum Nutzen der Weiterentwicklung und Verbesserung der inhaltlichen sowie organisatorischen Planung der 6. Nachhaltigkeitstagung berücksichtigt.

Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement

Die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie, die im Juni 2016 von der Landesregierung beschlossen wurde, sieht vor dass sich die Landesverwaltung bei der Organisation von Veranstaltungen „in Zukunft verstärkt am Leitfaden für die nachhaltige Organisation von Veranstaltungen des Umweltbundesamts orientieren soll“. Wie bei den ersten vier NRW-Nachhaltigkeitstagungen wurde dieser Leitfaden auch bei der Tagung in Münster angewandt. Hier einige wichtige Elemente:

Einladungsmanagement

Von Anfang an wurde auf ein umweltfreundliches Einladungsmanagement Wert gelegt. Es wurde gänzlich auf Papier und Druck verzichtet. Die Einladungen wurden in digitaler Form versendet und das Programm stets in aktualisierter Form auf der Webseite veröffentlicht.

Drucksachen

Um den Papierverbrauch weitestgehend niedrig zu halten, wurden lediglich wichtige Infomaterialien ausgelegt. Zudem wurde Papier verwendet, welches mit dem Siegel des „Blauen Engels“ versehen war. Wenn möglich, wurden die Ansichtsexemplare doppelseitig bedruckt und auf Farbdrucke verzichtet.

Anreise

Mit dem Veranstaltungsort Münster wurde ein Ort gewählt, welcher gut mit ÖPNV und Fahrrad erreichbar ist. Das Schloss Münster ist ca. 15 Minuten vom Hbf Münster entfernt und problemlos mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen oder dem Mietrad von der Radstation am Hbf. Bereits im Vorfeld der Veranstaltung wurden die Teilnehmer auf ihre Möglichkeiten einer umweltfreundlichen Anreise aufmerksam gemacht.

Mithilfe der Online-Registrierung wurden vorab die Anreiseplanungen der Teilnehmenden abgefragt. Insgesamt beteiligten sich 415 Personen an der Umfrage. Sie machten folgende Angaben zum voraussichtlich genutzten Verkehrsmittel und der Reisedistanz (wobei die Reisedistanz nicht von allen ausgefüllt wurde):

- Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln: 162 Personen (insgesamt ca. 36.513 km)
- Anreise mit PKW: 184 Personen (insgesamt ca. 12.145 km)
- Anreise mit Fahrrad: 62 Personen (insgesamt 443 km)
- Anreise zu Fuß: 4 Personen (insgesamt 5 km)
- Anreise mit dem Flugzeug: 3 Personen (insgesamt 3.740 km)

Namensschilder

Die Namensschilder wurden ebenfalls auf umweltfreundlichem Papier gedruckt. Die Badges wurden am Ende der Veranstaltung von den Teilnehmern zurückgegeben und konnten für weitere Veranstaltungen wiederverwendet werden. So konnte unnötiger Plastikmüll vermieden werden.

Catering

Das Catering der 5. Nachhaltigkeitstagung bot verschiedene belegte Brötchen sowie eine warme Suppe, Kaffee, Tee und stilles Wasser an, welches in Karaffen abgefüllt wurde. Die Speisen waren vegetarisch und saisonal ausgerichtet. Beim Kaffee und Tee wurde auf eine Fair Trade-Zertifizierung Wert gelegt. Die entstandenen biologischen Abfälle werden durch den Entsorger zu Biogas und Kompost verarbeitet.

Die entstandenen CO₂ Emissionen wurden in Zusammenarbeit mit der EnergieAgentur.NRW berechnet und unter Verwendung von CO₂-Zertifikaten kompensiert.

Insgesamt belaufen sich die CO₂ Emissionen auf 14,54 t. Die CO₂ Emissionen pro Teilnehmer liegen bei 35 kg. Mithilfe von JIM.NRW-Zertifikaten werden diese kompensiert. JIM.NRW ist ein nach den Regeln des Kyoto-Protokolls anerkanntes Klimaschutzprojekt, welches Emissionsminderung in NRW erfasst und fördert. Weitere Informationen zum Thema Klimaneutralität und zu Kompensation finden Sie unter www.energieagentur.nrw.de/klimaschutz.

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Fachliche Betreuung und Redaktion:

Referat VIII-4
Nachhaltige Entwicklung, Koordination
Nachhaltigkeitsstrategie NRW,
Grundsatzfragen der Umweltpolitik
Schwannstraße 3
40476 Düsseldorf

Tagungsdokumentation und Redaktion:

CP/COMPARTNER Agentur für Kommunikation GmbH
Carola Dietz
Petra Lapps
Ann-Cathrin Loose
Silja Mannitz
Diana Ringelsiep
David Schröer

Gestaltung:

CP/COMPARTNER Agentur für Kommunikation GmbH
Gesa Braster

Bildnachweis:

Bildnachweis: Reiner Zensen
Titel: © Oleg Saenko – istockphoto.com

Stand:

November 2016

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat VIII-4
Nachhaltige Entwicklung, Koordination
Nachhaltigkeitsstrategie NRW,
Grundsatzfragen der Umweltpolitik
Schwannstraße 3, 40190 Düsseldorf
www.umwelt.nrw.de

